Free21
Credible news mounted on paper

DAS Magazin
Nr. 3, 4. Jg., Juni/2017
Im Netz: www.free21.org

Themen:

Der illegale Krieg von Präsident Trump
v. Daniele Ganser ▶ SEITE 6

Interview mit einem Priester in Syrien
von Wierd Duk ▶ SEITE 8

Die Aufgabe des heutigen Terrorismus
v. Nikolai Starikov ▶ SEITE 12

Wir sind Frieden
Friedensaktivisten vorgestellt ▶ SEITE 14

Politik ist die Unterhaltungsabteilung der Rüstungsindustrie
von Ken Jebsen ▶ SEITE 18

Friedensarbeit konkret
Unterstützung für Menschen in der Ukraine ▶ SEITE 19

Ein ausgefallener Handschlag
„The real Games of Thrones" von M. Bröckers ▶ SEITE 27

Wedelt Trump mit dem Hund?
Medial inszenierte Ablenkungsmanöver ▶ SEITE 30

Wer regiert die Welt?
Ein Interview mit Paul Schreyer ▶ SEITE 40

Falschmeldungen als Dienstleistung
Pentagon zahlt 540 Mio. $ an PR-Firma ▶ SEITE 45

Ray McGovern über Israel und den Nahen Osten
Transcript eines Interviews vom Mai 2016 ▶ SEITE 46

Das Free21-Prinzip:

Profiteure der Kriege

Es gibt sie und sie verdienen gigantische Summen. Der Journalist Markus Bickel zeigt im Interview mit Marcus Klöckner auf, welche Dimensionen die weltweite Rüstungsindustrie mittlerweile hat.

▶ SEITE 3

Sonderthema **Krieg & Frieden:** S. 3–22

Krieg in Syrien, staatlich geförderter Terrorismus und weltweiter Waffenhandel, aber auch Friedensaktivisten und -projekte, die unbeirrt dagegen ankämpfen – das ist das Hauptthema dieser Ausgabe, zu finden auf den ▶ SEITEN 3–22

Das Ende von **Big Pharma**

Ein besseres Gesundheitssystem, bessere Arbeitsbedingungen für Ärzte und Pfleger sowie bessere Medikamente zum halben Preis sind zum Greifen nah. Wir müssen nur endlich die Pharmaindustrie verbieten. ▶ SEITE 31

Follow the money! von Paul Schreyer

Was passiert eigentlich im Finanzausschuss? Wie denken die Abgeordneten dort über das Geldsystem? Verstehen sie es überhaupt? Und wer verdient eigentlich an den Staatsschulden? 2-teiliger Artikel auf den ▶ SEITEN 33+37

Krieg der Lügen von Karin Leukefeld

Das erste Opfer des Krieges ist immer die Wahrheit. So auch in Syrien.
▶ SEITE 9

Krieg gegen die eigene **Bevölkerung**

Der „Krieg gegen den Terror" dient der Disziplinierung durch Angst, von Klaus-Jürgen Bruder ▶ SEITE 23

Warum Nordkorea **Atombomben** braucht

und wie man sie los werden kann. Was Ihnen die westlichen Medien nicht über Korea sagen. ▶ SEITE 43

Free21

Credible news mounted on paper

DAS Magazin

Nr. 3, 4. Jg., Juni/2017 www.free21.org

Das Free21-Prinzip:

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spendenkonto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, 10369 Berlin, Karl-Lade-Str. 36a, E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Chefredakteur: Tommy Hansen

ViSdPR: Tommy Hansen, Bennigsenstraße 15, 12159 Berlin
Telefon: 0152/15 67 38 20
E-Mail: info@free21.org

Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Der Frieden gewinnt

In einer Zeit, wo eines der menschenfeindlichsten Regimes der Welt, die Rolle innehat, Menschenrechte weltweit zu verteidigen, wo der alternative Nobelfriedenspreis an eine Gruppe von Washington gesteuerten Schauspieler mit „weißen Helmen“ geht, und wo große Teile der muslimischen Welt seit 9/11 durch illegale NATO-Kriege und US-Drohnenangriffe zerstört worden sind, scheint der Frieden kümmerliche Aussichten zu haben.

Führt US-Präsident Trump dann einen Höflichkeitsbesuch im Zentrum des Bösen durch und lanciert den bisher größten Waffendeal in der Geschichte der USA, und legt dabei das größte Gewicht auf die Arbeitsplätze seines Landes, wird das Ganze aber zu einem Affentheater. Nachdem er 2016 Saudi-Arabien noch beschuldigte, hinter 9/11 zu stehen, verkauft er dem Wüstenstaat jetzt Tonnen an Waffen und Munition.

Saudi-Arabien ist ja nicht einmal eine Nation, sondern nur eine Partnerschaft zwischen dem Britischen Imperium und der saudischen Al-Saud-Familie, welche durch das „Petrodollar-Arrangement“ mit den USA eine der reichsten Familien der Welt geworden ist und dabei im wahrsten Sinne einen Terrorstaat mit mittelalterlichem Rechtsverhalten errichtet hat.

Die Königsfamilie Saudi-Arabiens betreibt eine sehr fanatische Variante des Islams und versucht durch Indoktrination in Schulen und Moscheen und durch Unterstützung der noch fanatischeren Terroristen wie Al-Qaeda, ISIS, The Muslim Brotherhood und andere, mit Gewalt diesen islamistischen Neofundamentalismus weltweit zu fördern und den friedlichen Islam zu verdrängen.

Diese Familie bombardiert mittlerweile seit zwei Jahren das kleine Jemen; zehntausende Menschen sind dabei ums Leben gekommen! Jetzt erhalten sie noch mehr teuflisches Spielzeug „Made in the USA“, und somit bereitet die USA den Weg für ihre eigenen geopolitischen Ziele – mehr Krieg, mehr Chaos und mehr Flüchtlinge weltweit, nur nicht in den USA.

Es stellt sich dringend die Frage: Wie lange noch lässt sich der Westen von einem Land leiten, welches sich in tiefer Kriegsabhängigkeit befindet? Wie lange kann ein Land, das bewiesenermaßen etliche Male in der neueren Geschichte alle anderen Länder angelogen, Beweismaterial verfälscht und „Tatsachen“ frei erfunden hat – wie lange kann und will man solch einem Land die Führung überlassen und noch mehr Millionen von Menschen das Leben zerstören oder nehmen lassen? Das geht nur so lange gut, solange es die anderen Länder zulassen. Wir stehen jetzt an einem Scheideweg, Krieg oder Frieden.

Was die USA und ihre europäischen Verbündeten wollen, sind mehr Geld für Waffen und Überwachung. Das dient keinesfalls dem Frieden. Was dagegen die Menschen wollen, ist Frieden und Ehrlichkeit seitens ihrer Politiker, denn sie haben längst deren Machenschaften durchschaut. Die Personalkarusselle von Kriegskräften, Politikern und Medien, welche sich seit Jahrzehnten im Westen aufgebaut haben, sind dabei, ihr Momentum zu verlieren. Die Schande, in diesem Teufelskreis weiter zu machen wie bisher, ist offensichtlich.

Was bei den Politikdarstellern und Mainstream-Medien nicht zu finden ist, blüht jetzt auf unter dem Volk: Friedensinitiativen. Handwerker, Unternehmer, Polizeibeamte, Anwälte, Kindergärtnerinnen, Finanzexperten, Rentner aller Art – engagierte Menschen jeder Couleur und Herkunft haben genug. Ihr Wissen gewinnen sie aus dem Internet und den alternativen Medien, die sich jetzt wie einen Steppenfeuer verbreiten. Also einfach weitermachen. Der Frieden wird gewinnen!

Power to the Paper!

Tommy Hansen, Chefredakteur free21.org

Ein „Teufelskreis von **Aufrüstung, Militarisierung** und **Repression**“

Gibt es Profiteure des Krieges? Natürlich gibt es sie. Und sie verdienen gigantische Summen. Der Journalist Markus Bickel, der gerade ein Buch mit dem Titel „Die Profiteure des Terrors – Wie Deutschland an Kriegen verdient und arabische Diktaturen stärkt“ veröffentlicht hat, zeigt im Interview mit Marcus Klöckner für die NachDenkSeiten auf, welche Dimensionen die weltweite Rüstungsindustrie mittlerweile angenommen hat.

von Marcus Klöckner

Alleine für 2016 betrugen die globalen Militärausgaben 1,5 Billionen US-Dollar bzw. 1.500 Milliarden US.-Dollar – Tendenz steigend.

MARCUS KLÖCKNER: *Herr Bickel, Kriege kommen und gehen, aber die Profiteure dieser Kriege bleiben die Gleichen. Ist das eine der zentralen Erkenntnisse Ihrer Arbeit?*

MARKUS BICKEL: Mit Blick auf die arabischen Staaten, die ich für mein Buch bereist habe, stimmt das sicherlich. Allen voran natürlich im Irak: Bis auf eine kaum wahrnehmbare Atempause nach Ende des Iran-Irak-Kriegs haben die Irakerinnen und Iraker seit 1980 nichts Anderes erlebt als eine Aneinanderreihung bewaffneter Konflikte. Und die Waffen kamen immer aus den gleichen Staaten: Allen voran die USA haben seit der Invasion von 2003 mehr als zwanzig Milliarden US-Dollar in die Ausrüstung und Aufbau der irakischen Armee gesteckt. Nach der Flucht ganzer Divisionen aus Mossul vor Einheiten des Islamischen Staates im Sommer 2014 hat Washington eine weitere Milliarde in den Wiederaufbau der Streitkräfte gesteckt. Insgesamt haben in den Jahren seit dem Sturz Saddam Husseins mehr als dreißig Staaten Kampfflugzeuge und -hubschrauber, Panzer, Infanteriewaffen und Munition aller Kaliber an den Irak geliefert. Zu Saddams Zeiten war das übrigens nicht besser: 28 Staaten versorgten in den 1980er Jahren sowohl Teheran wie Bagdad mit Rüstungsgütern.

MARCUS KLÖCKNER: *Wer sind diese Profiteure?*

Ein Royal Canadian Air Force CF-188 Hornet in Operation Inherent Resolve über Irak März 2015 (Foto: Staff Sgt. Perry Aston, Public Domain)

MARKUS BICKEL: Unter den Top Ten der größten Rüstungskonzerne der Welt befinden sich ausschließlich Unternehmen aus Westeuropa und den USA. Und auch unter den größten hundert Unternehmen erwirtschafteten Betriebe in Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Belgien, Italien und den Vereinigten Staaten 2015 mehr als achtzig Prozent der Umsätze. Direkt dahinter folgen Firmen aus Russland, Südkorea, Israel und Indien.

MARCUS KLÖCKNER: *Von welchen Summen reden wir hier? Um wie viel Geld geht es?*

MARKUS BICKEL: Die weltweiten Militärausgaben beliefen sich laut dem renommierten Branchendienst IHS Janes 2016 auf 1,5 Billionen US-Dollar – das sind 1.500 Milliarden, also eine Zahl mit zwölf Nullen. Darin zusammengefasst sind die Ausgaben für staatliche Streitkräfte, aber auch für paramilitärische Gruppierungen und die militärische Nutzung des Weltraums. Dieser Betrag soll bis 2020 auf mehr als 1,6 Billionen steigen. Und zwar nicht zuletzt, weil die Golfstaaten weiter mächtig aufrüsten: Mit Steigerungen um drei Prozent in den Verteidigungsetats der Staaten Nordafrikas und des Mittleren Ostens rechnet Janes in den nächsten drei Jahren. 2015 gab allein Saudi-Arabien 87 Milliarden US-Dollar für neue Waffensysteme und den Unterhalt seiner Streitkräfte aus – nur China und die USA investierten mehr in Rüstung.

MARCUS KLÖCKNER: *Wie sieht es mit dem Löwenanteil bei den Umsätzen im internationalen Waffenhandel aus?*

MARKUS BICKEL: Den machen weiter US-Rüstungsbetriebe aus. 2015 beliefen sie sich laut dem Stockholmer Friedensinstitut SIPRI auf weltweit rund 370 Milliarden US-Dollar – davon erwirtschafteten amerikanische Firmen gut 200 Milliarden, das sind mehr als fünfzig Prozent. Was die Profite anbelangt, stehen Lockheed Martin, Boeing, Raytheon, Northrop Grumman und General Dynamics ganz oben: Die globalen Top Five erwirtschafteten 2015 fast 16 Milliarden US-Dollar Gewinn.

MARCUS KLÖCKNER: *Wo stehen die westeuropäischen Rüstungskonzerne?*

MARKUS BICKEL: Auch diese machten zuletzt wieder Rekordumsätze. Schauen Sie sich Unternehmen wie Airbus, ThyssenKrupp Marine Systems, Thales und die britische BAE Systems an. 2015 waren es mehr als 95 Milliarden US-Dollar, wobei die französische Waffenindustrie durch den Verkauf von Kriegsschiffen und Kampfflugzeugen in die Golfregion und an Ägypten eine Steigerung von mehr als 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erzielen konnte. Nicht zu vernachlässigen auf diesem Gebiet ist Russland, das durch sein

Eingreifen in den Syrien-Konflikt künftig Waffensysteme anbieten kann, die unter realen Kriegsbedingungen getestet wurden: 30 Milliarden US-Dollar setzten russische Firmen unter den Top 100 der Welt 2015 um.

MARCUS KLÖCKNER: *Wenn es um so viel Geld geht, dann müssen auch starke Interessen im Spiel sein, oder?*

MARKUS BICKEL: Es war der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower, der in seiner Abschiedsrede 1961 vor dem wachsenden Einfluss eines militärisch-industriellen Komplexes warnte – und das, obwohl er von seiner Ausbildung an der Militärakademie West Point bis zu seinem Abdanken aus der Armee mehr als vierzig Jahre in Uniform verbrachte. Doch er sah die Gefahr, dass durch anhaltende Konflikte und Militarisierung die amerikanische Rüstungsindustrie zu einem Staat im Staat werden könnte. Mehr als ein halbes Jahrhundert später wird diese Sorge durch die Ankündigung Donald Trumps neu befeuert, den US-Verteidigungsetat in den kommenden Jahren um 54 Milliarden US-Dollar zu erhöhen. Dass in Trumps Kabinett und engem Beraterkreis etliche frühere Generäle sitzen, zeigt, wie stark beide Sektoren verwoben sind.

MARCUS KLÖCKNER: *Reden wir über Deutschland und die Bundesregierung. Zu welchen Erkenntnissen sind Sie bei Ihren Recherchen gelangt? Wie verhalten sich Deutschland bzw. die Bundesregierung, wenn es um die Militarisierung von „problematischen" Regionen geht?*

MARKUS BICKEL: Die Politik von Schwarz-Rot ist gekennzeichnet von vielen Worten und wenig Taten. Einerseits hat sich Vizekanzler Sigmar Gabriel nach seinem Amtsantritt als Wirtschaftsminister redlich darum bemüht, eine Reduzierung der deutschen Rüstungsausfuhren in Krisenregionen durchzusetzen. Beim Export von Kleinwaffen ist ihm das in gewissem Maße auch gelungen. Gleichzeitig schnellen die Ausfuhren an Drittstaaten, die nicht der Nato oder der EU angehören, und in

Am bord des Flugzeugträgers USS John F. Kennedy wird Munition für eine 6 Monate Übung im 2004 Mittelmeer geladen (Foto: Airman Anthony Riddle, Public Domain)

Spannungsgebiete immer weiter in die Höhe. Jahr für Jahr werden Genehmigungen in Höhe von vielen Milliarden Euro erteilt – und das, obwohl die Anzahl der Konflikte auf der Welt so hoch ist wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr.

MARCUS KLÖCKNER: *Wie sieht es mit deutschen Rüstungsexporten in „Staaten des arabischen Krisengürtels" aus, wie Sie es in Ihrem Buch formulieren?*

MARKUS BICKEL: Laut dem renommierten Branchenfachdienst Jane's verkauften deutsche Firmen 2015 Rüstungsgüter im Wert von fast fünf Milliarden Euro ins Ausland. Ein Drittel davon ging nach Nahost und Afrika. Und auch 2016, für das noch keine Verkaufszahlen vorliegen, genehmigte der geheim tagende Bundessicherheitsrat Exporte in Höhe von 6,9 Milliarden Euro – unter anderem an Algerien, Saudi-Arabien, Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate. 2015 war Katar der größte Importeur deutscher Rüstungsgüter – die Lieferung von Kampfpanzern vom Typ Leopard 2 A7 an einen Staat, der aktiv an der Bombardierung des Jemens beteiligt ist und islamistische Milizen sowohl in Syrien wie in Libyen unterstützt, ist skandalös! Das gleiche gilt für die Ausfuhr von Großwaffensystemen und Munition an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

MARCUS KLÖCKNER: *Nun könnte man annehmen, dass es doch klare Richtlinien für den Export von Waffen in Krisenstaaten gibt. Wo liegt das Problem?*

MARKUS BICKEL: Die gibt es, sowohl auf nationalstaatlicher wie auf europäischer Ebene. In Deutschland sind es die Rüstungsexportrichtlinien aus dem Jahr 2000, die eine Ausfuhr in Spannungsgebiete eigentlich nur im Einzelfall erlauben. Und auch der 2008 verabschiedete Gemeinsame Standpunkt der EU bekräftigt eine zurückhaltende Exportpolitik in Krisengebiete. Doch davon kann in der Praxis nicht die Rede sein. Dass 2015 zwei Drittel der genehmigten Ausfuhren von Kriegswaffen in Drittstaaten außerhalb von EU und Nato gingen und 2016 immer noch mehr als die Hälfte aller Rüstungsgüter, zeigt, wie sehr das Geschäft mit dem Krieg boomt – und wie lax das existierende deutsche Kontrollregime ist. Außerdem entwickeln immer mehr Konzerne Strategien, um die bestehenden Ausfuhrkriterien zu umgehen.

MARCUS KLÖCKNER: *Können Sie uns genauer aufzeigen, wie die konkrete Praxis aussieht? Es scheint da ja eine gewisse „Kreativität" vorzuherrschen, wenn es darum geht, Rüstungsexporte zu betreiben.*

MARKUS BICKEL: Die Düsseldorfer Rheinmetall AG beispielsweise, die erst vor kurzem ihren Geschäftsbericht für 2016 vorlegte, betreibt ganz selbstbewusst eine Strategie der Internationalisierung, wie es Vorstandsvorsitzender Armin Papperger nennt. Das brachte dem Konzern im vergangenen Jahr einen Rekordumsatz von knapp drei Milliarden Euro ein, ein Zuwachs von 14 Prozent gegenüber 2015.

MARCUS KLÖCKNER: *Was meinen Sie hier mit Internationalisierung?*

MARKUS BICKEL: Internationalisierung heißt hier, dass man sich mit einheimischen Firmen in Staaten wie Südafrika, aber auch Italien zu Joint Ventures zusammenschließt, also Länder, in denen die Ausfuhrbestimmungen für Militärtechnologie und Rüstungsgüter weitaus weniger strikt gehandhabt werden als in Deutschland. So gelangten von der italienischen Rheinmetall-Tochter RWM Italia produzierte Bomben der MK-80-Serie an die saudische Luftwaffe, die sie wiederum über einem Wohngebiet in Aden abwarf. Und die Rheinmetall Denel (RMD), an der der Mutterkonzern in Düsseldorf 51 Prozent hält, betreibt in den Vereinigten Arabischen Emiraten eine Munitionsfabrik.

MARCUS KLÖCKNER: *Und das Ganze versucht man dann noch in einer geschickten Sprache zu verkaufen. Was denken Sie, wenn Sie mal wieder in den Medien davon hören, dass Deutschland „mehr außenpolitische Verantwortung" übernimmt oder übernehmen soll?*

MARKUS BICKEL: Ich bin kein Pazifist und habe in meiner Zeit als Balkan-Korrespondent in den 2000er Jahren die friedenserhaltende Wirkung von UN-Missionen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo durchaus zu schätzen gelernt. Dass sich die Bundeswehr daran beteiligt, halte ich für richtig und konsequent – Engagement für den Abbau gewalttätiger Konflikte muss einhergehen mit der Schaffung eines Umfelds, in dem Menschen in Sicherheit und ohne Angst vor einem Wiederaufflammen bewaffneter Konflikte leben können. Das ist in den Staaten Exjugoslawiens lange geglückt, auch wenn die neue nationalistische Rhetorik von Skopje bis Sarajevo

Publiziert auf Free21 am 15.04.2017, 10:29 Uhr, von Marcus Klöckner auf den Nachdenkseiten, Lizenz: CC BY-NC-ND 2.0 DE

Schlimmes befürchten lässt. Daran schuld sind aber nicht SFOR, KFOR oder EUFOR, sondern die lokalen Eliten.

MARCUS KLÖCKNER: *Also von Ihrer Seite gibt es keine Kritik, wenn es heißt, dass Deutschland mehr politische Verantwortung übernehmen soll?*

MARKUS BICKEL: Nein, Sie verstehen mich falsch. Was ich gerade dargelegt habe, schließt Kritik an der Formel von der Übernahme mehr außenpolitischer Verantwortung nicht aus.

MARCUS KLÖCKNER: *Wie meinen Sie das?*

MARKUS BICKEL: Ich meine, das Gegenteil ist der Fall: Die Beteiligung der Bundeswehr an der Operation „Inherent Resolve" im Irak und Syrien bedeutet eine Zäsur. Zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich deutsche Soldaten klar auf eine Seite gestellt: auf die der irakischen Kurden. Dass die Peschmerga die Streitkraft eines nach Unabhängigkeit strebenden Teilstaates sind, blendet die Bundesregierung dabei bewusst aus. Dabei sind seit dem Bundestagsbeschluss 2014 zahlreiche Berichte von Human Rights Watch und Amnesty International erschienen, die den irakisch-kurdischen Kämpfern Kriegsverbrechen und schwere Menschenrechtsverletzungen vorwerfen. Die Politik der Bundesregierung treibt die Dreiteilung des Iraks in sunnitisch, schiitisch und kurdisch kontrollierte Gebiete weiter voran.

MARCUS KLÖCKNER: *Sie schreiben in Ihrem Buch, dass „eine wertegeleitete Außenpolitik über die Eigeninteressen der deutschen Exportwirtschaft hinausgehen" muss. Tut sie das nicht? Oder, anders gefragt: Woran orientiert sich denn aus Ihrer Sicht das Vorgehen der Bundesregierung im Hinblick auf die Rüstungsexportpolitik und die „Antiterroreinsätze" über Syrien und dem Irak?*

MARKUS BICKEL: Die deutsche Außenpolitik ist von einer starken Handelsfixierung geprägt. So hat sie sich auch aus wirtschaftlichen Gründen gegen Forderungen des Europaparlaments gesperrt, den Export von Militärgütern an Saudi-Arabien wegen des Jemen-Kriegs auszusetzen. Vier Millionen Barrel Erdöl passieren täglich die Meerenge von Bab al-Mandab an der Küste vor dem Jemen – eine Lebensader der Weltwirtschaft. Die zu verteidigen, ist der deutschen Diplomatie wichtiger als der Einsatz für ein sofortiges Ende der verheerenden Luftangriffe, bei denen in den vergangenen beiden Jahren seit Beginn des Kriegs mehr als 10.000 Menschen getötet wurden. Und durch den anhaltenden Export von Kriegsschiffen an Saudi-Arabien wird die Seeblockade des Jemens sicherlich auch nicht beendet. Dabei ist diese dafür verantwortlich, dass humanitäre Hilfe nicht an die Bevölkerung gelangen kann – obwohl mehr als die Hälfte der 24 Millionen Bewohner diese dringend benötigt.

MARCUS KLÖCKNER: *Wenn man bisweilen die Aussagen von so manchem Politiker, aber auch die Berichterstattung mancher Medien verfolgt, kommt man zu dem Eindruck: In all diesen Konflikten und Kriegen, die wir derzeit sehen, sind die westlichen Staaten einzig aus edlen Motiven involviert. Schuld an den Konflikten tragen sie auf keinen Fall und eigene Interessen, die vielleicht auf nicht ganz so edlen Motiven beruhen, sind ihnen völlig fremd. Ein schönes Narrativ?*

MARKUS BICKEL: Aufschlussreicher als Politikerstatements finde ich da noch das Narrativ, das die Vertreter großer Rüstungskonzerne zu zeichnen versuchen: Wenn wir nicht verkaufen, tun das andere, behauptet man seitens von Rheinmetall oder Diehl Defence immer wieder. Und ganz demonstrativ wird auf die vermeintlich friedenstiftende Wirkung ihrer Produkte verwiesen: Gepanzerte Fahrzeuge seien bei Blauhelmeinsätzen der Vereinten Nationen doch unumgänglich, heißt es dann etwa. Oder: ohne Minenräumgeräte keine Stabilität in Nachkriegsregionen. Dass mit der Ausfuhr von Munition und Munitionskomponenten die größten Gewinne erzielt werden, wird dabei verschwiegen. So entfielen von den 147 Millionen Euro Gewinn, die die Rüstungssparte von Rheinmetall 2016 erwirtschaftete, auf den Sektor Waffen und Munition 108 Millionen. Das heißt: Drei Viertel der Profite werden mit der Ware erwirtschaftet, ohne die jeder Krieg zum Erliegen kommen würde: Munition. Diesen Geschäften müssen seitens der Politik Riegel vorgeschoben werden.

MARCUS KLÖCKNER: *Sie sprechen in Ihrem Buch von einem „Teufelskreis von Aufrüstung, Militarisierung und Repression". Wie kann man diesen Teufelskreis aufbrechen?*

MARKUS BICKEL: Nur ein breites Bündnis aus friedensorientierten Politikern, kritischen Aktionären und Akteuren aus der Zivilgesellschaft kann so viel Druck aufbauen, dass das Geschäft mit dem Tod weitere gesellschaftliche Ächtung erfährt. Ein erster Schritt wäre ein Rüstungsexportgesetz, das die Ausfuhr in Krisenregionen und Spannungsgebiete ohne Wenn und Aber verbietet. Gestoppt würde dadurch auch die Praxis der Einzelfallgenehmigungen, die den Konzernen immer neue Schlupflöcher bietet, die Ausfuhrbestimmungen zu umgehen.

MARCUS KLÖCKNER: *Was müsste noch getan werden?*

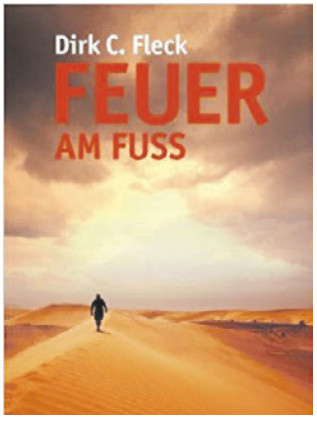
MARKUS BICKEL: In Kriege verwickelte, autoritäre Staaten wie Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate müssten auf eine Rote Liste gesetzt werden. Und die Politik der Internationalisierung, die es deutschen Rüstungskonzernen ermöglicht, Schwellenländer beim Aufbau eigener Waffen- und Munitionsfabriken zu unterstützen, sollte unter ein viel stärkeres Kontrollregime gestellt werden – auf Bundes-, aber auch auf europäischer Ebene.

Dieser Text wurde zuerst am 18.01.2017 auf den Nachdenkseiten unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=37641› veröffentlicht. (Lizenz: CC BY-NC-ND 2.0 DE)

‹http://www.free21.org/?p=27181›

Denkstoff

Buch-Tipps des free21-Teams



Dirk C. Fleck, geboren 1943 in Hamburg, studierter Journalist, früher tätig beim Spandauer Volksblatt in Berlin, der Hamburger Morgenpost, bei Tempo, Merian und Die Woche. Seit 1995 war er als freier Autor unter anderem für Spiegel, Stern, Geo, Die Welt und die Berliner Morgenpost tätig. Für seinen zweiten Roman »GO! – Die Ökodiktatur« (1993), wurde er mit dem Deutschen Science-Fiction-Preis ausgezeichnet. Mit dem »Tahiti-Projekt« (2008) gewann Fleck den begehrten Preis zum zweiten Mal. »MAEVA!« folgte 2011, »Feuer am Fuß« rundet die Trilogie ab.

Kommentar Lukas:
„Dies ist der dritte Roman der Maeva-Trilogie, welche unter der Überschrift „Abgrundtief realistisch und dennoch voller Hoffnung" in die Buchhandlungen geschickt wurde. Der Autor schafft eine realistische Zukunftsfiktion, die unsere gegenwärtigen Probleme und Entwicklungen behandelt und dabei nicht vergisst, Lösungsansätze zu bieten. Die Trilogie gehört in jedes Bücherregal."

Feuer am Fuß

von Dirk C. Fleck (Autor), Klaus Kocks (Vorwort), Patrick Schnur (Übersetzer)

Taschenbuch: 356 Seiten
Verlag: p.machinery Michael Haitel; Auflage: 1 (25. 9. 2015)
Sprache: Deutsch
ISBN-10: 3957650372
ISBN-13: 978-3957650375
Größe: 12,7 x 2,3 x 20,3 cm

Der **illegale Krieg** von Präsident Trump

Am Freitag, den 7. April 2017, um 03:40 Uhr Ortszeit griff US-Präsident Donald Trump als oberster Befehlshaber der US-Armee Syrien an. Dieser Angriff war illegal, weil Trump nicht über ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates verfügt.

von Dr. Daniele Ganser

Flugzeugträger (Quelle: rubikon.news / CCo)

Zwei amerikanische Kriegsschiffe im Mittelmeer feuerten 59 Marschflugkörper vom Typ Tomahawk des US-Rüstungskonzerns Raytheon auf den syrischen Militärflughafen al-Schairat ab. Die amerikanischen Erstschlagwaffen steuerten das vom Weißen Haus definierte Ziel in hoher Geschwindigkeit von 800 Stundenkilometern an und flogen auf nur geringer Höhe von 15 bis 100 Metern über den syrischen Boden bevor sie einschlugen und explodierten.

Illegaler Angriff ohne UNO Mandat

Die Charta der Vereinten Nationen billigt den Einsatz von Gewalt nur dann, wenn ein angegriffener Staat sich verteidigt oder der UN-Sicherheitsrat den Militärschlag genehmigt hat. In allen anderen Fällen verbietet die UNO Kriege.

Trotzdem ist es seit der Gründung der UNO 1945 wiederholt zu illegalen Angriffskriegen gekommen. In vielen Fällen, darunter Irak 2003, Afghanistan 2001, Serbien 1999, Vietnam 1964 und Kuba 1961, war das US-Imperium der Aggressor. Die UNO-Charta wurde immer wieder gebrochen, wie ich in meinem Buch „Illegale Kriege“ zeige.

„Der US-Militärschlag gegen syrische Regierungstruppen war völkerrechtswidrig“, schreibt Stefan Ulrich in der Süddeutschen Zeitung richtig. Und auch Luxemburgs Aussenminister Jean Asselborn erkannte, dass Trumps erster Krieg illegal ist: „Problematisch an dem Angriff der USA auf eine Luftwaffenbasis der syrischen Armee ist aber, dass solche Einsätze völkerrechtlich nur mit einer Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat erfolgen dürfen. Das war hier nicht der Fall“, erklärte der Außenminister besorgt.

Konfrontation der Atommächte

Weil Russland an der Seite der syrischen Armee gegen die Terrormiliz IS in Syrien kämpft, birgt Trumps Angriff auf den Militärflughafen die Gefahr einer direkten Konfrontation der Atommächte USA und Russland. „Bisher galt, dass sich eine Atommacht wie die USA nicht dort militärisch engagiert, wo bereits eine andere Atommacht, in diesem Fall Russland, aktiv ist. Dieses Tabu ist heute gefallen“, gab der EU-Abgeordnete Elmar Brok von der CDU zu bedenken.

Die von Trump illegal angegriffene Schairat-Basis beherbergte auch Gebäude für russische Soldaten und russisches Militärgerät. Kurz vor dem Angriff hatte Washington das russische Militär noch informiert, so dass die amerikanischen Tomahawks keine russischen Soldaten töteten.

Da in Syrien die russischen Luftabwehrsysteme S-300 und S-400 stationiert sind, bleibt die indirekte Konfrontation der Atommächte brandgefährlich und erinnert an die Kubakrise 1962. Ob die russischen Raketen am 7. April nicht in der Lage waren, die amerikanischen Tomahawks abzufangen, oder ob Moskau ganz bewusst eine direkte militärische Konfrontation mit den USA vermeiden wollte, ist ungeklärt.

Kreml-Sprecher Dimitri Peskow verurteilte den ersten illegalen Krieg Trumps mit deutlichen Worten: „Dieser Schritt Washingtons beschädigt signifikant die russisch-amerikanischen Beziehungen, die sich ohnehin in einem kläglichen Zustand befinden“, so der Sprecher von Präsident Putin. Er verurteilte die „Aggression gegen einen souveränen Staat“ und den Verstoß gegen die UNO-Charta scharf.

Giftgasangriff als Vorwand

Zwei Tage vor dem Angriff auf Syrien hatte die amerikanische UN-Botschafterin Nikki Haley den illegalen militärischen Alleingang angekündigt: „Wenn die Vereinten Nationen es anhaltend versäumen, ihrer Pflicht zum gemeinsamen Handeln nachzukommen, dann gibt es einen Zeitpunkt im Leben von Staaten, an dem wir gezwungen sind, unsere eigenen Aktionen zu ergreifen“, hatte sie gewarnt.

Doch dieses Recht auf Angriffskriege hat keiner der 193 UN-Mitgliedstaaten, auch nicht das US-Imperium.

Dass Präsident Trump nach dem Abfeuern der Tomahawk-Marschflugkörper auf den ungeklärten Giftgasangriff von Chan Scheichun vom 4. April verwies, legitimiert keineswegs seinen Angriffskrieg auf Syrien. Es gibt keine Gleichheit im Unrecht. Wer auch immer hinter dem hinterhältigen Einsatz von Giftgas steht: Dieses Verbrechen rechtfertigt keinen Völkerrechtsbruch durch die USA.

„Am Dienstag hat Syriens Diktator Baschar al-Assad furchtbare Chemiewaffenangriffe auf unschuldige Zivilisten gestartet und ein tödliches Nervengas benutzt“, erklärte Trump vor den Medien und begründete damit seinen ersten Krieg.

Ob diese Behauptung von Trump der Wahrheit entspricht oder ob es sich hier um Fake News handelt und der Giftgasanschlag durch die Gegner Assads verübt worden war ist völlig unklar und müsste gründlich untersucht werden. Zu präsent sind noch die Kriegslügen von Präsident George Bush Junior, der 2003 mit Verweis auf ABC-Waffen seinen illegalen Angriffskrieg auf den Irak begründete.

Krieg schüren oder Frieden sichern?

Es ist bedenklich, dass in Deutschland Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) sich wie Vasallen sofort hinter den illegalen Angriffskrieg von Trump stellten. Noch bevor der Giftgasanschlag genau untersucht worden war, behauptete Merkel, Syriens Präsident

Publiziert auf Free21 am 13.04, 20:11 Uhr, von Daniele Ganser auf rubicon.news, Lizenz: Daniele Ganser

Assad trage „die alleinige Verantwortung“ für den Einsatz von Giftgas in Chan Scheichun. Da der UN-Sicherheitsrat durch ein russisches Veto „blockiert“ werde, sei der Angriff von Trump auf Syrien „nachvollziehbar“, ließ Regierungssprecher Steffen Seibert verlauten.

Wer die Missachtung der UN-Charta akzeptiert, muss davon ausgehen, dass Chaos und internationale Gewalt zunehmen. Dies ist nicht im Sinne der Friedensbewegung.

Ob die Gewalt weiter eskalieren und Trump den direkten Angriff auf Assad wagen wird, ist offen. „Sollten die USA ohne eine Absprache mit Russland versuchen, die Absetzung von Assad militärisch durchzusetzen, dann könnte das verheerende Folgen für Syrien haben“, warnt Nahost-Experte Günter Meyer von der Universität Mainz richtig.

Tatsächlich kann sich niemand ernsthaft eine direkte Konfrontation der Atommächte USA und Russland in Syrien wünschen. Ein Showdown zwischen Trump und Putin muss unbedingt vermieden werden. Was wir jetzt brauchen, sind Deeskalation sowie die Besinnung auf die Prinzipien der UNO-Charta.

Quellen:

[1] SIPER Friedensinstitut, Definition der UN zu `Illegale Kriege` *<https://www.siper.ch/de/institut/medienarbeit/buecher/illegale-kriege.html*

[2] Buch, Illegale Kriege, Daniele Ganser, Orell Füssli Verlag, 2016 *<http://www.orellfuessli.ch/shop/home/artikeldetails/illegale_kriege/daniele_ganser/ISBN3-280-05631-4/ID44953409.html>*

[3] ZDF.de, Giftgas in Syrien, Deutschlands Mitverantwortung *<http://ly.zdf.de/7d7/>*

[4] Klaus Schreiner, aktivist4you, Analyse zum US-Angriff auf Syrien vom 07.04.2017 *<http://www.aktivist4you.at/wordpress/2017/04/13/kleine-analyse-rundum-den-us-angriff-auf-syrien-us-angriff-nur-39-kamen-ueberhaupt-durch-und-nur-20-trafen-genau-ihr-ziel/>*

[5] Facebook, Frontal21 *<https://www.facebook.com/Frontal21/>*

[6] Facebook, Bürgerinitiative zum Frieden in der Ukraine *<https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=685248128332826&id=220982371426073>*

[7] RTdeutsch, UN-Chemiewaffenspezialist zu Giftgasangriff *<https://deutsch.rt.com/international/49144-deja-vue-manipulierte-bilder-zur/>*

[8] NachDenkSeiten, Albrecht Müller, Wie der Westen die Welt ins Chaos stürzt *<http://www.nachdenkseiten.de/?p=37790>*

[9] YouTube, ZDF-Dokumentation zum IRAK-Krieg, Titel: Es begann mit einer Lüge *<https://www.youtube.com/watch?v=0ooMLSLQTIQ>*

‹http://www.free21.org/?p=27238›

Autor:

Dr. Daniele Ganser

ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik. Seine Forschungsschwerpunkte sind Friedensforschung, Geostrategie, verdeckte Kriegsführung, Ressourcenkämpfe und Wirtschaftspolitik. Er unterrichtet an der Universität St. Gallen (HSG) zur Geschichte und Zukunft von Energiesystemen und an der Universität Basel im Nachdiplomstudium Konfliktanalysen zum globalen Kampf ums Erdöl. Er leitet das Swiss Institute for Peace and Energy Research (SIPER) in Basel.

www.siper.ch

Dieser Text wurde zuerst am 08.04.2017 auf rubicon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/der-illegale-krieg-von-prasident-trump› veröffentlicht. (Lizenz: CC4.0)

Werden Sie Teil des Netzwerkes!

Fördermitglied für Free21 werden:

Mit einer Fördermitgliedschaft ermöglichen Sie Free21 eine regelmäßige, sichere finanzielle Grundausstattung. Der Fördermitgliedsbeitrag beträgt 5,– Euro pro Monat. Eine jährliche Spendenbescheinigung gibt es selbstverständlich auch.

Unter den ersten hundert Fördermitgliedern verlosen wir zehn von Dr. Daniele Ganser handsignierten Büchern seines Vortrages „Regime-Change in der Ukraine?“

An der Verlosung kann noch teilnehmen, wer **bis zum 20. Juli 2017** (verlängert) eine Fördermitgliedschaft abschließt. Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Ja, ich möchte jetzt Fördermitglied werden!

Bitte tragen Sie hier Ihre persönlichen Daten ein und schicken das Formular per Briefpost an:

Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.,
c/o Marika Matthaei,
Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin
Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B. St.Nr. 27/680/76987

Kontoinhaber
Vorname, Name:

Str., Nr.:

PLZ, Ort, Land:

E-Mail-Adresse:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE84ZZZ00001969982
Mandatsreferenz-Nr.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. (Gläubiger-ID: DE84ZZZ00001969982) Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften **in Höhe von monatlich 5,– Euro** einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Eine Fördermitgliedschaft können Sie auch unter ***www.free21.org/verein*** *abschließen.*

Interview mit einem **Priester in Syrien**

Der flämische Pater Daniël Maes (78) lebt in Syrien in dem aus dem sechsten Jahrhundert stammenden Kloster Mar Yakub in der Stadt Qara 90 km nördlich der Hauptstadt Damaskus. Pater Daniel war ein Zeuge des „Bürgerkriegs," und laut ihm sind die westlichen Berichte über den Konflikt in Syrien sehr irreführend. Kurz gesagt: „die Amerikaner und ihre Alliierten wollen das Land völlig ruinieren." **Wierd Duk**

INTERVIEWER: *Sie stehen der Medienberichterstattung über Syrien sehr kritisch gegenüber. Was stört Sie daran?*

PATER DANIËL: „Die Vorstellung, dass ein Volksaufstand gegen Präsident Assad stattgefunden hat, ist total falsch. Ich war in Qara seit 2010 und habe mit meinen eigenen Augen gesehen, wie Agitatoren von außerhalb Syriens Proteste gegen die Regierung organisierten und junge Menschen rekrutierten. Das wurde gefilmt und ausgestrahlt von Al Jazeera, um den Eindruck zu vermitteln, dass eine Rebellion im Gang war. Morde wurden von ausländischen Terroristen gegenüber sunnitischen und christlichen Gemeinschaften begangen in der Absicht, religiösen und ethnischen Unfrieden unter den Menschen Syriens zu verbreiten. Meiner Erfahrung nach waren die Menschen in Syrien in Wirklichkeit untereinander sehr vereint.

Vor dem Krieg war Syrien ein harmonisches Land: ein säkularer Staat, in dem verschiedene religiöse Gemeinschaften friedlich Seite an Seite lebten. Es gab kaum Armut, Bildung war kostenlos und die medizinische Versorgung war gut. Es war nur nicht möglich, frei seine politischen Ansichten zu äußern. Aber den meisten Menschen war das egal."

INTERVIEWER: *Schwester Agnès – Mariam aus Ihrem Kloster Mar Yakub („Sankt Jakob") wird beschuldigt, an der Seite des Regimes zu stehen. Sie hat dort Freunde auf höchster Ebene.*

PATER DANIËL: „Schwester Agnès-Mariam hilft der Bevölkerung: sie hat vor kurzem eine Suppenküche in Aleppo eröffnet, in der fünfmal pro Woche 25.000 Mahlzeiten zubereitet werden. Schauen Sie, es ist ein Wunder, dass wir überhaupt noch leben. Wir verdanken das der Armee der Regierung Assads und Vladimir Putin, weil dieser sich entschlossen hat zu intervenieren, als die Rebellen die Macht zu übernehmen drohten.

Als Tausende von Terroristen sich in Qara niederließen, fürchteten wir um unser Leben. Sie kamen aus den Golfstaaten, Saudi-Arabien, Europa, der Türkei, Libyen; es gab viele Tschetschenen. Sie bildeten eine ausländische Besatzungsmacht und waren allesamt mit al-Qaeda und anderen Terroristen verbündet. Vom Westen und seinen Alliierten bis an die Zähne bewaffnet, mit der Absicht, gegen uns vorzugehen, sagten sie buchstäblich: ‚Dieses Land gehört jetzt uns.' Oft standen sie unter Drogen, kämpften gegeneinander, am Abend schossen sie wahllos herum. Wir mussten uns lange Zeit in den Grabgewölben des Klosters verbergen. Als die syrische Armee sie verjagte, waren alle froh: die syrischen Bürger, weil sie die ausländischen Rebellen hassen, und wir, weil der Frieden zurückgekehrt war."

Pater Daniël Maes. (Foto: Sjoerd Mouissie)

INTERVIEWER: *Sie sagen, dass die syrische Armee die Zivilbevölkerung beschützt, dennoch gibt es alle Arten von Berichten über Kriegsverbrechen, die von Assads Kräften begangen werden, zum Beispiel Bombardierungen mit Fassbomben.*

PATER DANIËL: „Wissen Sie nicht, dass die Medienberichterstattung über Syrien die größte Medienlüge unserer Zeit ist? Sie haben reinen Unsinn über Assad verbreitet. Es waren in der Tat die Rebellen, die plünderten und töteten. Glauben Sie, die Menschen in Syrien sind dumm? Glauben Sie, dass diese Menschen gezwungen wurden, für Assad und Putin zu jubeln? Es sind die Amerikaner, die ihre Hände überall drin haben, wegen Pipelines und Rohstoffen in dieser Region und um Putin auszubremsen.

Saudi-Arabien und Qatar wollen in Syrien einen sunnitischen Staat errichten, einen Staat ohne Religionsfreiheit. Deswegen muss Assad gehen. Wissen Sie, als die syrische Armee sich auf die Schlacht in Aleppo vorbereitete, kamen muslimische Soldaten zu mir, um sich segnen zu lassen. Unter einfachen Moslems und Christen gibt es kein Problem. Es sind diese radikalen vom Westen unterstützten Rebellen, die uns umbringen wollen. Sie gehören alle zu al-Qaeda und dem IS. Es gibt keine gemäßigten Kämpfer."

INTERVIEWER: *Sie sagten einmal, dass Hillary Clinton ein „Teufel in heiligem Wasser" ist, weil sie als Außenministerin ganz bewusst den Konflikt verschlimmerte.*

PATER DANIËL: „Ich bin froh über Trump. Er sieht, was jeder normale Mensch versteht: Dass die Vereinigten Staaten von Amerika aufhören sollten, Länder zu unterminieren, die natürliche Ressourcen besitzen. Der Versuch der Amerikaner, eine unipolare Welt aufzubauen, ist das größte Problem. Trump versteht, dass der radikale Islam eine größere Gefahr darstellt als Russland.

Was kümmert es mich, ob er gelegentlich seine Hose herunterlässt? Wenn Trump die Weltpolitik in der Art betreibt, wie er es versprochen hat, dann schaut die Zukunft gut aus. Dann wird sie derjenigen ähnlich werden, die Putin anstrebt. Und es ist zu hoffen, dass es dann eine Lösung für Syrien geben und dass der Frieden zurückkehren wird."

INTERVIEWER: *Sie wissen schon, dass Ihre Analyse strittig ist und viel Kritik hervorrufen wird?*

PATER DANIËL: „Ich spreche aus persönlicher Wahrnehmung. Und niemand muss mir glauben, stimmt´s? Aber ich weiß eines: die Medien können mit ihrer Berichterstattung entweder zum Massaker an dem syrischen Volk beitragen, oder sie können dem syrischen Volk helfen. Leider gibt es zu viele Mitläufer und Feiglinge unter den Journalisten."

Autor:

Wierd Duk

ist ein niederländischer Journalist, Historiker und Autor. Er ist spezialisiert auf die Geschichte und Politik von Russland und Deutschland und erscheint regelmäßig als politischer Kommentator in Radio und Fernsehprogrammen.

(Quelle: wikipedia)

Dieser Text wurde als Übersetzung am 06.02.2017 auf antikrieg.com unter der URL ‹http://antikrieg.com/aktuell/2017_02_06_diemedienberichterstattung.htm› veröffentlicht

‹http://www.free21.org/?p=27202›

Publiziert auf Free21 am 28.03.2017, 21:19 Uhr, von Wierd Duk auf ad.nl, Lizenz: ad.nl

(Foto: Karin Leukefeld)

Krieg der Lügen

Das erste Opfer des Krieges ist immer die Wahrheit. So auch in Syrien.

von Karin Leukefeld

Es ist früh am Morgen, als wir Aleppo verlassen. Joseph, der mich bei Recherchen in Syrien meist begleitet, steuert sicher und zügig den Wagen durch den morgendlichen Verkehr. Den Soldaten an den zahlreichen Kontrollpunkten reicht meist der Blick auf das Schild „Presse“, das vorne an der Windschutzscheibe klebt, um uns freundlich weiter zu winken. Manch einer liest sich das Schreiben des Informationsministeriums genau durch, blickt dann in den Wagen und sagt: „Eine Deutsche? Herzlich willkommen in Syrien.“

Im August vergangenen Jahres führte der Weg nach Aleppo über Stück und Stein und die frei gekämpfte Castello Straße in den Norden der Stadt. Im September und November erreichten wir Aleppo über Ramousseh im Süden. Den Osten mussten wir damals weiträumig umfahren, da dort bewaffnete Gruppen kommandierten, die einen eigenen syrischen Staat islamistischer Prägung gründen wollten. Eine feuergewaltige Offensive der syrischen Streitkräfte und ihrer Verbündeten (Russland, Iran, Hisbollah) hatte dann kurz vor Weihnachten 2016 zur Befreiung der ganzen Stadt geführt.

35.000 Menschen waren nach Idlib und in die Türkei evakuiert worden, darunter Tausende Kämpfer und mehr als 100 ausländische militärische Spezialkräfte, die die Kampfverbände bei ihrem Umsturzversuch in Aleppo unterstützt hatten. Mehr als doppelt so viele Menschen waren zuvor aus dem Osten der Stadt in die Randgebiete und in den Westen geflohen, die meisten von ihnen leben bis heute in Sammelunterkünften, wo sie mit dem Nötigsten versorgt werden.

Dieses Mal also konnten wir über den Osten und am Flughafen vorbei nach Aleppo fahren. Der gleiche Weg führt uns nun also wieder hinaus. Tage mit intensiven Gesprächen, erschütternden Momenten, berührender Gastfreundschaft liegen hinter mir. In Gedanken lasse ich die Begegnungen Revue passieren, blättere in den Aufzeichnungen und mache Notizen für Reportagen: über die Brüder, die nahe am Antakiya-Tor der Altstadt von bewaffneten Islamisten aus dem Elternhaus vertrieben wurden.

Über die Geschäftsleute, die aus dem Nichts ihre Betriebe wieder aufbauen. Über die Nachbarn des Sakaria-Krankenhauses, das von den bewaffneten Gruppen in „Al Quds-Hospital“ umbenannt wurde und wo ich in den Kellerräumen jede Menge Verbandsmaterial und Medikamente deutscher, französischer und türkischer Firmen fand. Über die Zitadelle, die Ommayyaden-Moschee, über den Willen und die Hoffnung der Aleppiner, sich ihr früheres gutes Leben zurückzuerobern.

Immer wieder schweift der Blick vom Notizblock aus dem Fenster über die endlose Weite. Tiefgrüne Felder und Wiesen, auf denen Frauen in ihren bunten Tüchern und Röcken Kräuter und Salat ernten, ihre Männer oder Söhne werden es später in die Stadt bringen und verkaufen. Hirten, die Kufiyeh um den Kopf geschlungen, treiben Ziegen- und Schafe vor sich her, Jungtiere springen um die gemächlich grasenden Herden herum. Aus der Bäckerei von Sfireh trägt ein Bauer aufrechten Ganges ein großes Paket frischen Brotes davon, Kinder jagen Hühner vor sich her, Kühe suchen den Schatten von Olivenhainen, um sich dort friedlich kauend niederzulassen.

In Khanasir trinken wir den wohl besten Espresso auf der Strecke zwischen Aleppo und Homs, den Abu Mohamed aus einer modernen Espressomaschine serviert. Weil es keinen Strom gibt, hat er einen kleinen Generator in seinem Geschäft aufgestellt und strahlt über das Lob, das ihm von allen über den guten Kaffee entgegengebracht wird. Vor dem Krieg arbeitete der Tscherkesse mit seinen Freunden Anas, Sherif und Bilal – der sich zunächst mit einem breiten Grinsen unter seinem Vollbart als „Abu Bakr al Bhagdadi“ vorstellt – in der Landwirtschaft von Khanasir. Eines Tages werden sie ihre frühere Arbeit wieder aufnehmen, versichert Abu Mohamed: „Die Leute aus Khanasir haben immer das Land bestellt und es ging uns gut.“ Geld für den Kaffee lehnt er wie schon bei unserer Hinfahrt ab. „Hauptsache, Sie kommen wieder, wenn sie das nächste Mal nach Aleppo fahren“, meint er lachend.

Hinter Khanasir breiten sich entlang der Straße rote und gelbe Blumenteppiche aus. Raps und tiefrote Mohnblumen haben die sonst karge Landschaft des Jbeil Hoss an diesem Frühlingstag verzaubert. „Das ist das Blut unserer Märtyrer sagt Lama, die uns um eine Mitfahrgelegenheit nach Damaskus gebeten hatte. „Jeden Frühling werden sie uns an diesen sinnlosen Krieg erinnern.“

Es ist gegen 11 Uhr, als ich dank einer mobilen Internetverbindung einen Blick auf die Schlagzeilen im Internet werfe: 20% des syrischen Militärarsenals sei bei dem US-Angriff auf die Al Scha'riat Militärbasis bei Homs zerstört worden, heißt die Schlagzeile bei der BBC. Die US-Armee hatte wenige Tage zuvor 59 Cruise Missiles auf Syrien abgeschossen. Die Begründung war, dass die syrische Armee angeblich Giftgas bei einem Angriff auf den Ort Khan Sheikhoun (Provinz Idlib) eingesetzt habe. Die Flugzeuge seien von Al Scha'riat gestartet. Die dortigen Bunker, in der das Giftgas gelagert sei, habe man mit Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nicht bombardiert, so ein Sprecher der US-Armee.

Die Deutsche Welle (Werbespruch: „Made for Minds“) macht mit der Schlagzeile auf: „G7-Staaten einig: Assad muss weg“. Der syrische Präsident kämpfe „mit brutalsten Mitteln um seine Macht. Die G7-Staaten fordern geschlossen seinen Abgang“, so der Text. Eine politische Lösung „mit einem Verbleib von Assad an der Macht“ werde es „nicht geben“, wird der französische Außenminister Jean-Marc Ayrault zitiert. Was man jetzt brauche, sei ein Waffenstillstand „unter Beobachtung der internationalen Gemeinschaft“. Man müsse den Druck auf Russland erhöhen, die „Unterstützung für Assad“ zu beenden.

Interessant ist der letzte Satz des DW-Artikels, der offenbart, wessen Geistes Kind die G7-Stel-

(Foto: Karin Leukefeld)

(Foto: Karin Leukefeld)

lungnahme ist. An den Syrien-Beratungen nahmen auch „die Außenminister der Türkei, der Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabiens, Jordaniens und Katars“ teil. „Da sitzen die Banken und Scheckbücher, die den Krieg gegen Syrien finanzieren“, kommentiert Joseph trocken, als ich ihm den Text übersetze. „Die Emirate, Saudis, Kataris bezahlen Waffen und Kämpfer, die Türkei stellt Infrastruktur und freie Passage“ und Jordanien habe sich quasi in eine Militärbasis der USA und deren Verbündeten entwickelt. Doch die G7-Politiker sollten nicht vergessen, dass schon viele ihrer Kollegen, die den Sturz des syrischen Präsidenten seit 2011 forderten, selber nicht mehr im Amt seien. „Barack Obama, Hillary Clinton, David Cameron, der Emir von Katar und Francois Hollande“ habe auch seinen Rückzug erklärt.

Der frühere Touristenführer Joseph liebt seine Heimat und hat mit seiner Frau beschlossen, Syrien nicht zu verlassen. Immer ist er zu Scherzen aufgelegt, meistert auch schwierige Situationen mit Behörden, an Checkpoints oder bei der Suche nach Benzin. Als der Krieg 2011 begann verkaufte er bis auf eines die 10 Fahrzeuge, die er für sein florierendes Tourismusunternehmen angeschafft hatte. Die Fahrer musste er entlassen, mit einem verbliebenen Auto und seinen Englischkenntnissen bot er dann Journalisten seine Unterstützung an. Seine Frau leitet einen Kindergarten nahe am Bab Touma Tor, wo das Paar mit ihren zwei Kindern lebt. Mehr als einmal schlugen Mörsergranaten aus den östlichen Vororten (Ghouta) in der direkten Nachbarschaft ein.

Besonders schlimm war es im Herbst 2016, als eine Granate direkt in der Nachbarwohnung landete. Der Sohn der Nachbarin, der am Vortag sein Ingenieursstudium mit Bravour bestanden hatte, wurde von Granatsplittern am Hals durchbohrt. Joseph war als erster vor Ort, das Bild des verblutenden jungen Mannes trägt er bis heute in sich. Sein Sohn verlor das Interesse an Schule und Studium, berichtete Joseph damals. „Warum soll ich einen Studienabschluss machen, wenn ich am nächsten Tag tot bin?!“ In langen Gesprächen und mit gemeinsamen Planungen für die Zukunft, konnten Joseph und seine Frau den Sohn wieder motivieren.

Lama hat im Kassettenrecorder ein Stück laut gedreht, das in der Levante zu einem Volkslied geworden ist: Helwa ya Baladi, Wie schön ist meine Heimat: „Meine Hoffnung war immer, zurückzukehren und für immer bei dir zu bleiben/ erinnerst du dich an meine Heimat, ich trage so viele Geschichten in mir/ meine erste Liebe, nie könnte ich sie und meine Heimat vergessen/ wo sind sie geblieben, die Tage, bevor wir uns trennen mussten?“ Das Lied ist der ägyptischen Hafenstadt Alexandria gewidmet, doch im Libanon und Syrien teilen viele Menschen die darin ausgedrückte Sehnsucht, die Traurigkeit über das, was ihnen durch Krieg und Vertreibung genommen wurde. Lama nimmt ihr Handy und filmt zu der Musik die Landschaft, die an uns vorbeifliegt, ihre Heimat. „Helwa ya Baladi“ summt sie vor sich hin.

Auf der ARD-Webseite finde ich einen Artikel über Michael Lüders, der in einer Markus-Lanz-Sendung (5.4.2017) erklärt hatte, das Giftgas nach Khan Sheikhoun sei von den bewaffneten Gruppen aus und mit Unterstützung der Türkei nach Syrien gebracht worden. Die Quellen von Lüders seien zweifelhaft, schreiben die „Faktenfinder“. Seymour Hersh, der großartige Journalist, der in einer einjährigen Recherche die Wahrheit über die Freisetzung von Giftgas bei Damaskus 2013 an die Öffentlichkeit befördert hatte, wird in Zweifel gezogen. Also sei auch die Analyse von Lüders zweifelhaft, wird geschlussfolgert. Der türkische Journalist Can Dündar – der seit einigen Monaten in Deutschland im Exil lebt, viele Preise erhalten hat und finanzielle Unterstützung für eine Webseite, auf der er weiter über die Türkei schreiben kann – Dündar also wird als Kronzeuge zitiert, der die Darstellung von Lüders zurückweist.

Ich erinnere mich an ein Gespräch in Damaskus. Als ich dort Bekannte nach ihrer Meinung befragte, wer für die Freisetzung von chemischen Substanzen in Khan Sheikhoun verantwortlich sein könne, spielten sie mir zur Antwort einen Clip auf ihrem Handy vor. Es war ein Ausschnitt aus der Sendung und zeigte die Erläuterungen von Michael Lüders mit arabischen Untertiteln.

Khan Sheikhoun liegt etwa 150 km Luftlinie von hier an der M1-Autobahn, die Damaskus, Homs, Hama und Aleppo verbindet. Die Strecke von Damaskus nach Aleppo über die M1 ist 360 km lang und war früher in rund 4 Stunden zu bewältigen. Weil das Gebiet nördlich von Hama, Khan Sheikhoun und Idlib unter Kontrolle der Nusra Front steht, ist die direkte Fahrt über die M1 unterbrochen und die Autos schlängeln sich durch die Passage von Khanasir, durch die wir fahren. Diese Strecke Aleppo-Damaskus ist 470 km lang, die Fahrt dauert für PKWs 6-7 Stunden, Busse sind oft 10-12 Stunden unterwegs.

Die Passage über Khanasir – die Syrer sprechen auch von einem „Korridor“ - führt über eine schmale, holprige Straße, die vor zwei Jahren von der syrischen Armee und ihren Verbündeten freigekämpft und sukzessive erweitert wurde. Östlich beginnt hinter einer Hügelkette das Einflussgebiet des selbst ernannten „Islamischen Staates im Irak und in der Levante“. Nach Westen hin werden Teile der Wüste, der Provin-

Publiziert auf Free21 am 04.06.2017 um 14:43 Uhr. Von Karin Leukefeld auf ‹www.rubikon.news›. Lizenz: CC4.0.

zen Hama und Idlib von der Nusra Front kontrolliert.

Beide Organisationen sind international als terroristisch gelistet, doch die syrische Armee wird im Kampf gegen diese Gruppen von der internationalen „Anti-IS-Koalition“, die unter Führung der USA vorgibt, diese Terrorgruppen zu bekämpfen, nicht unterstützt. Im Gegenteil. Im September 2016 wurde die syrische Armee auf dem Flughafen von Deir Ezzor vier Mal von der US-Allianz bombardiert, was zum Tod von mehr als 70 Soldaten und weit mehr Verletzten führte. Der Flughafen von Deir Ezzor ist umgeben von Kampfverbänden des IS. Die Aufklärung der „Anti-IS-Allianz“ muss auf beiden Augen blind gewesen sein, dass es ihnen gelang, die IS-Basen zu verfehlen und die syrische Armee zu bombardieren. Der Angriff erfolgte zu einem Zeitpunkt, als nach langen und zähen Verhandlungen von den USA und Russland ein Waffenstillstand vereinbart worden war. Der Angriff auf Deir Ezzor war das Ende dieser Vereinbarung.

Nun also wird die syrische Regierung beschuldigt, Giftgas eingesetzt zu haben. Von Al Sha'riat), der von den USA bombardierten Luftwaffenbasis, waren syrische und russische Kampfjets gestartet, die maßgeblich zum Kampf gegen den „IS“ und die Nusra Front bei Palmyra, Idlib und Aleppo-Land eingesetzt wurden. Bei der US-Bombardierung wurde kein Giftgas auf Al Sha'riat freigesetzt. Wo mag es geblieben sein, wenn es doch nur zwei Tage vorher dort noch gelagert gewesen sein soll?! Wird es vielleicht in fahrbaren chemischen Labors durch Syrien transportiert, wie es ja auch im Irak der Fall gewesen sein soll, wie der damalige US-Außenminister Colin Powell vor dem US-Sicherheitsrat am (8. März 2003) behauptet hatte. Heute weiß die Welt, dass die USA damals gelogen hatte. Und heute lügen die USA und ihre Verbündeten wieder.

Unser Wagen weicht bei hoher Geschwindigkeit einem Fahrzeug aus, das einen der vielen entgegenkommenden Tanklastwagen überholt, die Heizöl nach Aleppo bringen. Obwohl die Fahrt durch den Korridor beschwerlich und nicht ungefährlich ist, ist der Verkehr dicht. Busse, hoch beladene Transporter und Tanklastwagen sind unterwegs. Die Elektrizitätswerke in Aleppo werden repariert, eine neue Stromtrasse wird entlang der Straße durch den Korridor gebaut. Die Regierung hilft so gut sie kann, die Folgen und Zerstörungen des Krieges zu beseitigen.

Mit Unterstützung aus China, Iran und Russland wird die zivile Infrastruktur wieder aufgebaut. Die reichen westlichen Staaten haben erst kürzlich noch einmal deutlich gemacht, dass erst dann finanziell geholfen wird, wenn der Präsident nicht mehr Bashar al-Assad heißt. Ihre Verbündeten am Golf und in der Türkei liefern weiter Waffen an ihre Bodentruppen in Syrien, in Jordanien bereitet eine „arabische NATO“ unter US-britischer Führung neue Angriffe auf das Land vor. Der Krieg gegen Syrien wird politisch, militärisch, mit Wirtschaftssanktionen und medial geführt.

Als Journalistin hier im Land, erscheint mir die Wucht der Angriffe, die Politiker gegen Syrien erheben und die von den Medien transportiert werden ohne sie zu hinterfragen, ohne Fakten zu prüfen, ohne das Völkerrecht zu berücksichtigen maßlos, gespenstisch und gefährlich. Für Syrien und die Region sowieso, aber auch für alles, was Europa aus zwei Weltkriegen gelernt haben sollte.

Ein Gesprächspartner in Aleppo hatte im Gespräch wiederholt, was von syrischer Regierungsseite seit dem Geschehen in Khan Sheikhoun immer wieder betont wird: Syrien setzt kein Giftgas ein, alle Giftgasbestände wurden 2013 unter internationale Kontrolle gestellt und abtransportiert. Die UN-Organisation zum Schutz vor chemischen Waffen (OPCW) hat Syrien das 2015 bestätigt. Die USA allein vernichtete Hunderte Kubikmeter-Tonnen auf einem Spezialschiff im Mittelmeer und auch Deutschland vernichtete Restbestände in einer speziellen Verbrennungsanlage in Niedersachsen.

(Foto: Karin Leukefeld)

Die syrische Regierung hat Dutzende Male die Vereinten Nationen und den UN-Sicherheitsrat darauf aufmerksam gemacht, dass Kampfverbände und Einzelpersonen chemische Substanzen nach Syrien transportiert haben. Das sei unter den Augen internationaler und regionaler Geheimdienste geschehen, man habe sogar Namen der Personen mitgeteilt, so der syrische UN-Botschafter Al Jaafari. Und doch wird behauptet, Syrien setze Giftgas ein. Es habe Giftgas versteckt, Russland habe Syrien dabei geholfen wird verbreitet. Wenn man lange genug mit Dreck auf jemanden wirft wird schon etwas hängen bleiben, heißt eine alte Redewendung. Alles wird in Bewegung gesetzt, keine Mühe wird gescheut, um Syrien und seine Verbündeten als Lügner hinzustellen. Ein „Krieg der Lügen“ werde gegen Syrien geführt, so der Gesprächspartner in Aleppo. Wie sollen Regierung und Armee beweisen, dass sie etwas nicht haben, was sie nicht haben?

Als wir gegen Mittag Homs erreichen, fahren wir durch Stadtviertel, die zwar aufgeräumt, doch von den Kämpfen 2012 bis 2014 schwer gezeichnet sind. Lama nimmt ihr Handy, dreht die Scheibe herunter und filmt die Trümmerlandschaft. Sie hat wieder ihr Lieblingslied eingeschaltet, Helwa ya Baladi: „…. erinnerst du dich an meine Heimat, so viele Geschichten...“. Langsam steuert Joseph den Wagen um die tiefen Schlaglöcher in der Straße herum. Aus den Ruinen leuchtet es blau, rot und gelb. Blumen, Gräser, kleine Sträucher drängen der Frühlingssonne entgegen, die Vögel singen.

Autor:

Karin Leukefeld

Jahrgang 1954, studierte Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften und ist ausgebildete Buchhändlerin. Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit unter anderem beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Die Grünen (Bundespartei) sowie der Informationsstelle El Salvador. Seit dem Jahr 2000 ist sie als freie Korrespondentin zum Mittleren Osten tätig.

Dieser Text wurde zuerst am 19.04.2017 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/krieg-der-lugen› veröffentlicht. Lizenz: CC 4.0

‹http://www.free21.org/?p=27452›

Welche **Aufgabe** hat der heutige **Terrorismus?**

Es gibt einige wichtige Punkte, die man verstehen muss, um das aktuelle Geschehen in der Welt richtig einzuordnen.

Nikolai Starikov

Ein Gebet für Palmyra – Waleri Gergijews Symphoniekonzert in der befreiten Oasenstadt (Foto: Screenshot, RT)

Es gibt einige wichtige Punkte, die man verstehen muss, um das aktuelle Geschehen in der Welt richtig einzuordnen:

1. Es gibt heute keinen Konflikt zwischen den Zivilisationen des Westens und des Osten und auch keinen Konflikt zwischen dem Christentum und dem Islam. Aber es gibt ein Bestreben diese Konflikte zu schüren. Es gibt das Bestreben des Westens, alle anderen Zivilisationsprojekte zu schwächen (Russland, China usw.).

2. Es gibt keine „Koalition", in der die „zivilisierte Welt" mit dem so genannten „weltweiten Terrorismus" kämpft.

3. Es gibt auch keinen weltweiten Terrorismus.

Aber was gibt es dann? Es gibt eine Methode, mit der die USA und ihre engsten Verbündeten ihre Vormachtstellung in der Welt aufrechterhalten. Es gibt ein Instrument mithilfe dessen die Vereinigten Staaten ihre Konkurrenten schwächen. Dabei sind alle gemeint. Auch die, die formal zu ihren Verbündeten zählen - wie Europa. Diese Methode ist eben das Verüben von verschiedenen terroristischen Akten. Auf den Punkt gebracht - der Terrorismus. Nicht nur, dass es den Terrorismus für sich genommen nicht gibt, er wird auch noch sorgfältig finanziert, vorbereitet und im Interesse der Dominanz der USA gesteuert.

Allerdings hat der Terrorismus als politisches Mittel auf Länder Einfluss zu nehmen in den letzten Jahrhunderten eine gründliche Veränderung erfahren. Wenn noch vor hundert Jahren die Terroristen eine Änderung der (politischen) Handlungen der Regierung eines Landes zum Ziel hatten. So versucht heute keiner mithilfe des Terrorismus die Politik des einen oder anderen Landes zu „korrigieren". Im Zuge der Veränderung der Taktik und der Mittel zur Kriegsführung im Atomzeitalter, hat sich auch die Taktik des Einsetzens von Terrorismus verändert.

Das Hauptanliegen ist nicht mehr Druck auf Regierungen auszuüben. Das Hauptziel der heutigen terroristischen Anschläge ist das Bestreben die Handlungsunfähigkeit der Regierung des einen oder anderen Landes vorzuführen.

Das Informationszeitalter und die Informationskriege haben zur Veränderung des Zweckes des Terrorismus beigetragen.

Ein Lastwagen rast in eine Menschenmenge auf einem Weihnachtsmarkt in Berlin. Die Unfähigkeit der deutschen Regierung ist [wirkt] offensichtlich. Die deutschen Behörden versuchen diesen Eindruck abzuwehren und die Handlungsfähigkeit der Regierung zu demonstrieren. Sind dabei aber etwas ungelenk. Die deutsche Polizei benötigt zwei Tage (!), um eine Fahndung nach einem Mann herauszugeben, der seine Papiere im Führerhaus des LKWs vergessen (!) hatte. Dann wird dieser als Täter ausgewählte Mann bei einer Polizeikontrolle in Mailand getötet. Das Attentat wurde also schnell aufgeklärt und der Täter seiner Strafe auch schon zugeführt! Es entsteht der Eindruck, dass um die Reputation wiederherzustellen und Handlungsfähigkeit zu zeigen, die deutschen Sondereinheiten nach jemanden gesucht haben, den sie als Täter „bestimmen" und dessen Papiere sie unter dem LKW-Sitz „finden" können. Daher auch die Pause von zwei Tagen…

Kehren wir wieder zu den am Anfang getätigten Aussagen zurück.

zu 1. Es gibt heute keinen Konflikt zwischen dem Islam und dem Christentum. Es wird versucht diesen Konflikt aus geopolitischen Interessen zu entfachen; für sich genommen gibt es ihn nicht. Die nach Europa mit den Flüchtlingen eingeführten Unruhestifter tun fleißig ihr Werk, um Spannungen zu erzeugen. Zur gleichen Zeit sind in den USA keine Konflikte und auch keine Bruchlinie entlang des Islams und Christentums aufzufinden und zu beobachten. Die Konflikte entstehen genau dort, wo sie entstehen sollen, wo durch terroristische Anschläge die Handlungsunfähigkeit der europäischen Länder vorgeführt werden soll. Den Nährboden für die Konflikte gäbe es auf der ganzen Welt. In Erscheinung treten sie aber nur in genau definierten Bereichen: in Europa und im Nahen Osten. Es gibt auch Versuche die Konflikte in Russland anzufachen. Diese haben aber einen recht künstlichen Charakter. In Russland gab es noch nie religiös motivierte Konflikte. Weder im Russischen Imperium, noch in der Sowjetunion. Man arrangierte sich friedlich, heiratete untereinander und achtete wechselseitig den Glauben und die Gebräuche. Auch in Europa gab es keine Konflikte zwischen Moslems und Christen, aufgrund der Abwesenheit der erstgenannten in solch einer großen Zahl. Aber nun „plötzlich" lassen die europäischen Länder 1,5 Mio. Menschen hinein, fast ausschließlich muslimischer Herkunft. Die Begründung hört sich wie ein kindliches Gerede an: in Syrien ist Krieg. Und warum kommen dann nach Europa hunderttausende Afghanen,

Publiziert auf Free21 am 10.5.2017, 20:38 Uhr, von Nikolai Starikov auf nstarikov.ru. Übersetzung Konstantin E.

Pakistaner, Tunesier und Algerier? Ausgerechnet jetzt und ohne jegliche Papiere. Und was kurios ist - niemand wird zurückgeführt? Russen, die ein Visum nach Europa bekamen, wissen, dass es einer Schikane gleicht: verschiedene Bescheinigungen, Fingerabdrücke, keine angenehme Prozedur. Das ist die eine Seite. Und auf der anderen Seite sind Millionen Menschen gänzlich ohne Papiere. Wie ist das zu erklären? Die USA üben Druck auf Europa aus und zwingen sie die „Flüchtlinge" aufzunehmen, mit denen auch der Terror nach Europa kommt. Europa wird schwächer, die Unfähigkeit ihrer Regierungen wird offensichtlich. Wer kann dann noch die „zivilisierte Welt" beschützen und verteidigen? Nur Washington.

zu 2. Da der Terrorismus ein Instrument zur Verwirklichung der Politik der USA und der Ziele von Washington ist, ist es augenscheinlich, dass die Vereinigten Staaten den Terrorismus nicht in dem Ausmaß bekämpfen, dass er wirklich an der Wurzel angepackt wird. Kämpfen werden sie schon, oder genauer gesagt, sie werden den Kampf imitieren. Und das sehen wir am Fall Syrien. Es gibt zwar eine Koalition unter der Leitung der USA, aber Ergebnisse dieses Kampfes gibt es nicht. Zwei Jahre, alles umsonst. Russland tritt ein und verändert völlig die Situation. Die ISIS und andere politische Werkzeuge der USA erleiden Verluste und treten den Rückzug an. Was ist die Reaktion darauf seitens der Vereinigten Staaten? Steine in den Weg legen. Ständiges Wüten und Klagen darüber, dass die russische Luftwaffe falsch bombardiere; am falschen Ort, die falschen Leute. Obwohl die Befreiung Aleppos ein Fakt ist. Und die „Koalition" hat Mossul im Irak noch nicht befreien können. Wir dürfen nicht vergessen, dass im Kampf Russlands gegen die Terroristen die USA auf der Seite der Terroristen stehen.

zu 3. „Der weltweite Terrorismus" ist ein imposanter Ausdruck, der jedoch keine Substanz aufweist. Der Terror ist ein Werkzeug im Kampf auf der Ebene der Informationen. Es ist ein schreckliches aber ein effektives Werkzeug. Und bekanntermaßen muss man das Pferdchen, auf dem man reitet hegen, pflegen und füttern.

Der Kampf in Syrien verläuft nach denselben Regeln. Erinnern Sie sich noch an die groß angelegten Terroranschläge am Anfang des Chaos in Syrien? Explosionen von Autobomben mit einer großen Anzahl von Opfern. Warum gab es sie damals und warum gibt es sie heute nicht mehr? Zwei bis drei Jahre zuvor, war das eine Möglichkeit, der syrischen Bevölkerung die Unfähigkeit der Assad-Regierung zu „kommunizieren", woraus die Notwendigkeit erwachsen möge, diese Regierung abzusetzen. Nun tobt ein harter Krieg, wo die Ermordung von 20 weiteren unschuldigen Zivilisten in Damaskus keinerlei informationellen Gehalt hätte. Auch, weil die Handlungsfähigkeit der syrischen Regierung durch Russlands Hilfe unterstützt wird und durch die Einnahme von Palmyra und Aleppo.

Wer war gegen Assad?

Wer beteuerte „Assad muss weg"? Washington. Und doch konnte die syrische Regierung Erfolge vorzeigen. Also:

1. Die Handlungsfähigkeit der Regierung von Baschar al-Assad wurde bekräftigt.
2. Die Handlungsfähigkeit von Russland wurde bekräftigt.
3. Die Handlungs**un**fähigkeit der USA wurde bekräftigt.

Dieser Blickwinkel hilft uns, die Ereignisse um Syrien zu verstehen. Das Sichern der Regierung von Assad ist das vollständige Scheitern der Vereinigten Staaten, denen es nicht gelang, ihr Programm in Syrien und damit auch in der Region und damit auch in der Welt durchzudrücken. Denn die Vereinigten Staaten sind die stärkste Supermacht. Sie können nicht zulassen, dass ihr Scheitern offenkundig wird und handeln durch die Hände der Terroristen. Jeder Erfolg ihrerseits ist das Versagen von Assad und Russland.

Sofort nach der Befreiung Aleppos von den Terroristen leiten sie den nächsten Angriff ein und nehmen wieder Palmyra ein. Welchen Sinn macht es aus militärischer Sicht? Um militärische Überlegungen geht es hier nicht. Es geht um einen Informationskrieg. Die Vereinigten Staaten müssen unbedingt die Unfähigkeit Russlands demonstrieren. Die Operation um das Einnehmen dieser Stadt durch syrische Hände und das dortige Konzert des Gergijew [russischer Dirigent] ist nicht nur ein militärischer Erfolg. Da der Krieg auf der Informationsebene geführt wird, ist das eine mächtige Konstatierung der russischen und syrischen Fähigkeiten. Deshalb erfolgt der Gegenangriff durch die Hände der Terroristen genau in Palmyra. Die Ermordung des russischen Botschafters in der Türkei ist auch ein Versuch, das Unvermögen der russischen Regierung darzustellen.

Jedes Ereignis, das auf der Ebene der Information über die Schwäche der Russen „schreit", ist ein „Beweis" des russischen Versagens; da man es durch die entsprechende Brille betrachtet, die zu eigenen Gunsten ausfällt. Diese Brille möchten unsere amerikanischen „Partner" bevorzugt wissen. Es ist also nicht nur der Tod eines russischen Soldaten in Syrien, nicht nur ein abgeschossener russischer Hubschrauber.

Es ist auch … Es ist auch die Ermordung des russischen Botschafters. Es ist auch die Tragödie um das russische Militärflugzeug in Sotschi, das unterwegs nach Syrien war [*A.d.Red. Flugzeugabsturz am 25.12.16 mit dem Alexandrow-Chor der Roten Armee*].

Unsere wichtigste Aufgabe ist es, diese tragischen Ereignisse gründlich zu untersuchen. Wir müssen das Wesentliche herausfinden: waren das wirklich unglückliche Fügungen, oder hat derjenige, der einen informationellen Nutzen dadurch erfährt, der seine Handlungsfähigkeit erhöht, indem er unsere herabsenkt, die dafür nötigen Schritte unternommen hat. Damit Tragödien zu Tragödien wurden.

Helfen Sie uns bitte bei unserer Arbeit mit einer Spende!

Free21

Nutzen Sie bitte dazu folgendes Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Autor:

Nikolai Starikov

Nikolai Wiktorowitsch Starikow ist ein russischer Schriftsteller, Publizist und politischer Aktivist. Eines seiner jüngeren Werke aus dem Jahr 2012, nämlich „Stalin. Erinnern wir uns gemeinsam" rief kontroverse Reaktionen hervor.

Starikow ist der Gründer der Allrussischen politischen Partei „Großes Vaterland".

Dieser Text wurde zuerst am 26.12.2016 auf nstarikov.ru/ unter der URL ‹https://nstarikov.ru/blog/73393› veröffentlicht. (Lizenz: Nikolai Wiktorowitsch Starikow)

‹http://www.free21.org/?p=27346›

Wir sind **Frieden**

Unternehmensberater, Verwaltungsangestellter und Channel Manager – wer diese Berufsangaben hört, denkt nicht als erstes an politisch aktive Menschen, die sich engagiert für die Gestaltung einer friedlicheren Zukunft einsetzen und dafür Demos, Vorträge oder Informations-Stammtische organisieren, in alternativen Medien mitwirken oder gleich Friedensfahrten Richtung Russland unternehmen. Dem gängigen Vorurteil nach sind es Hippies, Menschen, die keinen geregelten Jobs nachgehen und ihr Leben nicht im Griff haben. Wie falsch das Vorurteil ist zeigen Gernot, Hardy und Johannes, die sich – jeder auf seine Art – für eine bessere Welt einsetzen.

von Andrea Drescher

Gernot Almesberger, geboren 1970, wohnhaft in Linz, Beruf: Coaching & Unternehmensberatung - Hobbys: Kendo, Fotografie, nachhaltige Entwicklung, Umwelt, Ökologie und Politik

Politik ist ein guter Einstieg ins Thema – wie bist du in die Politik gekommen?

Ich war immer ein politisch denkender Mensch. Vor 4 Jahren sprach ich mit einem Kollegen darüber, dass viel geredet aber wenig umgesetzt wird. Wir wollten uns aktiv einbringen und nicht immer sagen, die Anderen tun nichts. So fing es an.

Und was macht ihr bzw. du jetzt?

Politische Arbeit heißt für mich Parteipolitik, geht aber darüber hinaus. Unser Ziel ist es, sozialdemokratische Werte, die sich über 125 Jahre entwickelt haben für das 3. Jahrtausend zukunftsfähig zu machen. Darum haben wir granum humanum – das Korn der Menschlichkeit - gegründet. Unser Fokus liegt auf Bildung in Bereichen wie Zukunft der Arbeit, Zukunft der Ökologie, Macht des Geldes bzw. der Finanzwirtschaft, also um ökonomische, ökologische und gesellschaftspolitische Themen. Insgesamt arbeiten jetzt ungefähr 100 Menschen mit, von denen die meisten vorher nicht aktiv waren. Wir treffen uns regelmäßig, tauschen uns aus, planen Veranstaltungen und sind auch eine der treibenden Kräfte hinter der Initiativplattform TTIP Stoppen Oberösterreich.

Pixabay (CCo Public Domain)

Wie kam es zu der Plattform?

Im November 2013 las ich einen Bericht über TTIP, dann nahm ich das Thema in eine Sitzung mit und wir waren uns schnell einig, dass wir mehr Informationen benötigten. Wir haben Kontakt zu EU Parlamentariern gesucht und uns ausgetauscht. Im Januar 2014 haben wir dann ein erstes Treffen mit Podiumsdiskussion organisiert – rund 40 Teilnehmer saßen im Publikum. Die möglichen Gefahren des Abkommens wurden deutlich und uns allen klar, es geht um unsere Zukunft. Also müssen wir weitere Informationen zusammentragen und mehr Menschen erreichen. Mit der Gründung der Plattform www.stop-ttip.at ging es dann richtig los.

Was heißt das?

Unsere erste Demo im Mai 2014 hatte nicht ganz 1000 Teilnehmer. Im Herbst 2016 bei der Vierten waren es dann schon 6000. Und Demos sind ja nur ein Teil unserer Arbeit. Wir wollen möglichst viele Menschen aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten ansprechen und haben daher sehr viel Beziehungsarbeit mit den verschiedensten Institutionen betrieben.

Beziehungsarbeit – was kann man darunter verstehen?

Ich habe gut 80 Vorträge gehalten, Kollegen von mir sicher 50 weitere. Wir haben uns mit Nationalratsabgeordneten unterhalten und Aktionen durchgeführt. Auch gab es zahlreiche Treffen mit der WKO und der Landwirtschaftskammer, mit deren offiziellen Vertretern wir das Thema besprachen.

Wir wollen als Bürger und Bürgerinnen mit den Entscheidern in der Politik in Kontakt treten und nicht nur protestieren. Führt man konstruktive Diskussionen über die Auswirkungen kann man sehr viel erreichen. Öffentlicher Druck ist eine Sache, aber wenn man neutral und wertschätzend mit den Politikern ins Gespräch geht, kann man vielleicht sogar mehr erreichen als durch Konfrontation.

Wir sind eher zurückhaltend aufgetreten – eben eher beziehungsorientiert, darum haben sich aber viele Organisationen der Plattform angeschlossen. Insgesamt sind 44 Organisationen daran beteiligt. Als Sprecher der Plattform habe ich immer für diese kooperative Vorgehensweise optiert. Und das kam sehr gut an. Die Demo im Herbst 2016 in Linz war wohl die größte Demo, die an diesem Tag in Österreich veranstaltet wurde.

Helfen Sie uns bitte
bei unserer Arbeit
mit einer Spende!

Free21

Nutzen Sie bitte dazu folgendes Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Wie sind denn die Reaktionen jenseits der Demos?

Es ist einiges daraus entstanden, auch wenn es in den letzten Monaten sehr ruhig um das Thema wurde. Viele Menschen im Land sind sich durch TTIP erstmals bewusst geworden, welchen Einfluss die globale Wirtschaft auf ihr tagtägliches Leben haben kann bzw. hat. 562.552 Österreicher haben beim Volksbegehren gegen TTIP und CETA die Stimme erhoben. Viele Gemeinden machen bei der Aktion TTIP-freie Gemeinde mit. Aber mit CETA steht uns leider einiges bevor. Klagekosten in Höhe von mehreren Millionen Euro kann sich selbst ein großer österreichischer Mittelständler nicht leisten, Konzerne haben ein leichtes Spiel. Gesetzesänderungen werden u. U. einfach aus Angst vor Klagen gar nicht mehr angegangen. Wir haben noch einiges an Arbeit vor uns.

Aber TTIP/CETA sind nicht euer einziges Thema?

Stimmt. Wir bauen die Plattform jetzt in Richtung gerechter Handel aus. In einer global vernetzten Welt gibt es globalen Handel. Für Handys sind seltene Erden notwendig, die es bei uns nicht gibt. Man muss aber einen fairen Weg finden, sich diese im Ausland zu beschaffen und dabei auf die ökologische Tragfähigkeit für den Planeten achten. Um am Beispiel zu bleiben, das Fairphone ist der gute nächste Schritt. Weitere Maßnahmen sind der Verzicht auf Plastik durch Einsatz von Pflanzenfasern, Gehäuse aus nachwachsenden Rohstoffen, Lackierung aus umweltfreundlichen Materialien hin zur echten Kreislaufwirtschaft – davon sind wir noch weit entfernt.

Warum engagierst du dich? Da geht doch sehr viel Zeit drauf.

Das ist richtig. 3500 bis 4000 Stunden waren es sicher seit 2014. Aber das Bedürfnis nach Veränderung ist groß – und wächst. Viele Menschen stellen sich ähnliche Fragen, wir müssen nach und nach Antworten finden. Unser System ist einfach nicht mehr zeitgemäß. Ich will meinen Beitrag leisten, es positiv zu verändern, für das 3. Jahrtausend zukunftsfähig zu werden. Es ist mir dabei ein großes Anliegen, andere Menschen zu motivieren. In der Politik läuft vieles zu sequentiell ab – überall stoßen wir an die Grenzen. Vielschichtigkeit ist gefragt. Wir müssen systemisch agieren wie die Natur.

Tust du das für deine Kinder?

Nein, ich habe keine eigenen. Aber ich tue es für die zukünftigen Generationen. Als wir uns im Rahmen von granum humanum das erste Mal trafen war ich provokant. Ich sagte: „Ich möchte mich mit euch über den 1.1.3000 unterhalten“. Das führte erst zu betretenem Schweigen und dann der Nachfrage „Wie bitte?“ Als ich das Datum wiederholte, folgte erneut Schweigen. Und dann „Das sind ja 1000 Jahre.“ Meine Antwort darauf: „Nein, das sind nur 30 Generationen. Es geht um die Kinder der Kinder der Kinder.“ Wir müssen heute unsere Vorstellungen für die Zukunft konkretisieren, von dort zurückrechnen und unsere Handlungen daran messen. Die Gesellschaft braucht ein höheres Ziel, an dem sich alle und Alles orientieren kann. Das ist der Weg für eine nachhaltige Entwicklung an dem inzwischen viele mitarbeiten.

Danke für dein Engagement.

Hartmut „Hardy“ Groeneveld, geboren 1972 in Hannover, wohnhaft in Karlsruhe, verheiratet, 4 Kinder, Dipl.-Kaufmann, Channel Manager im IT-Umfeld, Hobbys: Free21, die Familie + Hund, Mitglied von Schalke 04, Motorrad fahren, geopolitische und gesellschaftliche Themen

Seit wann bist du politisch aktiv?

Das ist schwer zu sagen. Es fing wohl kurz vor den Mahnwachen an. Ich begann, mich für geopolitische Themen zu interessieren, war einer der frühen User von KenFM und habe, nach dem Interview mit Tommy Hansen, Free21 vom ersten Moment an mitverfolgt. Irgendwann wurde ich dann selbst aktiv.

Das heißt …?

Ich habe mich zunächst sehr ausführlich informiert; habe an den bundesweiten Mahnwachen teilgenommen, wo ich Lukas Puchalski von Free21-Abo kennen gelernt habe. Auch bei den Demos in Ramstein bin ich immer dabei. Es war und ist mir wichtig zu sehen, dass man nicht allein mit seinen Gedanken ist und gleichzeitig ein Zeichen für die Öffentlichkeit zu setzen. Leider nimmt mein Job viel Zeit in Anspruch, ich bin viel unterwegs, so dass ich nicht so aktiv sein kann, wie ich es gerne wäre. Aber bei Free21 habe ich Aufgaben, die sich auch gut mal zwischendurch erledigen lassen.

Wie bist du zu Free21 gekommen?

Das Interview auf KenFM hat mich total angesprochen, Tommy Hansen als Mensch hat mich mit seiner ruhigen und überlegten Art fasziniert. Und die Idee hat mich begeistert. Die guten Artikel im Internet sollten allen zur Verfügung stehen. Einmal ausgedruckt können sie nicht mehr verändert werden; außerdem lassen sich Artikel an jeden weitergeben. Also bin ich gleich Abonnent geworden. Spannend war die Reaktion meines 80-jährigen Schwiegervaters. Nachdem er es gelesen hatte, kam als Feedback, dass Free21 1000-mal besser als der Spiegel sei. Da war mir dann endgültig bewusst, wie wichtig das Magazin ist.

Wieso?

Wir Jüngeren sind Internet-affin. Ältere haben nicht den Zugang, außerdem hat das Netz Glaubwürdigkeitsprobleme. Hat man aber ein professionell gestaltetes Magazin in der Hand, kann man es lesen, Quellen überprüfen und alles hinterfragen wenn man Zeit hat. Das fand ich so überzeugend, dass ich aktiv mitarbeiten wollte.

Wie bist du dann eingestiegen?

Zunächst eben als aktiver Abonnent. Dann bekam ich mit, dass in Dortmund ein Vortrag mit Tommy Hansen zum Thema Medien lief. Ich nahm mit dem dortigen Veranstalter Kontakt auf, um zu erfahren, ob auch etwas in Karlsruhe geplant sei. Die Antwort war der Schlüssel: „Geplant ist nichts, aber magst du nicht einen Abend organisieren?“ Da hätte ich selbst drauf kommen können …

Nach kurzer Abstimmung habe ich die Veranstaltung dann vorbereitet – und es war in meinen Augen ein großer Erfolg: In einem Raum für 50 Personen drängten sich 60 Besucher. Das hat Spaß gemacht und sehr viel Motivation gegeben. Im Anschluss habe ich dann schnell „Free21-Karriere“ gemacht, war beim Free21-Vernetzungstreffen dabei, arbeite als Facebook-Admin und Researcher mit und organisiere Free21-Treffen in der Region.

Das klingt nach viel Aufwand, wie schaffst du das?

Auch wenn man wenig Zeit hat, kann man sich immer eine Stunde Zeit nehmen. Mein Ziel ist es, einen Artikel pro Woche zu researchen; das ist machbar. Als Facebook-Admin poste ich Free21-Artikel immer mal wieder zwischendurch. Egal, wo man ist, auch auf Dienstreisen lassen sich Wartezeiten dank Handy so sehr nützlich überbrücken. Artikel teilen kann wirklich jeder – und je mehr das tun, desto wirksamer werden wir.

Gab es Rückmeldungen aus deinem Umfeld?

Ja, und die waren überwiegend sehr positiv. Manche trauen sich ja nicht, kritische Artikel zu teilen, da man sonst schnell als Verschwörungstheoretiker gilt. Aber mein Facebook-Freundeskreis hat überraschend gut reagiert. Menschen, mit denen ich kaum bzw. lange keinen Kontakt hatte, ha-

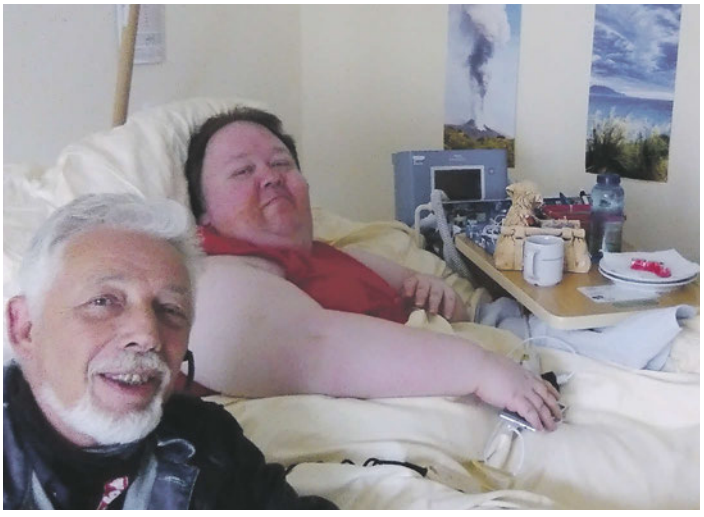
ben sich auf einmal wieder gemeldet und mich in meinem Verhalten bestärkt.
Warum engagierst du dich überhaupt?

Das ist eine gute Frage. Ich frage mich eher: Warum habe ich früher nichts getan? Warum war ich so naiv, alles zu glauben? Warum war ich der klassische „Mainstream-Mensch"? Für mich war alles okay bis mir irgendwann - ich kann nicht mal sagen wann genau – bewusst wurde, dass vieles nicht zusammen passt. Richtig deutlich wurde mir das, als ich Informationen zur Brutkastenlüge erhielt. Da wurde mir deutlich, dass man mich komplett – Entschuldigung – verarscht hatte. Daraus entstand der innere Antrieb, nach Wahrheiten zu suchen. War die Brutkastenstory eine Lüge, was stimmt sonst noch alles nicht. So kam ich von einem Thema zum nächsten und musste feststellen, dass die Welt ganz anders ist, als ich es mir gedacht hatte. Ob Ernährung, Pharma-Industrie, Massentierhaltung, Kriege: So kann es nicht weitergehen.

Ich will aber nicht nur wissen, was los ist. Ich will für mich, meine Kinder, für alle Menschen, für alle Lebewesen, eine lebenswerte Zukunft mitgestalten. Ich wünsche mir eine Zukunft weg von Profitgier und Ellenbogen und hin zu menschlichen Werten. Dafür kann und muss ich aktiv sein. Seit 1,5 Jahren bin ich zu 100% Vegetarier und zu 90% vegan – nach dem Film Cowspiracy konnte ich nicht anders. Das ist ein Beitrag. Meine – wenn auch eingeschränkte - Mitarbeit bei Free21 ist ein weiterer. Wenn jeder nur ein wenig tut, wird schon sehr viele geändert.
Free21 Live - eine Art Stammtisch - zu organisieren ist aus unserer Sicht natürlich ein wichtiger Beitrag – wie kam es dazu?

Die Idee entstand bereits während des Vortrags. Da waren 60 Menschen, die ich mehrheitlich vorher nicht kannte. Es galt einfach, den Kontakt aufrecht zu erhalten. Als erstes habe ich dann die Seite „Free21 Karlsruhe" in Facebook eingerichtet, als nächstes kam dann die Organisation regelmäßiger Treffen. Ein Facebook-Event ist schnell erstellt, das muss man dann entsprechend teilen und für Werbung sorgen.
Und die Resonanz?

Beim ersten „Free21 Live" waren es 5 Besucher. Das klingt nach wenig, war aber hochinteressant, weil man gleich gemerkt hat, es sind die richtigen Leute. Der Austausch über die verschiedenen Themen war intensiv und alle waren der Ansicht, dass wir unbedingt damit weitermachen wollen. Von Mal zu Mal kamen neue Leute hinzu und Mitte Mai, beim vierten Free21 Live, wollen wir auf jeden Fall gut zweistellig sein.
Das klingt gut, was macht ihr konkret?



Wie gesagt, im Vordergrund steht der Austausch, aber je mehr Besucher kommen, desto wichtiger kann es sein, dass wir eine Agenda für den Abend haben und vielleicht bestimmte Themen in den Mittelpunkt stellen. Das ist aber derzeit noch in der Diskussion. Wichtig ist uns allen, dass wir nicht nur gemeinsam reden, sondern auch gemeinsam handeln. Darum wollen wir zukünftig weitere Vorträge organisieren. Zum Beispiel über Geldschöpfung & Geldsystem, ein Thema, das alle angeht. Im Herbst ist ein erster Vortrag mit Paul Schreyer in Mannheim vorgesehen, weitere Veranstaltungen sollen folgen.
Das klingt super. Bist du bereit, deine Erfahrungen auch an andere weiterzugeben, die einen Stammtisch „Free21 Live" in ihrer Region organisieren wollen?

Aber selbstverständlich. Einfach Fragen an hardy.groeneveld@free21.org, ich unterstütze gerne.
Vielen Dank!

Johannes Ehret, geboren 1953, in Freiburg aufgewachsen, wohnhaft in Leipzig, Verwaltungsangestellter, Motorradfahrer, Menschenfreund, spätberufener Friedensaktivist und Russland-Fahrer
Seit wann bist du politisch aktiv?

Ich bin nicht politisch aktiv. Das was ich tue hat mit Menschlichkeit zu tun. Ob ich die Politik verändern kann, weiß ich nicht. Aber zumindest setze ich Zeichen. Ich bin frei und unabhängig und stehe für Frieden, Freundschaft und Völkerverständigung – ob das politisch ist, sollen andere beurteilen.
Du planst eine Friedensfahrt nach Russland, was willst du damit erreichen?

Ich fahre nach Russland, um den oder die Russen zu finden, die Kriege oder Konflikte mit Westeuropa insbesondere mit Deutschland wollen. Diese Menschen werde ich in Russland aber nicht finden.
Wie entstand die Idee?

Das ist eine längere Geschichte. 2014 habe ich Russen in Deutschland kennengelernt, die mich zu sich nach Chabarovsk, eine Stadt in Russland am Amur, nahe der Grenze zu China, eingeladen haben. Das habe ich mir natürlich nicht entgehen lassen und bin im August hingeflogen. Ein wirklich einmaliges Erlebnis – die Gastfreundschaft und Herzlichkeit der Menschen war echt überwältigend. Ich wurde vom einen zum anderen rumgereicht. Völlig fremde Menschen nahmen sich Zeit, mir ihre Welt zu zeigen. Eine Bekannte der Familie hat mich dann per Auto, Zug und Flugzeug durch halb Russland geschleppt. Wir waren in Moskau, St. Petersburg, Irkutsk und auf der Krim – überall habe ich die gleichen positiven Erfahrungen machen dürfen.
Wie war es denn auf der Krim?

Das war wirklich eigenartig. Ich bin da völlig unbedarft – direkt während der heißen Phase – reingeschlittert. Als Tourist habe ich mir alles angeschaut, was Touristen so unternehmen. Aber fast jeder, mit dem ich mich unterhielt – viele sprechen dort Englisch oder Deutsch – war heilfroh, zu Russland zu gehören. Ein völlig anderes Bild als es uns in Medien präsentiert wurde.
War das deine einzige Russlandfahrt?

Nein. Ich hatte Feuer gefangen und fuhr zum Jahreswechsel 2014/2015 wieder nach Chabarovsk. Ein Winter mit 39 Grad minus war spannend. Aber auch bei dieser Reise haben sich die Menschen rührend um mich gekümmert. Ausflüge bei meterhohem Schnee – faszinierend. Dann war ich in Rostov am Don, nochmals in Irkutsk und mehrfach in Chabarovsk. Als ich im Oktober 2016 wieder in Berlin landete, sah ich

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spenden-Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

die Schlagzeile von der Bild-Zeitung – die massiv gegen Russland und Putin hetzte. „Putin will Krieg mit dem Westen“ - das war die Botschaft. Aber das widersprach allem, was ich selbst erlebt hatte. Keiner meiner Eindrücke ließ sich mit dieser Schlagzeile auch nur im Ansatz in Einklang bringen. Da begann ich – endlich – massiv zu hinterfragen, was die Medien mit uns machen. Wollen sie uns in den Krieg treiben? Schreiben sie uns „kriegsreif“? Und: was kann ich dagegen tun? Da ich seit 4 Jahren begeisterter Motorradfahrer bin, entstand die Idee einer Friedensfahrt quer durch Russland.

Warum fährst du nicht bei der Druschba 2017 mit?

Die Freundschaftsfahrt ist eine gute Idee, ich habe mich mit Owe Schattauer auch schon in Leipzig getroffen. Aber mir ist es ein Anliegen, allein ein Zeichen zu setzen. Wenn 1000 Menschen fahren – und es sind nur 10 darunter, die sich daneben benehmen, färbt das auf alle Teilnehmer ab. Auch möchte ich in meinem Rhythmus unterwegs sein, Zeit haben mit Menschen zu sprechen und nicht einem Programm folgen. Für mein Handeln bin ich verantwortlich – nur alleine erhalte ich mir meine Unabhängigkeit.

Und wann geht es los?

Gute Frage. Die Entscheidung fiel im Dezember 2016. Zahlreiche Freunde hatten mir finanzielle Unterstützung zugesagt. Der Start war für den 17.3.2017 vorgesehen. Nachdem die Planung abgeschlossen und die Freistellung vom Arbeitgeber zugesagt war, die Kontakte für den Fall eines Falles zwischen Kaliningrad und Chabarovsk geknüpft und auch die Formalien mit der Botschaft abgeklärt waren … nachdem alles Notwendige geregelt war, zogen sich meine „Freunde“ auf einmal fast alle zurück. Damit standen mir die Mittel nicht mehr zur Verfügung. Ein Musiker hat mir jetzt zwei Songs gewidmet, die man sich herunterladen kann. Jede Spende, die dafür eingeht, kommt der Fahrt zu gute. Auch mein Arbeitgeber steht zu seiner Zusage. Ansonsten heißt es weiter Klinken putzen.

Pixabay (CCo Public Domain)

Wie ist die Resonanz?

Von den Medien gab es keine Reaktion, obwohl ich mit unzähligen Redakteuren gesprochen habe. Alle sind vorerst begeistert, wollen sich nach der Redaktionskonferenz melden und dann nichts ... Frieden mit Russland scheint nicht in die Blattlinie zu passen. Bei Privaten ist das Feedback durchwachsen. Teilweise sieht man es sehr positiv – gerade in Russland. Teilweise werde ich als Putin-Freund beschimpft, manche halten es nicht für machbar, weil ich zu alt bzw. zu krank sei und wieder andere werfen mir vor, kostenlos Urlaub zu machen.

Was entgegnest du diesen Vorwürfen?

Ich plane, die Reise im Herbst zu starten also Teile der Strecke im Winter zu fahren. Wer das mit einer Urlaubsreise verwechseln will … bitte schön.

Und das Alter bzw. die Gesundheit – ist das nicht zu heftig?

Mit 64 ist man doch nicht tot. Bei zwei Herzinfarkten bin ich dem Teufel von der Schippe gehüpft – ich habe wohl noch etwas zu erledigen. Nur weil man mal krank war, darf man sich nicht zurücklehnen und auf den Tod warten. Außerdem kenne ich Menschen, die im Vergleich zu mir wirklich Probleme haben. Ronny, ursprünglich ein nur Facebook-Freund von mir, ist seit mehreren Jahren bettlägerig in einem Pflegeheim, hängt am Beatmungsgerät und ist gerade mal Mitte 40. Wenn ich ihn besuche, wird mir immer deutlich wie gut es mir geht. Er wird mich virtuell auf der Reise begleiten – dem Internet sei Dank!

Du ziehst es also durch?

Auf jeden Fall - Krankheit hin oder her - ich werde fahren. Wann wird sich zeigen. Die Infos dazu findet unter http://the-visitor.de. Der Name sagt, was ich vorhabe. Ich fahre als Besucher – als Visitor - nach Russland, um dort mit Menschen über Frieden zu sprechen. Auf der Webseite findet man alle Informationen. Ich fahre los, sobald genug Spenden eingegangen sind.

Dann wünschen wir Dir auf jeden Fall viel Glück, dass es klappt!

Autor:

Andrea Drescher

Unternehmensberaterin & Informatikerin, Selbstversorgerin & Friedensaktivistin – je nachdem was gerade gebraucht wird. Seit 2016 bei Free21 als Schreiberling und Übersetzerin mit im Team.

‹http://www.free21.org/?p=27433›

Free21

Das Magazin als Druck-Abo:

Erscheinung jeden 2. Monat

10 Magazine pro Abonnent und Ausgabe

10,-/Ausgabe

free21abo.de

„Politik ist die **Unterhaltungs-abteilung** der Rüstungsindustrie“

Diese Feststellung stammt von Frank Zappa und ist aktuell besser zu beobachten als während des Kalten Krieges. Damals war es als Konsument der Westpresse praktisch nicht möglich, die Propaganda des Militärisch-Industriellen Komplexes zu erkennen, denn er hatte die Eliten geschlossen hinter sich, und eine alternative Presse, das Internet, gab es noch nicht.

von Ken Jebsen

Dass alles, was wir da draußen als Fakten präsentiert bekommen, zu 99,99 Prozent lancierte Meinung ist, die vor allem den Interessen der Rüstungsindustrie dient, kann man als politischer Laie spätestens seit dem Abgang Obamas und seinem Nachfolger Trump erkennen.

Obama war eine Marionette der Rüstungsindustrie. Er führte während seiner gesamten Amtszeit, also jeden Tag seiner acht Jahre im Weißen Haus, Krieg, erweiterte die Flotte der Killer-Drohnen, erhöhte den Rüstungsetat seines Vorgängers George W. Bush und betrieb auch weiterhin das „KZ“ Guantanamo. Für dieses Nach-der-Pfeife-tanzen erhielt der gecastete Präsident zum Amtsantritt den Friedensnobelpreis, und jetzt den JFK-Preis für Courage sowie einen Medienpreis in Baden-Baden. Er wurde als Kriegsverbrecher zum Kirchentag nach Berlin geladen und wurde hier von aufgeklärten Christen beklatscht. Und das alles im Luther-Jahr!

„Du sollst nicht töten?“ Falsche Frage.

Donald Trump dagegen will einfach nicht jedem Krieg, zu dem man ihn drängt, anzetteln oder weiter führen. Aber vor allem hat er kein Interesse an einem Weltkrieg mit Russland. Dafür wird der (ohn-) mächtigste Mann der Welt in der eigenen Presse rund um die Uhr als „Volltrottel“, „Trumpel“ oder „gefährlicher Spinner“ verunglimpft. Das änderte sich nur kurzzeitig, als er 57 Marschflugkörper nach Syrien schickte, um einen Militärflugplatz platt zu machen. Sofort wurde er in unserer Presse mit großer Einigkeit als Staatsmann gefeiert.

Amerikanische Soldaten unterwegs zum Einsatz in Afghanistan (Foto: AP)

Wie lange Trump es noch macht, bis er sich eine Kugel einfängt, man ihn wegen Kreml-Kontakten des Amtes enthebt oder ihn für unheilbar krank erklärt, kann heute niemand sagen. Fakt ist, der Mann ist anders. Gleich dagegen sind die, die ihn aus dem Amt haben wollen. Kalte Krieger, die mit einer Multipolaren Welt nicht klar kommen und längst ernsthaft darüber nachdenken, Russland mit einem nuklearen Erstschlag zu enthaupten.

Dieser Personenkreis hält einen Atomkrieg für gewinnbar und arbeitet konsequent auf dieses Ziel hin. Unter Merkel kein Problem. Die Frau wird nach wie vor von der NSA abgehört und hat keine Probleme mit der „nuklearen Teilhabe“, sprich der Idee, dass deutsche Kampfbomber US-amerikanische Atombomben über russischen Städten abwerfen. Und dann ist da noch Ramstein, die Relaisstation in der BRD, über die jeden Tag mittels Drohnen Menschen in Middle East ermordet werden. Das aber ist nicht das Problem, wie Obama auf der Bühne mit „Mutti“ in Berlin beim Kirchentag von sich geben durfte. Das Problem, so der beste Präsident, den die Rüstungsindustrie je unterstützte, das Problem sei der Krieg an sich. Stimmt. Nur wer führt die meisten Kriege da draußen, und womit?

Diese Frage würde die Voll-Opportunistin Merkel nie öffentlich stellen. Stattdessen fährt sie im Wahljahr 2017 das volle Populisten-Programm und sagte in einem CSU-Wahlkampf-Bierzelt den „historischen“ Satz:

„Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei. Das habe ich in den letzten Tagen erlebt. Und deshalb kann ich nur sagen: Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen.“

Am Ziel, den Rüstungsetat der BRD auf 2% des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen, wie es die NATO fordert, hält die Dame fest. Das sind 70 Milliarden für Gerät, das vorrangig dafür angeschafft wird, um Menschen in aller Welt effizient und zahlreich zu ermorden.

Unser Appell an alle da draußen ist simpel: Erkennt die Zeichen der Zeit. Das Trump-Bashing soll nur die wahren Ziele derer, die rund um die Uhr auf Donald Trump einschlagen, vertuschen. Sie wollen Krieg. Vor allem mit Russland. Werdet Teil der Friedensbewegung, zeigt Gesicht und Rückgrat, und erinnert gerade im Luther-Jahr an das 6. Gebot: „Du sollst nicht töten!“

Autor:

Ken Jebsen

Journalist Ken Jebsen, geboren 1966, ist seit 2011 als freischaffender Reporter auf dem Portal KenFM tätig.

www.kennfm.de,

twitter.com/teamkenfm

Dieser Text wurde zuerst am 30. Mai 2017 auf KenFM unter der URL ‹https://kenfm.de/nachdenken-ueber-mediale-verwirrung/› veröffentlicht.

‹http://www.free21.org/?p=27460›

Friedensarbeit konkret – am Beispiel Ukraine

Unterschiedlichste Unterstützung für Menschen im ukrainischen Kriegsgebiet

von Andrea Drescher

2014 war für viele Menschen in Deutschland und Österreich die Auseinandersetzung in und um die Ukraine Anlass auf die Straße zu gehen, um im Rahmen der Mahnwachen ein Zeichen gegen den sich abzeichnenden Krieg zu setzen. Für einige Menschen war es nicht genug, nur ein Zeichen zu setzen, sie wollten mehr tun.

Der Krieg ist seit langem brutale Realität, findet aber in den deutschsprachigen Massenmedien nicht statt. Die Mahnwachen sind fast in der Versenkung verschwunden – aber die, die sich wirklich für die Menschen in der Ukraine engagieren wollten, sind heute noch immer aktiv, teilweise sogar aktiver als noch vor drei Jahren.

Hilfsprojekte entstanden, LKW-Transporte wurden durchgeführt, zunächst meist auf privater Basis, nach und nach in gemeinnützigen Vereinen organisiert, um die formellen Anforderungen an direkte Hilfe im Land auch besser erfüllen und den Unterstützern die Verwendung der Spendengelder lückenlos belegen zu können. Aber es engagieren sich auch Menschen dafür, dass mehr Menschen über die Hintergründe und die aktuelle Lage in der Ukraine informiert werden.

Politische Hintergründe deutlich machen

Free21 – Power to the Paper – wurde von Tommy Hansen im Umfeld der Mahnwachen „geboren“ und hat sich immer wieder dafür eingesetzt, Informationen über die Ukraine an die Öffentlichkeit zu bringen. Ein Beispiel dafür ist das 2016 initiierte Projekt, das Transkript von Dr. Daniele Ganser‘s Vortrag „Regime-Change in der Ukraine?“ auf russisch zu übersetzen.

Ziel des Projektes war es, Aufklärung und eine neue Sichtweise auf die geschichtliche Entwicklung in der Ukraine, für die Ukrainer zugänglich zu machen. Lukas Puchalski, der dafür sorgt, dass die gedruckte Version von Free21 die Öffentlichkeit erreicht, stellte das notwendige Crowdfunding dafür auf die Beine. Die übersetzte

Lebensmittelpakete für die Veteranen zum 9. Mai.

Fassung steht bald online zur Verfügung, in den kommenden Wochen werden 10.000 Exemplare davon gedruckt und in der Ukraine verteilt.

Aber auch auf Deutsch erscheinen immer wieder Artikel in Free21, in denen auf die aktuelle Situation im Kriegsgebiet eingegangen wird, dieser Krieg soll und darf nicht ganz aus dem Bewusstsein der Menschen im Westen verschwinden.

Die Situation der Menschen vor Ort an die Öffentlichkeit bringen

Mark Bartalmai reiste 2014 erstmals privat in die Ukraine, um sich selbst von dem, was er in den Nachrichten hörte bzw. nicht hörte, ein Bild zu verschaffen. Die Ergebnisse seiner – inzwischen professionalisierten – Film- und Recherche-Arbeit sind in bisher zwei Filmprojekte eingeflossen, „The Ukrainian Agony“ und „Frontstadt Donezk“, die auf www.nuoviso.de als DVD bestellt werden können.

Da Mark Bartalmai sich speziell im zweiten Film „nur“ auf die Position der Menschen bezieht und weder eindeutig der westlichen noch der russischen Seite zugetan ist, haben es seine Arbeiten schwer. Deutsche Massenmedien sind nicht interessiert, Kinos lassen sich kaum zur Vorführung begeistern, und auch die russische Seite hat bis vor Kurzem kein großes Interesse gezeigt. Erst beim 13. Internationalen Dokumentarfilmfestival in Sewastopol/Moskau, einem der größten Dokumentarfilmfestivals Osteuropas/Asiens (Eurasien) fand Frontstadt Donezk erstmals öffentliche Anerkennung und wurde mit dem Hauptpreis (Wladislaw-Mikosha-Preis) in der Festival-Kategorie „Kriegs- und Geschichtsdokumentationen“ ausgezeichnet.

Weit über zwei Stunden Filmmaterial aus einem Land, das die wenigsten hier im Westen kennen, berichten von Menschen und ihren ganz konkreten Lebenssituationen aus einem Kriegsgebiet, aus einer Lebensnormalität, die für viele fremd ist. Es sind nicht nur traurige Geschichten, wie man bei einer Berichterstattung aus einem Kriegsgebiet erwarten würde.

Viele der Geschichten machen aber offensichtlich, wie wichtig Unterstützung für die Menschen im Land ist, wobei Mark Bartalmai im persönlichen Gespräch betont, wie bedeutsam aus seiner Sicht insbesonders die strukturelle Hilfe ist. Klassischen Hilfstransporten steht er inzwischen kritisch gegenüber, obwohl er in der Anfangsphase 2014 bei Hilfslieferungen unterstützend mitgewirkt hat:

„Es gibt dort alles zu kaufen, es kann sich nur keiner leisten. Und man darf den Menschen nicht die Arbeit nehmen, indem Güter, die im Land produziert werden, kostenlos von außen geliefert werden. Entscheidend ist es daher, den Volksrepubliken Donezk und Lugansk strukturell zu helfen. Das Land darf nicht dauerhaft auf Hilfslieferungen angewiesen sein. Eine Volkswirtschaft kann nur erfolgreich aufgebaut werden, wenn produziert und ge-

kauft wird. Der Verkauf von Produkten aus dem Donbass in die Ukraine ist verboten. Es gibt nahezu keinen Güteraustausch zwischen der West- und der Ostukraine. Russland tut vieles durch die humanitären Konvois. Sie leisten Hilfe für öffentliche Einrichtungen, liefern aber keine Pakete für Einzelne, sondern Rohmaterialien wie Baumaterial oder Rohgüter für die Nahrungsmittelherstellung, strukturelle Hilfe eben. Es herrscht inzwischen auch ein reger Import von russischen Gütern gegen Geld oder Waren aus den Republiken. Die Republiken pflegen mit Russland einen fast normalen Handel."

Durch seine langen Aufenthalte in Donezk und Umgebung – seit 2014 war Mark Bartalmai mehr als 24 Monate vor Ort und lebt in Donezk in einer eigenen kleinen Wohnung – kennt er die Situation in der Ostukraine sehr gut, auch wenn er immer wieder betont, dass es sich um seine persönlichen, subjektiven Eindrücke handelt. Diese werden aber von anderen immer wieder bestätigt.

Das Leben in der Ostukraine hat enorm viele Facetten. Während im Zentrum der Stadt Donezk fast Normalität herrscht – wie der Film Frontstadt Donezk überzeugend dokumentiert – ist das Leben am Stadtrand und noch viel mehr am Land, insbesondere in der Nähe der Frontlinie, unerträglich und tragisch besonders für ältere Menschen und für die Kinder, die noch nicht begreifen, was in ihrer Umgebung eigentlich vorgeht.

In der Nähe der Frontlinie ist der Krieg ständig an der Tagesordnung. Minsk 2, das Abkommen für einen Frieden in der Ukraine, wird nicht eingehalten. Die Kriegsparteien weisen einander ebenso regelmäßig gegenseitig die Schuld zu, wie Menschen deswegen sterben und die Infrastruktur weiter zerstört wird.

Ohne eine Antwort auf die Schuldfrage zu kennen, ist eines auf jeden Fall sicher: Humanitäre Hilfe ist weiterhin vonnöten und gibt den Menschen im Westen die Möglichkeit, etwas Konkretes für die Opfer des Krieges zu tun. Um

Lieferung von Hilfsgütern im Rahmen des „Mahnwachen Helfen"-Projektes.

die Probleme, die mit humanitären Hilfsprojekten in Krisengebieten verbunden sind, in den Griff zu bekommen, wird seit Herbst 2016 nur noch anerkannten Hilfsorganisationen die Durchführung gestattet. Damit stellen die politisch Verantwortlichen in den Republiken sicher, dass Unterstützung wirklich Menschen zugute kommt, die sie benötigen, und nicht auf dem Schwarzmarkt landet.

Ein Vorgehen, das Mark Bartalmai ausdrücklich begrüßt: „Ich finde es gut, wenn Menschen sich engagieren wollen, solange die Hilfe wirklich nützlich ist. Spendenaufrufe bei uns führen ja auch dazu, dass die Öffentlichkeit auf die Zustände in den Republiken aufmerksam gemacht wird. Wenn man Geld oder ausgewählte Güter wie Medizintechnik sammelt, kommt man mit Menschen ins Gespräch, die sonst keinen Bezug zur Ukraine haben. So schafft man das Bewusstsein, dass dort immer noch Krieg herrscht, der ja in den Medien sonst keinen Platz mehr findet."

Im Folgenden einige Beispiele von Menschen bzw. Organisationen, die aktive Hilfe in der Ukraine leisten. Es sind Menschen „wie du und ich", „nur" Menschen, die dem Unrecht nicht untätig zuschauen wollen und deshalb handeln.

be the change e.V.

Björn und Germaid von be the change e.V. gehörten mit zu den Aktivisten, die im Rahmen des „Mahnwachen Helfen"-Projektes bereits 2014 mit 42 Tonnen Hilfsgütern in die Ukraine gefahren sind. Winterkleidung, Kindersachen und Lebensmittel – es gab in der Anfangsphase der kriegerischen Auseinandersetzung viele Binnenflüchtlinge, die alles brauchen konnten. Damals gab es die unabhängigen Volksrepubliken noch nicht. Sie begleiteten den Transport mit ihrem Wohnmobil, um auch aktiv selbst dazu beizutragen, die Schranken in den Köpfen und Herzen der Menschen zu durchbrechen. Sie wollen selbst Teil der Veränderung sein, wie Gandhi es vorschlug.

Im Raum Nepal leisteten die beiden nach dem verheerenden Erdbeben vom 25. April 2015 humanitäre Hilfe und gründeten den gemeinnützigen Verein be the change e.V., um die Hilfsaktionen auf rechtlich korrekte Füße zu stellen. Seitdem unterstützt man dort die verschiedensten Hilfsprojekte. In Deutschland ist der Verein sozial und kulturell aktiv durch das Organisieren von Hilfsgütertransporten nach Osteuropa, im Speziellen für ukrainische Kriegsflüchtlinge, sowie durch Konzerte und Benefiz-Alben.

Björn erzählt: „Sei der Wandel" ist Name und Slogan unseres Vereins. Die Welt eines friedlichen und sozialen Miteinanders bedingt sich durch unser Handeln und unsere Bereitschaft JETZT zu leben. Ob im Kleinen oder im Großen, wir haben die Kraft der Veränderung, indem wir den Hilfebedürftigen eine Hand reichen und somit menschliche Brücken aus Verständnis und Liebe bauen. Wir helfen Menschen, uns ist die Politik gleichgültig. Wir haben auch den Menschen im Westen der Ukraine geholfen, wurden dafür aber entsprechend angefeindet. Wir sagen nicht, das ist gut und das ist böse. Wir zeigen auf, wo Hilfe nötig ist, und leben vor, dass man etwas tun kann. Wir sprechen mit den Menschen vor Ort und zeigen die Geschichten der Betroffenen wiederum bei uns zu Hause. So wollen wir auch die Mauer des Schweigens seitens der Medien unterbrechen."

Als dem Verein 2016 200 Betten angeboten wurde, war sofort klar, dass man diese in den Donbass bringen wollte, eine Aufgabe, die sich in der Umsetzung als Herausforderung erwies. Man brauchte ein anerkanntes Transportunternehmen, musste sämtliche Zollbestimmungen erfüllen und die Grenzblockade der West-Ukraine über Rostow am Don in Russland umfahren. Die beiden Aktivisten schauten sich vor Ort selbst mehrere Einrichtungen an und entschieden dann, die Betten einem Sanatorium für traumatisierte Kinder zur Verfügung zu stellen, in dem Kinder auf Staatskosten leben können.

„Auch wenn wir wie alle anderen Hilfsprojekte seitens der Behörden sehr genau kontrolliert wurden: Nachdem die Problematik der anerkannten Organisation geklärt war, verlief die Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen sehr gut. Wir konnten uns frei bewegen, Interviews mit den Menschen vor Ort führen, Videos und uns selbst von der Situation im Land ein Bild machen. Die Informationsblockade muss durchbrochen werden, mehr Menschen müssen wissen, was in der Ost-Ukraine wirklich passiert."

Beide brachten von diesen Ukraine-Reisen sehr viele persönliche Impressionen und Erfahrungen mit, die ihnen bestätigten, wie wichtig es ist, derartige Zeichen zu setzen und weiterzumachen. Die nächsten Projekte für die Ukraine sind bereits in der Planung – ein weiterer Transport für Krankenhausbetten ist in der Vorbereitung. Es ist eben alles eine Geldfrage, darum freuen sich Björn und Germaid über helfende Hände, aktive Mitglieder im Verein und natürlich auch über Spenden.

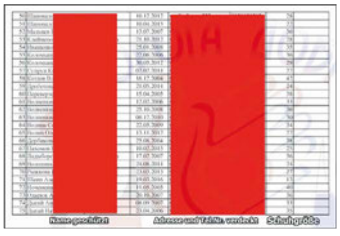
Mehr Informationen findet man auf <www.btcev.de>

Friedensbrücke – Kriegsopferhilfe e.V.

Die Friedensbrücke ist ein gemeinnütziger Verein, der nicht nur, aber vor allen Dingen in der Ostukrai-

ne hilft. Der Verein gehört zu den wenigen ausländischen Hilfsorganisationen, die von der dortigen Regierung anerkannt wurden.

Seit 2015 unterstützt die „Friedensbrücke – Kriegsopferhilfe e.V." die Menschen im Donbass, ein engagierter Verein, der als spontane Idee auf einer Moskaureise entstanden ist. Im Mai 2015 fuhr eine kleine Gruppe Menschen zu den Feierlichkeiten zum 9. Mai nach Moskau, um dort ein Zeichen zum 70. Jahrestag der Niederschlagung des Faschismus in Deutschland zu setzen. Man erfuhr von Hilfsaktionen der russischen Bürger für die Menschen im Donbass, denn dort waren bereits Opfer eines Krieges zu beklagen. Es sterben und leiden Menschen. Denen muss geholfen werden. Der Gedanke war geboren: „Wir gründen einen Verein, der den Opfern von Krieg Linderung bringt, der ihnen Aufmerksamkeit schenkt, das Gefühl, nicht vergessen zu sein, Hoffnung! Hilfe vor Ort! Nicht hier oder irgendwo, sondern dort, wo der Krieg lebt und die Menschen sterben. Wir wollen Brücken bauen in den Frieden!"



Planung für „Schuhe für Saizewo"

Man nutzte die Kontakte zu russischen Hilfsaktionen und fing an, gründete am 18.06.2015 den Verein „Friedensbrücke – Kriegsopferhilfe" und begann Geld zu sammeln, um die russischen Freunde in ihrer Arbeit zu unterstützen und das 1. Projekt, das „Friedenscamp", aufzubauen. Während man zunächst noch Hilfstransporte von Deutschland aus organisierte, ging man sehr früh dazu über, sich die Waren weitestgehend vor Ort zu beschaffen, um damit für Kaufkraft im Land selbst zu sorgen. Eine der Grundvoraussetzungen für den Verein war von Anfang an die enge Zusammenarbeit mit den Behörden, um Korruption und Missbrauch von vornherein auszuschließen. Man erhält seitens der Stadtverwaltung oder der Bürgermeister Listen, wo Hilfe am nötigsten ist, und hilft gezielt.

Immer wieder selbst vor Ort informieren sich Vertreter des Vereins über die Situation in den unter Beschuss der ukrainischen Armee liegenden Gebiete, überbringen Hilfsgüter für soziale Einrichtungen, sprechen mit offiziellen Vertretern. Aber auch wann man nicht vor Ort ist, über Internet und Skype wird täglich Kontakt aufgenommen. Man informiert sich über die Situation im Land, die nicht besser wird, kümmert sich um die Volontäre und Unterstützer, koordiniert die vielfältigen Hilfsmaßnahmen, pflegt Kontakte mit Behörden und Ministerien. Es gibt immer etwas zu tun.

Die Friedensbrücke sorgt auf vielfältigste Art und Weise für Hilfe vor Ort. Man organisiert und finanziert Friedenscamps für Kinder, die Evakuierung von Kindern und Müttern, Sanatoriumsaufenthalte, Weihnachts- und Schulaktionen, die Versorgung von Menschen in Altenheimen, Waisenhäusern und Flüchtlingsheimen, Bereitstellung von Medikamenten und Lebensmitteln für bedürftige Menschen. Unterstützt werden aber auch Mal- und Bastelwettbewerbe oder Sport- und Kulturveranstaltungen, Kinderfeste und auch der Fußballverein sowie das Boxteam von Gorlovka.

Das Geld kommt durch Aufrufe, Flyer und Infoabende, sowie Schreiben an Stiftungen, Parteien und Organisationen zusammen. Auch Ausstellungen und Aktionen wie der Verkauf von Bildern, die Kinder aus dem Donbass gemalt haben, sorgen für den regelmäßigen Eingang von Spenden. Außerdem sind die Aktiven auf fast jeder Friedensdemonstration mit dabei. Es ist eine enorm aufwendige Arbeit und setzt sehr viel Herzblut der Beteiligten voraus. Dieses ist aber spürbar vorhanden, wenn man die Homepage und die fast tägliche Berichterstattung auf Facebook verfolgt.

Eines der typischen Projekte ist „78 Paar Kinderschuhe für Saizewo" – konkret, greifbar und für die Spender nachvollziehbar. Direkt an der Frontlinie lebten im März 2017 noch ca. 2000 Menschen, darunter 175 Kinder in Saizewo. Durch die Bürgermeisterin wurde eine Liste der benötigten Schuhe erstellt, 78 Paar für je ca. 400 Rubel machten bei einem Kurs von 1:58 rund 540 Euro erforderlich.

Schuhe für die Saizewo-Lieferung

Die Friedensbrücke rief über ihre Webseite und Facebook zu Spenden auf und in kurzer Zeit war der notwendige Betrag beisammen. Die Spender werden vom Verein dabei ebenso öffentlich dokumentiert wie die Ausgaben – als gemeinnütziger Verein ist man gegenüber Behörden und Finanzamt sowieso rechenschaftspflichtig, aber Professionalität und Transparenz für alle sind für die Aktiven von enormer Bedeutung.

Für die Zukunft hat Liane Kilinc, Vorsitzende und Gründungsmitglied, einen ganz klaren Wunsch: „Unser aller größter Wunsch ist es, dass wir nicht mehr gebraucht werden! Dass unsere Hilfe überflüssig wird! Bis dahin ist es ein scheinbar unendlich langer Weg. Wir sind bereit ihn zu gehen, weil wir an die Brücken in den Frieden glauben! Weil auch die Sehnsucht nach einem Leben in Frieden unsterblich ist! Wir machen es einfach! Wer mehr über unsere Arbeit, die alle Aktivisten nach ihrem Arbeitstag leisten, wissen möchte, wer uns mit seiner Hände Arbeit helfen möchte: Schreiben Sie uns an! Rufen Sie uns an! Es gibt viel zu tun!"

Wer mitarbeiten möchte: www.fbko.org

Humanbataillon Donbass

Das Humanbataillon Donbass ist eine Privatinitiative einzelner Menschen, die sich im Rahmen einer Facebook-Gruppe organisiert haben. Diese Gruppe dient dazu, gezielt Hilfe – für die Menschen in Not im Donbass – zu koordinieren und will nicht politisch agieren.

Hilfe zur Selbsthilfe und direkt Hilfe für Menschen in bitterer Not – so lassen sich die Projekte der Organisatoren am besten beschreiben, die eng mit der Friedensbrücke zusammenarbeiten. Durch direkte Kontakte vor Ort ist sichergestellt, dass die Hilfe auch ankommt, jedes Projekt wird ausführlich dokumentiert. Beispielhaft für die Projekte des Humanbataillons sind die Aktionen wie „Küken für die Ukraine", „Saatgut für die Ukraine" oder „Brillen für die Ukraine".

Initiiert wurde „Brillen für die Ukraine" von Harda aus Köln, die bis 2014 nie politisch aktiv war. „Als der Krieg nach Europa kam, konnte ich nicht stillsitzen und nichts tun. Ich habe mich immer an Spendenaktionen beteiligt, wo direkte Kontakte ins Land bestanden. Geld sammeln, vor Ort Küken und Hähne kaufen und diese an Familien verteilen und großziehen ist konkrete Hilfe. Ich beobachte sehr intensiv, was in der Ukraine passiert, und irgendwann fiel mir auf, dass in den Videos oder Fotos fast keiner eine Brille trägt, auch die ganz alten Menschen nicht. Da wurde mir bewusst, dass sich viele einfach keine Brillen leisten können. Bei uns gibt es viele Menschen, die helfen wollen, aber selbst kein Geld haben. Da kam mir die Idee mit den gebrauchten Brillen, denn fast jeder Brillenträger hat sowas zuhause rumliegen. Und die Resonanz auf die Idee war überwältigend. Gut 1500 Stück sind zusammengekommen – und nachdem wir mit Unterstützung der Friedensbrücke die Transport- und Zollprobleme lösen konnten, wird in der Ostukraine dafür gesorgt, dass diese von Augenärzten an bedürftige Menschen verteilt werden. Viele Menschen haben mich beim Sammeln unterstützt. Und vielen wurde dadurch erst bewusst, wie kritisch die Situation in der Ostukraine heute ist. Eine Standard-Lesebrille gibt es bei

uns im Supermarkt für ein paar Euro. Für ältere Menschen meist unverzichtbar – aber wenn diese in der Nähe der Front leben, haben sie keine Chance sich so etwas zu beschaffen. Es ist vielleicht nur eine Kleinigkeit – aber hier kann sich fast jeder beteiligen. Und den Menschen ist geholfen."

Zum 9. Mai wurde vom Humanbataillon Donbass (Гуманитарный Батальон Донбасс) und Friedensbrücke – Kriegsopferhilfe e.V. gemeinsam eine Sammelaktion für die nur noch sehr wenigen russischen Kriegsveteranen im Donbass, die noch am Leben sind, gestartet. Auch den Kindern des Zweiten Weltkrieges wollte man mit einem Geschenk zum für Russen sehr wichtigen Tag gratulieren. Die meisten sind weit über 70 Jahre alt und müssen den zweiten schlimmen Krieg im Donbass erleben. Gesammelt wurde für ein „festliches Lebensmittelpaket" – mit einer Torte sowie Nudeln, Reis, Mehl, Hirse, Buchweizen, Butter, Zucker, Tee, einer Fisch- oder Fleischkonserve, Waschpulver, Shampoo – die Kosten betrugen 11,30 Euro. Die Lebensmittelpakete wurden von den Verantwortlichen gleichzeitig in der Lugansker und Donezker Republik verteilt. Dass die Geschenke zum 9. Mai die Kriegsveteranen erst verspätet erreicht haben, hat niemanden gestört. Die Menschen waren gerührt und dankbar, dass man an sie denkt.

Weitere Informationen zum Humanbataillon Donbass findet man unter https://www.facebook.com/groups/333931053469262/. Dank der Zusammenarbeit mit der Friedensbrücke sind Spenden an die Projekte auch steuerlich absetzbar.

Aktionsbündnis Zukunft Donbass

Für Dr. Raissa Steinigk aus Thüringen war die Entwicklung in ihrer alten Heimat eine Katastrophe. Die gebürtige West-Ukrainerin hatte 1973 einen Studenten aus der DDR geheiratet und verließ Kiew nach Studienende Richtung Erfurt. Den Bezug zum Land hat sie aber nie verloren, so war sie zwischen 2000 und 2014 in zwei Firmen „Krimkonsult Internationl GmbH und „Ukraine-Beratung und Projektmanagement" tätig. Als 2014 die Unruhen begannen, konnte sie sich vom Fernseher nicht mehr losreißen, verfolgte sowohl das russische als auch das ukrainische Fernsehen, informierte sich aus erster Hand bei ihren Verwandten und konnte nicht glauben, was sie alles erfuhr. Am Anfang war sie völlig verzweifelt, nicht zuletzt auch deshalb, weil sie mit ansehen musste, wie die Menschen durch die Propaganda in den Krieg getrieben wurden – und niemand im Westen darauf reagierte. 2016 entschied sie sich, nicht länger zuzuschauen sondern zu handeln. Auf ihre Initiative entstand das Aktionsbündnis Zukunft Donbass, eine Initiative von Vereinen, Firmen, Initiativgruppen, Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und Privatpersonen, darunter Ourchild e.V., die Maria Pawlowna Gesellschaft e.V., Diakonie Mitteldeutschland „Hoffnung für Osteuropa" e.V., etc.

„Als gebürtige Ukrainerin habe ich das alles natürlich sehr persönlich genommen. Und musste auch persönlich etwas tun. Da kam mir die Idee mit den medizinischen Geräten. In unserer westlichen Wohlstandsgesellschaft werden diese wegen behördlichen Auflagen und Versicherungsfragen nicht mehr eingesetzt, in den Krankenhäusern in Lugansk werden sie dringend gebraucht. Ich habe mir Unterstützung gesucht, begann Krankenhäuser, Arztpraxen und Firmen für medizinische Hilfsmittel anzuschreiben und habe sehr viel positive Rückmeldung erhalten. Wir versorgen zwei Kliniken direkt mit medizinischem Mobiliar, Geräten und Material. Es handelt sich um das 1. Städtische Krankenhaus in Lugansk sowie das Stadtkrankenhaus in Pervomaisk. Diese Stadt liegt direkt an der Frontlinie und ist besonders betroffen, da bei den Kampfhandlungen 2014 und 2015 die städtische Infrastruktur bevorzugtes Ziel der Raketenangriffe war. Inzwischen ist es uns gelungen, 6 LKWs in die Gebiete zu schicken. Darunter auch 40 Krankenhausbetten, die bei uns ausgemustert wurden, aber noch in gutem Zustand waren. Es wird aber leider aufgrund der anhaltenden Kriegshandlungen immer schwieriger, Transportfirmen zu finden, die bereit sind, das Risiko einzugehen und die Spenden direkt nach Pervomaisk zu bringen."

Das Aktionsbündnis arbeitet wie alle anderen mit einer vor Ort akkreditierten Hilfsorganisation

Hebebühne für Krankenwagen

zusammen, die die Abwicklung dokumentiert und sich von den Empfängern schriftlich bestätigen lässt. Trotzdem kontrolliert man die Verteilung der Spenden auch selbst. Da Dr. Steinigk die Landessprache perfekt beherrscht, kann sie jederzeit einfach zum Telefon greifen und nachfragen.

„Auch wenn sich unsere Geräte nicht für den Schwarzmarkt eignen, wir wollen einfach im Sinne unserer Spender sichergehen, dass alles korrekt verläuft. Wie wichtig allein die Verfügbarkeit guter Krankenhausbetten ist, habe ich aufgrund einer Krankheit jetzt am eigenen Leib erfahren müssen. Für mich ein klares Zeichen weiterzumachen."

Das aktuelle Projekt, die Beschaffung einer Hebebühne, wurde direkt von der Verwaltung der staatlichen Einrichtung „Lugansker republikanisches Zentrum für Erste med. Hilfe und Katastrophenschutz" angefragt. Direktor D. S. Parchomtschuk bat sie um humanitäre Hilfe in Form einer hydraulischen Hebebühne für Service- und Reparaturarbeiten von Krankenwagen mit einer Hebeleistung von nicht weniger als 4400 kg.

Nachdem man auf eBay fündig geworden ist und der Verkäufer für das Hilfsprojekt sogar eine großzügigen Spende in Form eines Rabatts einräumte, muss jetzt die Finanzierung gesichert werden. Es werden erneut Spender zur Finanzierung gesucht, aber Dr. Steinigk ist überzeugt, dass sie die Summe zusammenbekommen werden.

Information zum Aktionsbündnis – und natürlich auch die Möglichkeit sich an der Finanzierung des Hebebühnenprojektes zu beteiligen, findet man unter <http://www.zukunftdonbass.org>, spenden kann man unter <https://www.betterplace.org/de/projects/47001-spende-fur-2-krankenhauser-in-der-ukraine-stadt-lugansk-und-pervomaisk>.

Es gibt sicher noch weitere Organisationen und Menschen, die vor Ort helfen. Deren Arbeit und Engagement soll nicht geschmälert werden, nur weil sie der Autorin dieses Artikels nicht bekannt sind.

Es sind aber immer noch viel zu wenige und insbesondere die offiziellen Organisationen lassen bei ihrer Unterstützung östlich der Frontlinie einiges zu wünschen übrig. Manche unterstützen die Hilfe auch nicht, weil es sich um „pro-russische Separatisten" handele. Denjenigen sei gesagt, dass es immer und überall die Zivilisten sind, die unter dem Krieg leiden. Diesen Menschen zu helfen ist einfach eine Frage der Menschlichkeit, nicht der Politik.

Autor:

Andrea Drescher

Unternehmensberaterin & Informatikerin, Selbstversorgerin & Friedensaktivistin – je nachdem was gerade gebraucht wird. Seit 2016 bei Free21 als Schreiberling und Übersetzerin mit im Team.

<http://www.free21.org/?p=27433>

Krieg gegen die eigene Bevölkerung

Der „Krieg gegen den Terror" dient der Disziplinierung durch Angst. Es erscheint mir durchaus nicht abwegig, mit dem „Krieg gegen den Terror" einen Einschnitt in der Geschichte, der Entwicklung des Zeitgeists zu machen – wenn auch nicht in der Linie der Politik: ein Einschnitt in die vorher herrschende Sorglosigkeit und Wohlgefälligkeit des „juste milieu" auf jeden Fall.

von Klaus-Jürgen Bruder

Terroranschlag in Berlin am 19.12.2016 (Foto: Andreas Trojak, CC BY 2.0)

Dass der Krieg „gegen den Terror" als „Antwort" auf die Zerstörung der Twin Towers ausgegeben werden konnte, war aber schon ein Zeichen für die Verblendung der Zeitgenossen, die wahrscheinlich immer noch davon überzeugt waren, dass sie „sich einer fundamentalen und radikalen Kritik gegenüber den herrschenden Verhältnissen widmete(n)".

Mit dem „Krieg gegen den Terror" wird der Krieg gerechtfertigt, mit dem die USA (und ihre Gefolgsleute) die Völker der Welt überziehen. Der Terror, gegen den sie kämpfen, ist von ihnen selbst erst erzeugt worden – mit diesen Kriegen.

Zbigniew Kazimierz Brzeziński hat die Kriege angekündigt: gegen die „Achse des Bösen". Und er hat auch erklärt, wofür diese Kriege geführt werden: für die Erhaltung der Weltherrschaft der USA [1].

Die Bevölkerung wird mit diesen Kriegen terrorisiert: nicht nur die Bevölkerung des überfallenen Landes – die sich mit Hilfe von „Terroristen" zur Wehr setzt (die trotzdem die Ausnahme bleiben), sondern auch die Bevölkerung des Landes, das Krieg führt, selbst: s. z.B. den Terrorakt am Berliner Weihnachtsmarkt 2016, und andere vorher in anderen europäischen Städten. Wir sollten also besser von einem „war for terror", oder einem Kriegsterror sprechen.

Und: diese Bevölkerung reagiert (wie) terrorisiert: Brückner diagnostizierte vor langem schon die „Rückkehr der Gewalt" in die Regelung der zwischenmenschlichen Beziehungen [2]. Sie ist in allen Bereichen zu beobachten: von der Gewalt von der Gewalt gegen die schwächsten der Schwachen oder als Außenseiter stigmatisierte (Aktionen gegen Hartz IV-Bezieher, gegen Geflüchtete) bis hin zu vom Staat offiziell als „terroristisch" bezeichneten Anschlägen.

Die „Rechtsentwicklung" kann auch so erklärt bzw. eingeordnet werden, denn: sie ist zwar (auch) „Protest" – gegen die Arroganz der sog. selbsternannten Eliten, Kompensation der Demütigung, Verschiebung der Angst (bzw. Verantwortung) auf „Sündenböcke" – aber: Es ist Protest im Rahmen des Diskurses der Macht, also eine affirmative „Kritik". In gewisser Weise hat Adler (1919) diese Affirmation der Macht auch für die „Kriegsbegeisterung" im ersten Weltkrieg angenommen [3].

Protest im Rahmen des Diskurses der Macht: Der Diskurs der Macht verführt nicht die Bevölkerung, an die Parolen der Machthaber zu „glauben", sondern sie übernehmen diese als „Rationalisierung" ihres Handelns (und Denkens). Das Handeln selber folgt anderen Gründen als den Parolen: z.B. Kompensation von Demütigung, Scham. Dass sie die Parolen des Diskurses der Macht übernehmen - und keine diesem widersprechen - hängt zusammen mit der Tatsache der Macht - oder andersherum mit der Schwäche, Niederlage der Gegenmacht.

Dem Staat (Staats-Apparat) dient diese terrorisierte Gewalt wiederum zu terroristischen und Terrorismus fördernden Antworten: Gesetzesverschärfungen, Verschärfung der Überwachung und der Einschränkung der bürgerlichen (Freiheits-)Rechte, der Militarisierung der Polizei [4] usw.

Elke Steven (2017) spricht angesichts der Vorbereitungen auf den G20-Gipfel von der „Ausrufung des Ausnahmezustands": die Politik probe den Ernstfall und übe schon einmal ganz konkret den autoritären Staat [5].

„Es heißt, dass der Einsatz der Armee gegen den »Feind« im Land nur geplant sei, wenn die anderen Repressionsapparate wie Polizei und Inlandsgeheimdienste an ihre Grenze gestoßen sind. Nun denn, betrachtet man nur das Versagen dieser Behörden in jüngerer Vergangenheit (NSU, Abhörskandal, Al-Bakrs ominöser Suizid, Terroranschlag in Berlin), müsste der Notstand bereits ausgerufen werden. Natürlich würde das Militär auf unseren Straßen daran absolut nichts ändern, darum geht es auch gar nicht. Wollte man die Konsequenzen aus den sogenannten Pannen wirklich ziehen, müssten die Verantwortlichen, die sich vor den diversen Ausschüssen verhalten wie die bekannten drei Affen, in die Wüste geschickt werden – inklusive ihres obersten Chefs Thomas de Maizière. Das Gegenteil ist passiert: Nicht nur, dass niemand zur Verantwortung gezogen wurde, die Kompetenzen dieser »Versager« wurden regelmäßig erweitert. (…) So gewinnt die Militarisierung der deutschen Gesellschaft immer mehr an Tempo – und jedes »Versagen« der Sicherheitsdienste ist nützlich, um der Zivilgesellschaft beizubringen, dass nur der Kommiss auch im Inland (Friedhofs-)Ruhe schaffen kann" (Peter Tiedke 2017) [6].

Es handelt sich um eine „Militarisierung" der „civil society" mit
- der Präsenz der Bundeswehr im zivilen Raum
- der Militarisierung des Bewusstseins („man muss eine Ansage machen, sonst ist man ein looser")
- der Militarisierung der Sprache und des Sprechens (sich überschlagend schnell, kein Verhalten, Nachdenken)
- der Rückkehr des reflexartigen Zustimmens, Ja-Sagens zur Politik der Regierung, zum Diskurs der Macht,

- der Rückkehr des Autoritären (Bruder-Bezzel 2016) [7]

Bereits 1972 hatte Peter Brückner über die „Rückkehr roher Gewaltförmigkeit – auch – in die Politik der herrschenden Klassen“ geschrieben [2] – damals als Antwort auf die „antiautoritäre Bewegung“. Also lange vor dem 11.9.2001.

Der „Krieg gegen den Terror“ also nicht „gegen“ sondern „für“ den Terror? Terror gegen die eigene Bevölkerung. Man muss nicht wissen, dass dieser Krieg vor dem 11. September geplant, vorbereitet war – die „Feinde“, gegen die der Krieg vermeintlich geführt werden sollte bereits zeigen das: Bin Laden: ein US-Agent, gegen die SU aufgebaut bis zum IS: ebenfalls von den USA mindestens mit Waffen versorgt.

Die Liste der Feindes-Länder stand seit Zbigniew Brzeziński fest; das zu wissen, nennt man „Verschwörungstheorie“. Aber dann wäre Verschwörungstheorie diejenige, die eine Verschwörung aufdeckt. Dieser Theorie zu widersprechen: Das sind die ersten und eigentlichen „fake-news“.

Man muss das alles nicht wissen. Es genügt, sich die Techniken, Taktiken dieses „Krieges gegen den Terror“ anzuschauen: am Beispiel des 11. September oder der Attentate in Mailand, London, Paris, Berlin. Wie reagieren die, die die Bevölkerung gegen solche Anschläge schützen sollten?

Jedes mal eine große Inszenierung der Trauer und danach Verschärfung der Gesetze, die in ihrer bisherigen Fassung ausgereicht hätten, hätte man sich an sie gehalten, hätte man sie angewandt. Z.B. Fußfessel, um jederzeit zu wissen, wo sich ein „Gefährder“ befindet, wie De Maizière sagt, wo man dies bei dem Attentäter vom Berliner Weihnachtsmarkt bereits ohne Fußfessel wusste; aber man am Tag vor dem Attentat dessen Überwachung einstellte.

Also das nicht verhinderte Attentat macht die Bahn frei für Verschärfungen der Gesetze, bzw. Erweiterung der Kompetenzen derer, die das Attentat nicht verhindert haben. Keine Kritik am „Versagen“ der Abwehr-Organe des Staates, Versagen der Politik. Außenpolitisch: Eine Änderung der Politik kommt nicht in Frage. Es ist ja die Politik der Ausbeutung, Ausraubung dieser Länder, aus denen der Terror kommt - als Antwort auf diese Politik. Innenpolitisch: Wirkung des Terrors: die - gespaltene - Bevölkerung wieder zusammen zu schweißen durch das Bedrohungsszenario („Ich sehe keine Klassen mehr“ rief schon Kaiser Wilhelm entzückt angesichts der Zustimmung der Sozialdemokraten 1914).

Bereits am 19. Oktober 2010 hatte Jens Wernicke in Telepolis unter der Überschrift „Demokratie als Standortnachteil“ festgestellt: „Die Debatte um das im Sinne der Kapitalverwertung „effizienteste“ Regierungssystem ist offenbar erneut eröffnet. „Wenige Tage, nachdem Bahnchef Grube den Demonstranten in Stuttgart ihr „Widerstandsrecht“ abgesprochen und sein Demokratieverständnis dahingehend offengelegt hatte, dass er kundtat, die Bürger hätten gefälligst dem Willen der Parlamente zu folgen. Nichts anderes sei schließlich „Kern einer Demokratie“, erfreute sich Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) auf einer Reise durch Saudi-Arabien und Katar, zwei Diktaturen am Persischen Golf, an der Ruhe, von der Regierungshandeln dort begleitet wird. Nicht nur er, sondern auch andere bewerten derlei „Ruhe“ dabei inzwischen als Standortvorteil im internationalen Wettbewerb. So wird von der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt in gewissen Kreisen denn aktuell auch eine Debatte über „einen möglichen Nutzen diktatorischer Regierungsformen“ geführt“ [8].

Wie aber ist es möglich, dass der Terror gegen die Bevölkerung diese Wirkung erzielt, die Wirkung der Zustimmung zum Vorgehen der Regierung?

Zunächst: das Ereignis – losgelöst aus seinem Zusammenhang – erscheint (dadurch) wie aus „heiterem Himmel“, in das Tal der Ahnungslosen zu fallen, ohne (Vor)Geschichte.

Diese Wirkung wird durch die mediale Darstellung verstärkt: Es ist auch das Vorgehen der Medien: der medialen Darstellung und Kommentierung. Auch die Medien stellen die Vorgeschichte des Ereignisse keineswegs her, liefern sie nicht nach [9].

„Technisch“, mit Hilfe der Technik, ohne dass die politische Absicht sichtbar wird, wird hier durch die Wahl des Ausschnitts der Verfolger zum Verfolgten. Beispiel: die als Berichterstattung deklarierte Dauer-Kampagne gegen Rußland. Oder: die ebenso unversöhnliche Kampagne gegen die DDR.

Unabdingbar ist: die Wiederholung, gebetsmühlenhaft; Wiederholung der Parolen bei jeder Gelegenheit („vermuteter islamistischer Hintergrund“, „unsere Werte“, die wir uns nicht durch die Terroristen nehmen lassen, der unendliche „Aufschwung“ „unserer“ Wirtschaft, der ständig gegenüber dem Arbeitgeberanteil steigende Arbeitnehmeranteil am Bruttosozialprodukt, usw. Auch die ständige Wiederholung der Bilder des 9/11. Gehört hierher. So liefen am 11. September pausenlos die Filmstreifen mit den in die Tower einfliegenden Flugzeuge über die Fernsehschirme.

Immer geht es um Herauslösen eines Ereignisses aus dem Zusammenhang der Geschichte, des Kontextes: „Positivismus“ [10].

Dieses Vorgehen beim „Krieg gegen den Terror“: es wird herausgeschnitten: wie ist es dazu gekommen? Wen oder was muss man bekämpfen? Was folgt auf den „Krieg gegen den Terror“: der Terror wird zurückgetragen nach Deutschland bzw. Europa.

Dort, in Deutschland bzw. Europa, bestätigt er die Richtigkeit der Maßnahmen, die die Herren ergreifen, um den Terror zu verhindern – in Deutschland, aber nicht im Land der „Terroristen“. D.h. er bewirkt eine Idiotisierung der Bevölkerung: sie wird nicht mehr zugänglich für Argumente, nicht zugänglich für eine Entspannung der Fixierung des Blicks.

Diese Reduzierung auf das Herausgelöste läßt die „token“ (Skinners) entstehen. Man wird abhängig von Surrogaten, die mehr zu tun haben mit dem, der diese gibt („der Versuchsleiter“ im psychologischen Experiment) als mit dem Bedürfnis des Subjekts (der „Versuchsperson“).

Für uns besonders auffällig wird das in der Presse für die Unterschicht. Aber für die Schicht der Akademiker wirkt das ebenso: z.B. „Militainment“ (militarisierte Unterhaltung): Im „Netflix“-Programm erscheinen fast nur noch Filme, die Militär und Krieg verherrlichen. Auch in Computerspielen und bei Kinderspielzeug ist das zu erkennen.

Positivismus ist aber nicht nur eine Haltung innerhalb der Wissenschaften, sondern des gesellschaftlich herrschenden Bewusstseins: Marcuses (1964) Untersuchung des „eindimensionalen“ Denkens und Verhaltens hat gezeigt: Es geht um den Ausschluß der Geschichte aus der Reflexion, die „Abriegelung“ des Widerspruchs, der Kritik [11]. Politisch äußert sich der Positivismus im Schaffen von faits accomplis, der Regierung des Basta, des „Durchregierens“ – gegen die Bevölkerung, der Herrschende agiert hier als „Herr“, so wie der Intellektuelle als „Versuchsleiter“ (im „Milgram“-Experiment der Psychologie).

Dieses Herausschneiden aus dem Zusammenhang verstärkt also „nur“ das, was bereits Wirkung der Wahrnehmung des Ereignisses selbst ist. Diese Struktur der Wahrnehmung ist (aber) Ergebnis einer geistigen Dressur: des Positivismus der „eindimensionalen“ Gesellschaft. Was eigentlich etwas Gewaltförmiges und Antirationales ist, erscheint als selbstverständlich, als immer naheliegender.

Publiziert auf Free21 am 30.05.2017, 19:17 Uhr, von Klaus-Jürgen Bruder auf rubikon.de, Lizenz: CC 4.0

Das Herausschneiden ist die Herstellung eines neuen Ereignisses: fake news, Lüge: Diese geistige Dressur läuft nicht nur über Bilder und deren Wahrnehmung, sie ist nicht unabhängig von Sprache, Kommunikation und Diskurs zu denken. Das Herauslösen aus dem Kontext wird auch (und zugleich) auf der Ebene der Sprache bewerkstelligt, indem die Möglichkeit der Sprache benützt wird: Man muss nicht alles sagen, was man denkt; man kann das verstecken, indem man etwas anderes zeigt; man kann seine Absicht hinter (unter) ganz anderen Behauptungen verstecken.

Bourdieu hatte das in die Formel „Verstecken durch Zeigen" gefasst [12]. Gemäß dieser Formel arbeiten die Medien an der Herstellung und Aufrechterhaltung des herrschenden Konsens:

Kommunikation, Sprechen, Sprache:

Behauptung	(S_2)	Zeigen
Absicht	(S_1)	Verstecken

Die „geistige Dressur" datiert (also) nicht auf 9-11, aber seit diesem Datum zeigt sich die Struktur dieser Dressur und ihre Breite deutlicher: Ein neuer Feind wurde erklärt („der Islam"):

„Islamistischer Hintergrund" ist inzwischen zum Brandmal geworden, unerbittlich mit heißen (statt kalten) Kriegen bekämpft, an dem zugleich für jeden klar in die Augen springen müsste: die Willkür der „Feinderklärung" – Willkür, weil der „Feind" „uns" nichts getan hatte, nicht willkürlich, wenn man an die Bodenschätze und Bevölkerungen und deren Territorien denkt, welche „man" sich anzueignen vorgenommen hatte.

Zugleich eine ebenso neue (innen)politische Situation: die Generation von 68ff, gewendet durch den Zerfall der DDR und der SU einerseits, durch die Teilhabe am Krieg (gegen Jugoslawien) andererseits – also auf die Seite der Herrschenden übergegangen, wird konfrontiert mit einem Widerstand, den sie verraten muss (weil er sie als Teil der politisch herrschenden Klasse, bzw. als deren Anhang, trifft).

Auch dieser Seitenwechsel, „Wende", kann mit Hilfe der Struktur der Sprache (und des Sprechens) vollzogen werden und zugleich versteckt (wie Boltanski & Chiapello [13] gezeigt haben). Versteckt wird die Zustimmung zum Diskurs der Macht. Der Diskurs der Macht „organisiert und beherrscht überall die öffentliche Kundgebung, die Zeugenschaft im öffentlichen Raum" (Derrida 1993, S. 90). In ihm „werden die Diskurse der politischen Klasse, der massenmedialen Kultur und der akademischen Kultur verschmolzen, dank der Vermittlung der Medien". „Sie kommunizieren und zielen in jedem Augenblick auf den Punkt der größten Kraft hin, um die politisch-ökonomische Hegemonie und den Imperialismus zu sichern" (ebd., S. 91) [14].

Boltanski & Chiapello zeigten, wie die Begriffe der 68er Bewegung – „Emanzipation", „Autonomie", „Selbstverwirklichung" – zu zentralen Begriffen des „Management"-Diskurses geworden waren [15], eines Teils des Diskurses der Macht – d.h. man spricht weiter von „Autonomie", aber den Begriffen Autonomie usw. wird die entgegengesetzte Bedeutung untergeschoben. Das ist Gewalt und zugleich Verstecken der tatsächlichen Gewalt. Diese Umkehrung, Verkehrung (ins Gegenteil) läuft seit 68; mit „Reform" hat es angefangen. Der Diskurs der Macht, zu dessen Begriffen sie umgedreht worden sind, kann damit zugleich versteckt werden. Diese Verkehrung bleibt ebenso wenig auf den Diskurs beschränkt („Umkodierung"), wie der Positivismus auf die Wissenschaften. Sie „materialisiert" sich in den Techniken, Verhaltensweisen, Produkten und wirkt von diesen auf das Bewusstsein zurück. Die Tätigkeit des Arbeiters, auf eine bloße Abstraktion der Tätigkeit beschränkt, ist nach allen Seiten hin bestimmt und geregelt durch die Bewegung der Maschinerie, nicht umgekehrt. Die Wissenschaft, die die unbelebten Glieder der Maschinerie zwingt, durch ihre Konstruktion zweckgemäß als Automat zu wirken, existiert nicht im Bewußtsein des Arbeiters, sondern wirkt durch die Maschine als fremde Macht auf ihn, als Macht der Maschine selbst (Marx 1857/58) [16].

Diese Verkehrung ist Spiegel der Verkehrung der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst. Regeln des Diskurses müssen durch die am Diskurs Beteiligten akzeptiert worden sein unter den gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen dieser Diskurs stattfindet: Primär ist die gesellschaftliche Macht bzw. die gesellschaftlichen (Herrschafts-)Verhältnisse, die primär Produktionsverhältnisse sind, hier: Eigentumsverhältnisse, und zwar Verhältnisse des Privateigentums an den Produktionsmitteln: „Verkehrung" aller Verhältnisse [17].

Aber: Diese Regeln des Diskurses zeigen denselben zugrundeliegenden Mechanismus: Zustimmung kann nur dem Gesagten, Hörbaren, Sichtbaren, Behaupteten (S2) gegeben werden; nicht dem Unsichtbaren, Versteckten (S1). Das Versteckte aber ist das, was auf die Zustimmung folgt: die Wirkung der Macht:

Glücks-**Versprechen**	(S_2)
Macht-**Wirkung**	(S_1)

Die Wirkung kommt erst hinterher, wenn man auf die Versprechen „reingefallen" ist.

Inzwischen bedienen sich selbst die Rechten der Begriffe und Themen der Linken, ja sogar der Protestformen aus der 68er Bewegung, wie Pegida, AfD, die Identitären oder compact: gegen TTIP, Kritik an der Vorherrschaft der USA, Kritik an den etablierten Politikern und den diesen ergebenen Medien. Dies ist – leider – kein Zeichen der Stärke der Linken (wie man vermuten sollte), sondern derer, die es sich leisten können, die Themen und Begriffe der Linken auszubeuten – für ihr „braunes Süppchen". Braun wird die Suppe allerdings vom Koch angerührt, und nicht von den Zutaten (wie manche nahelegen, die diese von den Linken geklaute Kritik zur „rechten" erklären (möchten).

Die Kritik spricht auch durchaus eine in Teilen der Bevölkerung verbreitete Unzufriedenheit an. Gerade deshalb gehen die Rechten damit auf Stimmenfang: Der Versuch, die bestehende Unzufriedenheit - in der Situation der Schwäche der Linken – nach rechts, in eine Affirmation zu lenken – Affirmation des Diskurses der Macht – in rassistischem Gewand; denn das Programm ist durch und durch neoliberal. Dieses Programm spielt in der Diskussion in der Öffentlichkeit keine Rolle, insofern versteckt. Es muss versteckt werden, denn es widerspricht, schlägt ins Gesicht: den Parolen selbst (gegen TTIP, gegen die neoliberale politische Klasse).

Damit spielen die Rechten eine Funktion der Entlastung des „Establishments". Denn dieses, das „Establishment" erscheint nun - vor dem Hintergrund der Mobilisierung aller „demokratischen Kräfte" gegen rechts als Hort oder Hüter der Demokratie, die sie – die neoliberalen Eliten – selber zerstört haben und weiter zerstören werden, als Hort oder Hüter der Freiheit und der Menschenrechte, die sie – in ihren völkerrechtswidrigen Kriegen und in der Wahl und Kooperation mit ihren Bündnispartnern – selbst verraten, gebrochen haben und täglich brechen.

Das Beispiel der USA führt dies sozusagen auf die Ebene der „großen" Weltpolitik: Trump. Auch hier der Stimmenfänger mit Kritik am „Establishment", der mit dem Ende der Rolle des Weltpolizisten und der Annäherung an Russland geprahlt oder gedroht hat. Und nun diese Rolle mit Karacho wieder aufnimmt.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung, die nicht durch eine Linke aufgenommen wird, ist den plattesten Lügen der Herrschenden geradezu ausgeliefert: der Wunsch, sie mögen es besser machen, der Wunsch nach dem guten König, ist stärker als der Realismus der Einsicht in die Notwendigkeit, seine Sache selber in die Hand zu nehmen.

Die Herrschenden ihrerseits – durch keine selbstbewusste Linke daran gehindert – kommen nicht zur Vernunft, die nötig wäre für die Einsicht in die Notwendigkeit, die bisherigen Lösungsversuche zu verabschieden: Krieg, Terror, Ausbeutung, Raubbau.

Keiner führt das besser vor, als der „verrückte" Präsident der USA, der mit einem Knopfdruck mal eben 16.000.000 Dollar verbrennt – und dabei beinahe 100 Menschen umbringt – und schon ist er in den Augen der veröffentlichen Meinung der westlichen Wertegemeinschaft wieder der Held und Gott, der der amerikanische Präsident bisher gewesen war.

Verleugnung: Was die Herrschenden mit der Bevölkerung verbindet: Während die einen verleugnen, dass sie mit ihrer „Kunst" am Ende sind, verleugnen die anderen die Erfahrung der Geschichte – obgleich die Zeichen und Symptome ihrer Wiederholung unübersehbar sind.

„Eine Tradition des Nichtwahrhabenwollens, des Beschweigens, des Verleugnens gehört zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Wie gelang nach 1945 die „Wiederherstellung der alten Macht- und Besitzverhältnisse" […] Die Selbstentnazifizierung der Eliten […] ist ebenso verdrängt wie die heftigen Auseinandersetzungen um die Richtung, in die sich Staat und Gesellschaft entwickeln sollten […]" (Anzeige des Ossietzky Verlags 2017) [18].

Die Rechnung wird uns heute präsentiert:

Deutsche Soldaten stehen wieder an Russlands Grenzen, als habe es den 22. Juni 1941 nicht gegeben, nicht die 27 Millionen toter Sowjetbürger, nicht die verbrannte sowjetische Erde, nicht die mehr als 600 niedergemachten Dörfer Belorusslands, nicht die Million Verhungerter während der Blockade Leningrads, nicht das bis auf die Grundmauern zerstörte Stalingrad. Mit unglaublicher Arroganz wird all das ignoriert und stattdessen die gegen Russland gerichtete NATO-Politik mitgetragen, eine Politik, die wiederum vor allem US-amerikanischen Interessen entspricht. Nach wie vor sind die Worte des Stratfor-Chefs George Friedman vom Februar 2015 aktuell: »Jedenfalls sind wir jetzt zurück beim alten Spiel.« [19]

Im Diskurs der Macht kommt das (so) nicht zur Sprache. Dass es sich dabei, wenn es nicht zur Sprache kommt, um Verschweigen, Verstecken, Verleugnen handelt, ist die bloße Möglichkeit, die die Struktur der Sprache bietet:

$$\frac{\text{Gesagtes}}{\text{Nicht-Gesagtes}}\ \frac{(S_2)}{(S_1)}$$

Nicht zu sagen, was man „im Kopf hat" (S1), etwas anderes sagen (S2), als man denkt. Für den Empfänger bietet diese Struktur des Sprechens die Möglichkeit, sein eigenes Denken an die Stelle dessen zu setzen, was er nicht wissen kann (S1): seine Hoffnungen, Wünsche, Deutungen und dadurch der Parole des anderen zuzustimmen, sie zu seiner eigenen zu machen (Adler 1919).

Dass das Nicht-Gesagte tatsächlich zugleich etwas Verschwiegenes ist, wird erst im weiteren Verlauf des Diskurses deutlich, wenn für den Empfänger erkennbar wird (weil sich seine Wünsche nicht erfüllen), dass sein dem S1 des Senders untergeschobenes eigenes s1 lediglich sein Wunsch (Denken) gewesen war.

Diese Mechanismen wirken auch beim Diskurs der Macht. Deshalb sind auch die „Gegen-Diskurse" so wichtig und deshalb gibt es auch die Diffamierung der „Sozialen Medien" (in denen sich nicht nur der Diskurs der Macht behaupten kann).

Die Herstellung der Zustimmung zum Diskurs der Macht (Diskurs der Herren, der Herrschaft) geschieht (aber) nicht nur durch die Mechanismen der Struktur der Sprache und des Sprechens, sondern vermittels der privilegierten Verfügung über diese Mechanismen der Struktur der Sprache und des Sprechens durch die Macht selbst.

Zu den Möglichkeiten der gesellschaftlichen Macht gehört auch die der Manipulation des Diskurses („manufacturing consent") durch die Herstellung der Bedingungen, die den Diskurs in die erwünschte Richtung kanalisieren.

Diese Macht kann sich (aber, vielmehr) hinter (unter) diesen Mechanismen verstecken. Durch die Regeln des Diskurses wird versteckt, dass es sich um einen Diskurs der Macht handelt. Der Diskurs der Macht verleugnet (damit) seinen Charakter, der der Macht zu sein und damit seine Bedingung, Voraussetzung, nämlich die Verhältnisse der Herrschaft (der Macht). Die Macht ist in ihm entmaterialisiert, „vergeistigt" ebenso auch die Verkehrung der Verhältnisse.

So kann es zur „Kompetenz" werden, sich in den Diskurs einzubringen. Die Freude an der Beherrschung der Regeln des Diskurses verkehrt die Beherrschung durch den Diskurs in sein Gegenteil (Analoges beobachten wir bei der Arbeit am Computer: Der „Benutzer" wird an die Maschine gefesselt – nicht durch die Peitsche des Aufsehers, nicht durch die Drohung der Vorenthaltung des Lohns bei Nicht-Arbeit, sondern durch den „Erfolg", das Gefühl der Beherrschung der Technik, des Geräts (die die Beherrschung durch das Gerät, bzw. durch die hinter dem Gerät stehende Macht, die von der Benutzung des Geräts profitiert, zugleich verschleiert, dem Bewusstsein entzieht).

Verleugnet wird – die Zustimmung zum Diskurs der Macht, verleugnet wird, dass es der Diskurs der Macht ist, dem man sich angeschlossen hat, in den man eingestiegen ist, dessen Parolen man als die eigenen ausgibt (Fiktion des „autonomen Subjekts").

Verleugnet wird das „Jenseits" des Gesagten, Gezeigten, der Parolen: Fiktion des „Positivismus". Der Positivismus anerkennt keine zweite Ebene, keinen „Subtext": Fiktion der Objektivität, der Unabhängigkeit des Diskurses oder die Fiktion, dass man dieses Jenseits mit eigenen Wünschen, Absichten „füllen" kann, dass man nur „so tut, als ob" man dem Diskurs zustimme, während man „in Wirklichkeit" den Diskurs aufrechterhält, die Parolen weiterträgt. Es ist eine Verleugnung ohne Bewusstsein, sozusagen eine „objektive", „unbewusst"?

„Krieg gegen den Terror": die flankierende Strategie zum Neoliberalismus. Sie trägt den Terror ins eigene Land, terrorisiert die eigene Bevölkerung und stärkt so deren Loyalität gegenüber den Regierenden, vor allem bei der Durchsetzung der „inneren Sicherheit" (auf Kosten von Freiheit und Demokratie, allgemeinem Wohlstand): terroristische Überfälle sollen die Notwendigkeit von Gesetzesverschärfungen plausibel machen.

Die neoliberale Politik wird dabei in ihrer zerstörerischen Politik (nach außen wie nach innen) nicht wahrgenommen. Sie wird sogar im „Kampf" gegen Rechts zur Hüterin von Freiheit und Demokratie stilisiert (z.B. in der Wahl-Empfehlung für Macron in der „Bewegung" für Europa, unter dem Schirm von Soros und von diesem gesponsert).

Reden vom „guten Leben", die immer mehr an Ansehen gewinnen, sind Ausdruck dieser Interessenlage (obwohl sie sich als Gegenentwurf zum Neoliberalismus darstellen). Die neoliberale Politik (und Ideologie) schafft nicht nur Gewinner, sondern auch einen größer werdenden Kreis derer, die auf Teilhabe an diesem Zustand hoffen, an dem Genuss, den der Neoliberalismus seinen Gewinnern verspricht – und dafür bereits Vorleistungen erbringen: sich selbst zum vermeintlichen Subjekt seiner Ausbeutung zu machen.

Der Neoliberalismus braucht die Strategie des Terrors (der „Spannung"), um die Gesellschaft (mittels Angst) wieder zusammenzuschweißen, die er (vorher) gespalten hat (bzw. deren Spaltung vertieft): in Gewinner und Verlierer (der neoliberalen „De-Regulierung").

Die Gewinner sehen in den Verlierern zwar, was sie bedrohen könnte (und was sie abwehren müssen), aber die Verlierer sehen ebenso, was ihnen fehlt und könn-

Publiziert auf Free21 am 30.05.2017, 19:17 Uhr, von Klaus-Jürgen Bruder auf rubikon.de, Lizenz: CC 4.0

ten den Zusammenhang durchschauen. Die Strategie des Terrors lenkt von den Gewinnern (im Inneren der Festung) ab auf die, die die Festung von außen bedrohen (könnten).

Quellen:

[1] wichtigste Veröffentlichung: The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives. Basic Books. 1997

[2] Peter Brückner (1972): Zur Sozialpsychologie des Kapitalismus. Frankfurt (Europäische Verlagsanstalt, S. 126ff)

[3] Alfred Adler (1919): Die Andere Seite. Eine Massenpsychologische Studie über die Schuld des Volkes. Wien: Verlag von Leopold Heidrich. [Faksimile-Nachdruck, broschiert, mit einem Vorwort von Almuth Bruder-Bezzel (Berlin) 1994, Alfred Adler Studienausgabe, Band 7 Gesellschaft und Kultur, Herausgegeben von Almuth Bruder-Bezzel, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht]

[4] IMI-Studie 2017 Militarisierung der Polizei; *<http://www.imi-online.de/2017/03/31/militarisierung-der-polizei/>*

[5] Elke Steven (2017): Die Ausrufung des Ausnahmezustands. Rubikon, 7. April 2017

[6] Peter Tiedke (2017): Militär auf unseren Straßen. Leserbrief vom 16.03.2017 zu jW vom 8. März: »Feind im Blick«

[7] Almuth Bruder-Bezzel (2016): Die Rückkehr des Autoritären. Vortrag im Rahmen der Langen Nacht der Psychoanalyse, Berlin, Juni 2016; https://www.youtube.com/watch?v=kXdv4JN4VBg

[8] Jens Wernicke (2010): „Demokratie als Standortnachteil". Telepolis, 19. Oktober 2010

[9] Bild-Quelle: *<https://swisspropaganda.wordpress.com/2016/05/01/das-gewuenschte-narrativ/> (Stand: 31.01.2017)*

[10] s. Klaus-Jürgen Bruder (1982): Psychologie ohne Bewußtsein. Die Geburt der behavioristischen Sozialtechnologie. Frankfurt/M. (Suhrkamp) - Psychoanalyse erscheint hier als Gegenbewegung: ihr Fragen nach der Geschichte, nach dem „anderen Ort"

[11] Herbert Marcuse (1964): One-dimensional man; s.a.

[12] Pierre Bourdieu (1996): Sur la télevision. Liber – Raison d´agir. 1996 [dt.: Über das Fernsehen. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1998].

[13] Luc Boltanski u. Ève Chiapello (1999): Le nouvel Ésprit du Capitalisme. Paris: Editions Gallimard [dt.: Der neue Geist des Kapialismus. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft 2003].

[14] Jacques Derrida (1993): Spectres de Marx. Paris [dt.: Marx' Gespenster: Der verschuldete Staat, die Trauerarbeit und die neue Internationale. Frankfurt a. M.: Fischer 1995]

[15] Klaus-Jürgen Bruder (2005): Selbstthematisierung. Journal für Psychologie 2005, 189-211 http://ssoar.info/ssoar/handle/document/1718

[16] aus dem „Maschinenfragment" von Karl Marx 1857/58. Grundrisse, MEW, Bd. 42

[17] Karl Marx „Auszüge aus James Mills Buch „Eléments d'économie politique". Trad. Par J. T.Parisot, Paris 1823, in: MEW Ergänzungsband Erster Teil, Dietz Verlag Berlin, 1968, S. 462f; s.a.: Karl Marx „4. Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis", in: MEW, Bd. 23, Das Kapital, Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals, 1. Abschnitt, Ware und Geld, 1. Kapitel, Die Ware, S. 85-94

[18] Anzeige in der jungen Welt vom 14./15.01.2017, S. 7 zu: „Tabus der bundesdeutschen Geschichte"

[19] Bundeswehr raus aus Litauen! Antrag der Kommunistischen Plattform in der Partei Die Linke zum Bundesparteitag in Hannover im Juli 2017, jW 26.04.2017, S. 8

Autor:

Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder

1941 in Leipzig geboren, studierte Psychologie, Soziologie und Politik in Würzburg und Heidelberg und lehrte an der Freien Universität Berlin. Er gilt als einer der profiliertesten Vertreter einer explizit gesellschaftskritischen Psychologie und ist erster Vorsitzender der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP).

Dieser Text wurde zuerst am 13.05.2017 auf Rubikon unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/krieg-gegen-die-bevolkerung› veröffentlicht. (Lizenz: CC 4.0)

‹http://www.free21.org/?p=27455›

Real Game of Thrones: Ein **ausgefallener Handschlag** und die **unsichtbare Hand**

Kanzlerin Merkel fragt Präsident Trump die Hände ein weiteres mal zu schütteln, nachdem die Reporter mehrfach „Handshake" einfordern.Präsident Trump ignoriert dies.Während Trumps Sprecher von Überhören redete, twitterte Trump zu einem guten Treffen und die Öffentlichkeit diskutiert über die Beweggründe.

von Mathias Bröckers

Auch wenn der Besuch von Königin Angela im Weißen Haus nicht sonderlich stimmungsvoll ablief – die beiden, meinte ein Beobachter nach dem ausgefallenen Handschlag vor den Fotografen, seien wohl als „ziemlich schlechteste Freunde" auseinander gegangen – hatte König Donald am Ende der Presskonferenz doch noch einen kleinen Scherz auf Lager: eine Gemeinsamkeit sei immerhin, dass beide von der vorherigen Regierung abgehört worden seien. Der „Hosenanzug" reagierte auf diese Vorlage aber nur mit einem säuerlichen Lächeln, statt den Ball aufzunehmen und zu fordern: „Lassen Sie uns gemeinsam diesen unerträglichen Zustand abstellen, der unseren demokratischen und rechtsstaatlichen Werten zutiefst zuwider läuft. Bringen Sie ihre Meister der Intelligence unter Kontrolle, ich werde mit den unsrigen dasselbe tun."

Nun waren schlagfertige Reaktionen noch nie ein Markenzeichen von Königin Angela, die als kommunikative Reaktion bekanntlich den vertikalen Mundwinkel bevorzugt, und dieser kam denn auch hier zum Einsatz. Was zeigte, dass Angela als brave Vasallin weiter eher der „permanenten Regierung“ zu gehorchen gedenkt, deren Belauschen „unter Freunden“ sie ja schon eher schulterzuckend hinnahm, und nicht dem neuen König.

Dennoch galt es natürlich, einen guten Eindruck zu machen und so hatte sie ihre wichtigsten Wirtschaftsführer mitgebracht, die Donald ihre guten Werke für das Königreich so gut präsentierten, dass er sie als „gute Leute“ bezeichnete. Über die heimliche First Lady, die Königstochter Ivanka, die im Modegewerbe tätig ist, hatte Angela zudem eine Initiative eingefädelt, die erfolgreichen Methoden ihrer Handwerker-Gilden bei der Ausbildung von „Azubis“ genannten Lehrlingen im exzeptionalistischen Königreich zu verbreiten. Auch dies wurde von König Donald sehr gelobt – doch das war es dann auch schon mit den Freundlichkeiten. Kaum war Angela wieder weg, zwitscherte Donald empört, dass ihr Land ihm große Mengen Geld schulde, weil es zu wenig für den teuren „Schutz“ durch die Nato bezahle.

Als Novize im weltpolitischen Geschäft hatte König Donald aber hier etwas nicht richtig verstanden, denn dieses Geld steht, wenn überhaupt, nicht ihm sondern der Nato zu und alle Mitglieder zahlen es dort freiwillig ein [1]. Ebenso freiwillig haben sie sich verpflichtet, in Zukunft 2% ihres Haushalts dafür auszugeben, wobei Angelas Reich zwar noch zurückhängt, aber auch noch einige Jahre Zeit hat den Plan zu erfüllen. Doch Donald will die Kohle wohl sofort…

Die Nato als Schutzgelderpresser

Wie schon häufiger seit seiner Thronbesteigung brachte auch dieser kleine Eklat etwas zum Vorschein, was den Untertanen gemeinhin eher verborgen bleibt, in diesem Fall die Tatsache, dass es sich bei der Nato um einen Verein handelt, der Schutzgeld erpresst. Also letztlich nichts anderes tut, wie die Banden, die man „Rocker“ oder „Mafia“ nannte und die „freiwillige“ Zahlungen von Wirten oder Geschäftsleuten eintrieben, um sie vor Überfällen zu schützen. Wer nicht zahlte, dessen Laden wurde demoliert – nicht von der für „Sicherheit“ zuständigen Bande, sondern von beauftragten Kollegen „die jederzeit wieder kommen können“ – und schon sprudelten die „freiwilligen“ Zahlungen.

Ursprünglich als Beistandspakt von vielen kleinen mit dem großen exzeptionalistischen Königreich gegründetes Verteidigungsbündnis, war die Nato nach dem Ende des Kalten Kriegs eigentlich überflüssig geworden. Doch einen großen transatlantischen Friedensvertrag der in Europa von Lissabon bis Wladiwostok gereicht hätte, wollten die Herrn und Meister in Washington nicht schließen, da sie die „Full Spectrum Dominance“ [2] , die militärische Kontrolle der gesamten Welt, anstrebten. Wer sich dieser Dominanz entzog wurde in der Folge auf einer „Achse des Bösen“ eingruppiert, gegen deren „Aggression“ man sich verteidigen müsse. Tatsächlich hatte keines der Königreiche auf dieser „Achse“ mit irgendwelchen Angriffen gedroht – im Gegenteil wollte sogar das Reich des heutigen Ultrabösen einen solchen großen Friedens,- und Wirtschaftsvertrag gerne abschließen – aber sie wurden nun zum imaginären Großfeind ausgebaut, gegen den die „starke Nato“ unumgänglich sei. Tatsächlich wurde sie dann aber von einem Verteidigungsbündnis zu einer internationalen Eingreiftruppe umfunktioniert, die vor völkerrechtswidrigen Angriffskriegen, wie etwa auf das Königreich Jugoslawien, nicht zurückschreckt.

Es geht diesem Verein nicht um Demokratie/Freiheit/Menschenrechte, sondern um Macht,- und Geschäftsinteressen, was das exzeptionalistische Königreich nach dem Jugoslawienkrieg auch freimütig bekundete: es sei darum gegangen, das strategische Versäumnis von General Eisenhower, den man „Ike“ nannte, am Ende des 2. Weltkriegs zu korrigieren [3] und einen Stützpunkt zur Kontrolle Osteuropas einzurichten. Wer das Ergebnis dieser “Befreiung des Kosovo” genannten Landnahme besichtigt, findet heute dort den gigantischen Stützpunkt namens „Camp Bond Steel“ unter dessen Aufsicht ein korrupter Mafia-Staat [4] vor allem Rauschgifthandel und Geldwäsche betreibt.

Die “Korrektur” alter strategischer Versäumnisse wurde dann mit der Nato-Expansion in viele weitere osteuropäische Länder fortgesetzt, wobei diese meist bitter armen Königreiche weniger aus Angst vor Überfällen beitraten, sondern vor allem mit Geld in das Bündnis gelockt wurden, dass sich die dort herrschenden Eliten und das Militär in die Taschen stopften. Ziel dieses gern als „Wertegemeinschaft“ verkauften Bündnisses ist es, künftig als eine Art globaler Robo-Cop zu fungieren, dessen Einsätze die Vasallenstaaten zwar bezahlen, aber nicht darüber entscheiden dürfen.

Dass König Donald die Nato vor seinem Amtsantritt als „obsolet“ bezeichnet hatte, war historisch also durchaus korrekt, denn seit dem Ende des Kalten Kriegs war dieser Verein als Verteidigungsbündnis ja tatsächlich überflüssig. Aber Donald ist ja nun alles andere als Historiker und mit dieser Aussage ging es ihm nicht um die Geschichte und Rolle der Nato und schon gar nicht darum, wie man sie reformieren oder transformieren könnte. Er agierte vielmehr wie ein Gebrauchtwagenhändler, der das Angebot erst Mal schlecht redet und klar macht, dass er so etwas eigentlich gar nicht braucht – um dem erschrockenen Verkäufer dann zu sagen, dass er es schon haben, aber weniger dafür bezahlen will. Oder eben wie ein Schutzgelderpresser, der dem Wirt oder Ladeninhaber höhere „freiwillige“ Zahlungen abknöpfen will.

Da das exzeptionalistische Königreich fast 75 % der Nato-Kosten trägt, tanzt die Truppe nach seiner Pfeife – und weil seit über 25 Jahren kein wirklicher Großfeind mehr existiert, es also nichts zu verteidigen gibt, hat sie sich auf Angriffe verlegt, die dann „Verteidigung der Menschenrechte“ oder „Verteidigung der Freiheit am Hindukusch“ genannt werden. Eigentlich geht es dabei aber stets um Ölquellen, Pipelines und Geschäftsinteressen und falls es Beute zu verteilen gab landete der Löwenanteil auch stets im exzeptionalistischen Königreich. Insofern scheint in der Bande alles durchaus gerecht verteilt. Aber Baulöwe Donald will jetzt noch ein bisschen mehr herausholen und bittet die Kleinen, in seinen Augen „Mitesser“, zur Kasse.

Helfen Sie uns bitte
bei unserer Arbeit
mit einer Spende!

Free21

Nutzen Sie bitte dazu folgendes Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Publiziert auf Free21 am 24.04.2017, 15:15 Uhr, von Mathias Bröckers auf www.broeckers.com, Lizenz: Mathias Bröckers

„Freier Handel“ und „Protektionismus“ gehen zusammen

In der Kunst der Neudefinition von Begriffen hatte sich die neue Regierung schon bisher äußerst kreativ hervorgetan und etwa mit „alternative Fakten“ eine Kultvokabel geschaffen, die noch Scharen von Erkenntnistheoretikern und Philosophen beschäftigen wird. Bei dem Treffen mit Königin Angela sprach Donald nun häufiger von „Fair Trade“, was bis dahin eigentlich für solche Formen des Handels galt, bei denen Kaffeebauern oder Näherinnen einen angemessenen Lohn für ihre Arbeit erhalten statt als Sklaven ausgebeutet zu werden. Für Donald aber scheint fairer Handel zu bedeuten, dass ein Land nur genau soviel an ein anderes verkaufen darf wie es dort auch einkauft. Dass Königin Angela bei ihm nur halb soviel shoppt wie umgekehrt [5] findet Donald „unfair“ und es wird befürchtet, dass er künftig Schutzgelder, die in diesem Fall „Zoll“ genannt werden, auf eingeführte Waren erhebt.

Da diese Methode, die Protektionismus genannt wird, in der Regel zur Folge hat, dass im Gegenzug ebenfalls Zölle erhoben werden, werden die Waren auf beiden Seiten teurer, Handel und Produktion gehen zurück. Aus diesem Grund hat die Handelskammer der größten Königreiche, die „G 20“ genannt wird, in ihren Kommuniqués und Statuten stets ausdrücklich für „freien Handel“ und „gegen Protektionismus“ plädiert. Doch damit hat es jetzt ebenfalls ein Ende, da Donalds Delegation beim jüngsten Treffen der Finanzminister eine weitere Neudefinition durchgesetzt hat: „freier Handel“ heißt jetzt nicht mehr „gegen Protektionismus“ [6], die beiden gehen künftig zusammen.

Auch wenn diese Neudefinition vor allem jenen Freihändlern die Haare zu Berge stehen ließ, die der weit verbreiteten Glaubensgemeinschaft angehörten, die „Neoliberalismus“ genannt wird, lag König Donalds Delegation historisch damit nicht völlig falsch. Hatte sich doch schon der Entdecker und Prophet des „freien Markts“ und des „freien Handels“, der philosophische Großmeister Adam Smith, niemals gegen Protektionismus ausgesprochen , sondern stets für beides plädiert. Die „unsichtbare Hand“, die Angebot und Nachfrage ohne jede staatliche Regulierung auf magische Weise regelt, spielt zwar in den neoliberalen Glaubensbekenntnissen als globales göttliches Prinzip mittlerweile dieselbe zentrale Rolle wie der „Heilige Geist“ bei den Katholiken, auf den 1000 Seiten von Adam Smiths „Wohlstand der Nationen“ wird sie freilich nur ein einziges Mal erwähnt. Sehr viel häufiger hingegen ist von den Maßnahmen die Rede, mit denen etwa die heimischen Gilden der Handwerker und Landwirte vor der Konkurrenz aus dem Ausland geschützt werden müssen. Ebenfalls sehr deutlich machte Smith, dass man die Händler keineswegs frei und unkontrolliert machen lassen dürfte: „Geschäftsleute des gleichen Gewerbes kommen selten, selbst zu Festen und zu Zerstreuungen, zusammen, ohne dass das Gespräch in einer Verschwörung gegen die Öffentlichkeit endet.“ Die Vorstellung, dass solche Geschäftsleute private Schiedsgerichte einrichten, die über die Produktion und den Verkehr von Waren in einem Königreich entscheiden, müsste den Entdecker des „freien Markts“ im Grab rotieren lassen, doch eben dies hatten die geplanten Handelsverträge vorgesehen, die TPP und TTIP genannt wurden und die von der Donald-Regierung gekippt wurden. Und damit auch Königin Angela eine Hoffnung genommen, hatte sie doch noch vor einem Jahr überall in ihrem Land große Plakate aufhängen lassen, die sie mit König Obama zeigten und auf denen zu lesen stand: „TTIP IS HOPE“ [7].

Dies hatten ihr schon damals längst nicht alle abgekauft und so stieß König Donalds Aufkündigung dieser Vertragsverhandlungen nicht auf große Enttäuschung bei Angelas Untertanen, denn auch ohne diese Verträge war ihr Land in Sachen Export zur Weltspitze aufgestiegen. Dass das exzeptionalistische Königreich unter Donald nun mit Schutzzöllen drohte, war zwar ärgerlich, aber nicht das Ende der Welt. Zum einen, weil das von König Donald vorgelegte Budget [8], bei dem einzig der Etat für Militär und Rüstung erhöht wurde, nicht erwarten lies, dass sich die ökonomische Situation des Landes bessern würde und sich mehr Leute die begehrten Benzinkutschen aus dem Ausland leisten könnten. Und zum anderen, weil Donalds angestrebte Detente mit dem „Ultrabösen“ den Unternehmen in Angelas Reich, die stark unter den Sanktionen leiden, wieder neue Möglichkeiten eröffnen werden. Ihr Wirtschaftsminister und der Bayernfürst Horst haben diesbezüglich bei ihren Besuchen im Kreml in den letzten Wochen schon guten Wind gemacht [9]. Ihre Chefin, die als gewiefte Opportunistin gern abwartend die Stimmung checkt und ihr Fähnchen dann nach dem Wind hängt, wird demnächst selbst in das Reich des Ultrabösen reisen. Wenn sie die Zeichen der Zeit erkennt, könnte sie nicht nur mit dem ziemlich schlechtesten „Freund“ König Donald, sondern auch mit dem ziemlich besten „Feind“ König Wladimir zusammenarbeiten. Aufforderungen zum Handschlag [10] zumindest würde dieser sicher nicht überhören….

Quellen:

[1] dailykos.com, Tweets von Trump <http://www.dailykos.com/story/2017/3/18/1644889/-After-Trump-tweets-embarrassingly-inaccurate-info-former-NATO-ambassador-publicly-educates-Trump>

[2] youtube, Al Jazeera, One on One - Zbigniew Brzezinski, Full Spectrum Dominance <https://www.youtube.com/channel/UCNye-wNBqNL5ZzHSJj3l8Bg>

[3] medienanalyse-international.de, Mitteilung aus Bratislava, MdB und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung Willy Wimmer an Bundeskanzler Schröder am 02.05.2000, Balkan und NATO Erweiterung <http://www.medienanalyse-international.de/wimmer.html>

[4] stern.de, Kosovo <http://www.stern.de/politik/ausland/kosovo-mafia-staat-von-un-gnaden-3082322.html>

[5] Außenwirtschaftsportal Bayern, Export und Import USA <http://www.auwi-bayern.de/Nordamerika/USA/export-import-statistik.html>

[6] zeit.de, USA verhindern G20-Bekenntnis zum Freihandel <http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-03/baden-baden-g20-gipfel-finanzminister-usa-handelspolitik>

[7] clingendael.nl, Plakat, TTIP is hope <https://www.clingendael.nl/sites/default/files/CgvMaHPW0AA1hps.jpg>

[8] archive.is, Wer profitiert von Trumps Haushalt 2018? <http://archive.is/hrvie>

[9] theduran.com, Merkels Russland-Reise im Mai 2017 <http://theduran.com/germanys-merkel-heads-moscow/>

[10] t-online.de, Handschlag-Panne <http://www.t-online.de/nachrichten/ausland/internationale-politik/id_80669104/trumps-sprecher-sean-spicer-erklaert-handschlag-panne.html>

Autor:

Mathias Bröckers

geboren 1954 ist ein deutscher freier Journalist, der vorallem für die taz und Telepolis schreibt. Ab 2001 hat er mehrere Bücher über den 11. September geschrieben.

www.broeckers.com

Dieser Text wurde zuerst am 21.03.2017 auf www.broeckers.com unter der URL ‹http://www.broeckers.com/2017/03/21/real-game-of-thrones-ein-ausgebliebener-handschlag-und-die-unsichtbare-hand/› veröffentlicht. (Lizenz: Mathias Bröckers)

‹http://www.free21.org/?p=27414›

Lizenz: Mathias Broeckers

Wedelt Trump mit dem Hund?

Kaum war 1997 der Film „Wag The Dog" in den Kinos gestartet, bei dem ein US-Präsident einen fiktiven Krieg in Albanien konstruieren lässt, um von seinem Sex-Skandal abzulenken, lies Bill Clinton eine Fabrik im Sudan mit Tomahawk-Raketen angreifen, weil „Terroristen" dort „chemische Waffen" herstellen. Just in der Nacht bevor die Praktikantin Monica Lewinsky vor dem Kongress erstmals über die Sex-Praktiken in Clintons „Oral Office" aussagen sollte. Nicht nur weil die bombardierte Fabrik nur Aspirin herstellte, wurde den Autoren des Films angesichts des sich entfaltenden Clinton-Skandals eine geradezu prophetische Intuition nachgesagt. „Wag the Dog" ist seitdem zu einem geflügelten Wort für medial inszenierte Ablenkungsmanöver geworden.

von Mathias Broeckers

Nachdem von Präsident Trump befohlenen Angriff auf einen syrischen Flughafen stellt sich die Frage, ob dies vielleicht auch ein „Wag The Dog"-Event war. Das Dauerfeuer, dem Trump seit Beginn seiner Amtszeit ausgesetzt war, scheint zumindest fürs Erste beendet; die Vorwürfe „Putin-Marionette" und „russischer Agent" sind vom Tisch. Erstmals wird der Präsident auch von seinen Gegnern gelobt; die stets kriegsgeilen Neocons sind sogar begeistert, während auf Seiten seiner „all right"-Fans schwere Vorwürfe und Enttäuschung über den „Verrat" laut werden. Tatsächlich hatte Trump seinen Wählern was Interventionismus und „Regime Change"-Politik betrifft anderes versprochen, als dieser Angriff jetzt demonstrierte. Wenn er denn nicht nur ein „Wag The Dog"-Event war, wofür einiges zu sprechen scheint.

- Russen und Syrer wurden vorab über den Angriff informiert; außer ein paar in Reparatur befindlichen MiG-Jets wurde nicht zerstört. Die in Syrien stationierten russischen Luftabwehrsysteme reagierten nicht auf die Attacke, was einige US-Falken auf die Stealth-Qualität ihrer Tomahawks zurückführen, aber eher damit zu tun hat, dass die Abwehr ausgeschaltet war.

- Militärisch macht der Angriff keinen Sinn, schon gar nicht verhindert er mögliche Einsätze chemischer Waffen, die bisher in Syrien auch nie aus der Luft, sondern stets in Form von Boden-Boden-Raketen angewendet wurden.

- Auf dem vom Weißen Haus veröffentlichten Foto aus dem „Situation Room" in Mar-a-Lago fehlen die Chefs von CIA und NSA. Angeblich sollen diese Trump im Vorfeld über ihre Zweifel gebrieft haben, dass Assad für den Giftgas-Einsatz verantwortlich ist. Der ehemalige CIA-Offizier Philip Geraldi, der immer noch gute Kontakte zu aktiven Kollegen hat, berichtet, dass diese die syrische und russische Darstellung des Falls bestätigen, nach der der Beschuss einer Al-Qaida-Waffenfabrik zu dem Gasaustritt führte, und empört darüber sind, was Trump und Medien jetzt dazu veranstalten.

- Hat Trump die Geheimdienst-Bosse deshalb außen vor gelassen und den bei der Entscheidung anwesenden Mitarbeitern nur seine Version des Briefings durchgegeben? Das würde für ein „Wag The Dog"-Szenario sprechen. D.h. einen symbolischen Schlag, der ihm innenpolitisch Spielraum für Verhandlungen schafft, die nur mit und nicht gegen die Kriegsparteien (Russland, Syrien, Iran) geführt werden können – was aber nicht geht, solange er als Putin-Knecht gehandelt wird.

- Dass die Attacke das Völkerrecht verletzt und nicht mit dem Kongress abgestimmt wurde, hat Trump über Nacht den Ruf eines entschlossenen Machers, der Stärke zeigt, eingebracht. Seine stärkste Opposition – die Medien – sind auf Kriegskurs eingeschwenkt und unterstützen ihn. Ebenso die Demokraten, Hillary Clinton hatte noch wenige Stunden vor der Attacke das Bombardieren syrischer Flughäfen empfohlen. Nur meine Kandidatin für 2020 – Tulsi Gabbard – widerspricht. Und prompt fordern „Demokraten" ihren Rücktritt.

Sicher könnte man Trumps Bomben auf Syrien auch so deuten, dass der Druck der Medien und des tiefen Staats ihn nach kaum drei Monaten schon beigebogen und auf Kurs gebracht hat. Aber ich glaube, dass man ihn da einmal mehr unterschätzt; sein Motto heißt nicht zufällig „Numquam Concedere": Niemals aufgeben! Damit hat er es sehr weit gebracht. Man muss nur das faszinierende Porträt lesen, das Marie Brenner 1990 über Trump schrieb und in dem schon alles steht, was vor und nach der Wahl an Negativem über ihn verbreitet wurde. Und so einer – ein Großmaul und Aufschneider, ein Trickser und Täuscher, ein Bluffer und Blender – wird 27 Jahre später Präsident? Ja, er gibt einfach nicht auf. Deshalb traue ich ihm auch den Trick zu, sich mit einer „Wag The Dog"-Nummer die Medienmeute erst Mal vom Hals zu schaffen. Nächste Woche fährt sein „T.Rex" Außenminister zu Gesprächen nach Moskau; danach wird man sehen, inwieweit Trump mit dem Hunde gewedelt hat oder ob er schon voll auf den alten Kriegskurs umgepolt wurde.

Quellen:

[1] Kinofilm „Wag the Dog" <*http://tinyurl.com/jartwxw*>

[2] „Where Was CIA's Pompeo on Syria?", Robert Parry, Consortiumnews.com < *http://tinyurl.com/khy68ed* >

[3] „Trump's 'Wag the Dog' Moment", Robert Parry, Consortiumnews.com < *http://tinyurl.com/k7muuw2* >

[4] „The Spoils of War: Trump Lavished With Media and Bipartisan Praise For Bombing Syria", Glenn Greenwald, The Intercept < *http://tinyurl.com/lkunj4q* >

[5] „Liberal leaders call for challenge to Gabbard over Syria skepticism", Tom LoBianco, CNN < *http://tinyurl.com/lysjca4* >

Autor:

Mathias Bröckers

geboren 1954 ist ein deutscher freier Journalist, der vorallem für die taz und Telepolis schreibt. Ab 2001 hat er mehrere Bücher über den 11. September geschrieben. **www.broeckers.com**

Dieser Text wurde zuerst am 09.04.2017 auf dem Blog von Mathias Broeckers unter der URL <http://www.broeckers.com/2017/04/09/wedelt-trump-mit-dem-hund/> veröffentlicht. (Lizenz: Mathias Broeckers)

<http://www.free21.org/?p=27275>

Publiziert auf Free21 am 23.04.2017, 15:15 Uhr, von Mathias Broeckers auf www.broeckers.com, Lizenz: Mathias Broeckers

Das Ende von **Big Pharma**

Ein besseres Gesundheitssystem, bessere Arbeitsbedingungen für Ärzte und Pfleger sowie bessere Medikamente zum halben Preis sind zum Greifen nah. Wir müssen nur endlich die Pharmaindustrie verbieten.

von Sven Böttcher

(Foto: CCo)

Die Marketingabteilungen der Pharmaindustrie haben fraglos viel Bewundernswertes geleistet – Unmengen Krankheiten mit originellen Namen erfunden, allerlei Grenzwerte so verschieben lassen, dass Millionen Gesunde über Nacht als behandlungsbedürftig krank galten, zudem gekonnt verschleiert, dass „verschreibungsgemäß eingenommene Medikamente" im zivilisierten Westen (USA und Europa) hinter Krebs und Herz-Kreislauf-Kasperln in den Killer-Charts auf Platz 3 stehen - mit etwa 200.000 Todesopfern pro Jahr.

Dennoch wird die größte Leistung von Big Pharma so gut wie nie gebührend gewürdigt, nämlich die porentiefe Säuberung unseres kollektiven moralischen Bewusstseins betreffend die Branche an sich. Gelangen wir doch allenfalls noch zur kritischen Erkenntnis, dass man der Pharma-Industrie eigentlich ein paar strengere Regeln auferlegen sollte, um Mord und Verschreibungstotschlag wenigstens einzudämmen; aber dass es dieses alljährliche Eine-Billion-Dollar-Geschäft gar nicht geben darf, dieses sichere Wissen befindet sich seit Urzeiten schlicht außerhalb unseres Blickfeldes. Es dorthin zu verschieben, ins off, verdient möglicherweise unseren finalen Applaus, aber danach schütteln wir uns bitte nur noch kurz kollektiv und verlassen diesen beschämenden Irrweg rasch und endgültig.

Das macht man nämlich nicht. Das gehört sich nicht. Das ist wahlweise unanständig, unmoralisch, Sünde oder superfies. Das: Sich am Leid Kranker bereichern. Und genau das nicken wir alle seit Jahrzehnten ab, meist stillschweigend, gelegentlich per Wahlkreuz.

> Dritthäufigste Todesursache nach Krebs und Herzerkrankungen waren zu Zeiten von Big Pharma in den USA und Europa: sachgerecht verabreichte Arzneimittel – mit etwa 200.000 Todesopfern im Jahr.

Wohl werden die meisten von uns zu diesem Imperativ „Man bereichert sich nicht am Leid Kranker" energisch nicken, denn wir stellen uns ja reflexartig vor, wir selbst würden einem Verunfallten erst mal ein Kreditkartenlesegerät hinhalten, bevor wir ihn in die stabile Seitenlage drehen – aber merkwürdigerweise sehen wir dabei nicht den „Elefant im Zimmer", nämlich die Pharma-Industrie, die sich exakt so verhält.

Die menschlichen Grundbedürfnisse „Gesundheit" oder wenigstens „Schmerzlinderung", die unter Nichtpsychopathen kein Wirtschaftsgut sein können, setzt die Pharmaindustrie gleich mit dem Wunsch nach einem neuen Auto oder iPhone: Kann man haben wollen, muss man aber zum Vorteil des Produzenten bezahlen können. Und wir haben uns genau das bis heute als zulässig verkaufen lassen. Ist es aber nicht. Sondern absolut verwerflich. Weshalb wir es ab heute verbieten. Die persönliche Bereicherung an der Notlage anderer ist ab heute untersagt, die Pharmaindustrie hiermit verboten. Unsere von den Marketing-Abteilungen sauber gewaschenen Gehirne feuern bei einem solchen nie gehörten, unerhörten Verbot natürlich spontan aus allen Rohren – denn die Pharma-Industrie schafft doch Arbeitsplätze! Und Steuereinnahmen! Und ohne sie hätten wir keine so guten Medikamente! Selbst wenn es so wäre (was es nicht ist, siehe gleich) hieße das, dass wir für Arbeitsplätze und Steuereinnahmen sogar die Würde und das Leben unserer Kranken zu opfern bereit sind, und das kann ja nun wirklich nicht unser Ernst sein.

Mit der gleichen Begründung („schafft Arbeitsplätze!") könnten wir ja auch die Profession des Massenmörders zum Ausbildungsberuf machen, und das fiele uns nun wirklich nicht ein, jedenfalls nicht als „kann man schon machen, ist moralisch ok."

Eben nicht. Und deshalb bleibt es dabei: Die Pharmaindustrie ist verboten, weil man das nicht macht: Sich am Leid Kranker persönlich bereichern. Geht nicht. Ist nicht. Ende der Durchsage. No Go. Kein Verhandlungsspielraum, Schicht im Schacht, Feierabend, Basta.

Post Pharma

Nachdem wir uns nun wegen Unanfechtbarkeit dieses Arguments unumstößlich darauf geeinigt haben, Big Pharma zu eliminieren, könnten wir schweigen und den rechtlichen Rest der raschen Umsetzung durch den Gesetzgeber überlassen, wollen aber sicherheitshalber doch noch einen beruhigenden Blick auf das Danach werfen – auf das, was bleibt und entsteht, wenn die Pharmaindustrie und die mit ihr zusammengewobenen Legenden aus unserem Leben und Blickfeld verschwunden sind. Denn wir werden post Pharma nicht nur 200.000 Tote pro Jahr weniger zu beklagen haben, wir werden auch über bessere Medikamente zum halben Preis verfügen und den Rest des bislang aufgewandten Budgets in die Verbesserung unserer Gesundheitssysteme investieren.

Machen wir uns bewusst, dass vor Verbot und Ächtung der todbringenden Branche lediglich 15-20% des Gesamtbudgets unserer Pharmafirmen in Forschung und Entwicklung investiert wurden, der Rest vorwiegend in Verwaltung, Marketing und Vertrieb. Machen wir uns überdies bewusst, dass die Innovationskraft der Branche längst nahe Null lag (La Revue Precrire verleiht jedes Jahr einen Preis für den wichtigsten Durchbruch (die „Goldene Tablette"), fand jedoch keinen würdigen Kandidaten für 2012. Oder für 2011. Oder 2010), die Industrie zuletzt kaum mehr neue Medikamente entwickelte, kaum mehr auf eigene Kosten forschte (mehr als 80% aller Investitionen für die Grundlagenforschung, die nach neuen Medikamenten und Impfstoffen sucht, stammen aus öffentlichen Mitteln), alle ökonomisch uninteressanten Forschungsanstrengungen unterließ und nicht einmal mehr auf öffentliche Anfrage die statistischen Rohdaten ihrer selbstbezahlten Studiener-

gebnisse vorlegte (so dass Patienten wie Ärzte absolut nicht einmal überprüfen konnten, ob die von ihnen eingesetzten Medikamente nützlich, nutzlos oder lebensgefährlich waren).

> Als beispielsweise 2014 von US-Forschern tatsächlich ausnahmsweise etwas Nützliches entwickelt wurde, nämlich ein wirksames Hepatitis-C-Medikament , stellte die indische Regierung sich auf den Standpunkt, der enthaltene Wirkstoff sei nicht originell genug, um einen Patentschutz zu rechtfertigen

Machen wir uns bewusst, dass grandiose Raubzüge zum Geschäft von Big Pharma gehörten (nicht zuletzt der „größte Diebstahl aller Zeiten“ (Peter Goetzsche), Roches von der WHO unterstützter Marketing-Milliarden-Coup mittels des Grippemittels Tamiflu), und dass kraft dubios durchgesetzter Grenzwertsenkungen Millionen Menschen krankverordnet wurden – exemplarisch sei hier lediglich die von medizinischen Experten verabschiedete Senkung der als gesund geltenden Blutcholesterinwerte genannt, die gleich doppelt segensreich für die Pharmaindustrie war.

Denn die gegen das „böse Cholesterin“ eingesetzten Statine entwickelten sich nicht nur zu stabilen Milliarden-Umsatz-Blockbustern, sondern sorgten obendrein für einen hoch lukrativen Nachfolgemarkt, da die Bekämpfung des eben nicht bösen, sondern für unsere zu 20% aus Cholesterin bestehenden Gehirne so überlebenswichtigen Stoffes die Zunahme von Demenzerkrankungen zur Folge hatte – mithin schön viel neues Leid und einen schönen neuen Milliardenmarkt.

Mob & Kosten & Legenden

Machen wir uns bewusst: Was die Industrie veranstaltete, war nicht nur ineffektiv (denn trotz steigen-

(Foto: Flickr, CCo)

der Lebenserwartung sank de facto die Zahl unserer „krankheitsfreien Jahre“, es war auch überaus tödlich.

Dritthäufigste Todesursache nach Krebs und Herzerkrankungen waren zu Zeiten von Big Pharma in den USA und Europa: sachgerecht verabreichte Arzneimittel - mit etwa 200.000 Todesopfern im Jahr.

Zwar wurden die Täter gelegentlich doch mal überführt, längst von den Gefahren gewusst und diese verschwiegen zu haben, zwar wurden sie immer wieder verurteilt, atemberaubende Milliardenstrafen zu zahlen, gerieten aber hierdurch weder ins Schwitzen noch an den Weltbörsen wenigstens temporär ins Wanken, eben weil die Täter alle Milliardenstrafsummen bereits in ihren absurden Preiskalkulationen berücksichtigt hatten. Zahlen, bitte!? Gern, in gebotener Kürze, die Strafzahlungs-Top-of-the-Pops der letzten Jahre: Novartis 2010= 423.000.000 USD, AstraSeneca 2009 = 523.000.000 USD, Johnson & Johnson 2012 =1.100.000.000 USD, Eli Lilly 2009 = 1.400.000.000 USD, Abbott 2012 = 1.500.000.000 USD, Pfizer 2009 = 2.300.000.000 USD, GlaxoSmithKline 2011 = 3.000.000.000 USD.

Machen wir uns bewusst: Bis zu unserem jetzt final gesetzten Stoppschild bei Erreichen der 1-Billion-Dollar-Umsatzgrenze (2015, nach überaus rasantem Anstieg seit 2001 (390 Milliarden) waren die Medikamenten-Kosten für unsere Kassen um etwa 10% pro Jahr gestiegen, obwohl wir immer weniger Medikamente geschluckt hatten.

Machen wir uns bewusst, dass die Pharmaindustrie (in Deutschland) vor ihrer Zerschlagung lediglich 105.000 Arbeitsplätze geschaffen hatte, davon bis zu 80% in Verwaltung, Marketing und Vertrieb. Und machen wir uns erst recht bewusst: Alle bisher von der Pharmaindustrie beschäftigten klugen Forscher werden weiterhin reichlich Arbeit haben. Und sie werden zukünftig von uns sogar besser dafür bezahlt als je zuvor. Denn wir verfügen ja plötzlich, nach dem Verbot der kriminellen Vereinigungen, über Unmengen Mittel, mit denen wir vorher das Marketing vorwiegend nutzloser oder gefährlicher Medikamente bezahlen mussten – sowie den Shareholder-Gewinn der Big-Pharma-Anteilseigner.

Machen wir uns bewusst, dass Menschen, insbesondere Mediziner und Forscher, nicht per se so unmoralisch, geldgeil und gemein sind, wie die Pharmaindustrie, von sich auf andere schließend, insinuierte. Machen wir uns klar, dass es lupenreiner Unsinn ist, ohne finanzielle Anreize würde niemand versuchen, Mittel gegen Krebs oder Kopfschmerzen zu erfinden. Die meisten Menschen kennen auch ganz andere Anreize als „persönliche Bereicherung“, und dies gilt in besonderem Maße für angehende Helfer (z. B. Ärzte) und Neugierige (z. B. Wissenschaftler), die bei geeigneter Sozialisation auch gern nach jahrzehntelanger Forschung ihre lebensrettenden Wirkstoffe einfach hergeben und das für selbstverständlich halten. Oder wie sagte noch Jonas Salk, der Erfinder des Polio-Impfstoffes?:

> Das Patent gehört den Menschen. Es gibt kein Patent. Könnte man die Sonne patentieren?

Machen wir uns bewusst: Die Erforschung und Herstellung neuer Medikamente wird nicht mit Big Pharma enden, im Gegenteil. Denn erinnern wir uns: Auch schon zu Zeiten von Big Pharma haben wir die Ausbildung unserer fähigsten Köpfe solidarisch finanziert, von der Kita bis zum Diplom bis zum Professorentitel; die Ausbildung unserer Wissenschaftler und Forscher tragen wir daher wie gehabt weiterhin als Gemeinschaft, indem wir Hochschulen und Universitäten bauen, nur dass zukünftig nicht mehr nur die Kosten von der Gemeinschaft getragen werden, sondern auch die Gewinne ihr zugute kommen.

Keine Gefahr ohne den Mob

Zu Risiken und Nebenwirkungen unseres moralisch zwingend gebotenen Verbots des Medikamenten-Mob fragen wir garantiert nicht unseren Arzt oder Apotheker. Sondern machen uns bewusst, dass keine Gefahr droht, unsere Kranken und Hilfsbedürftigen könnten zukünftig an Medikamente nicht mehr herankommen, die Fremde (ohne Moral) entwickeln. Denn schon in der Vergangenheit haben klarer als wir denkende Menschen in kapitalistisch unterentwickelten Systemen sich diesbezüglich erfrischend unempfänglich für die Marketingverwirrungen der Industrie gezeigt – und mit klaren Vorstellungen von Menschenwürde gekontert.

Als beispielsweise 2014 von US-Forschern tatsächlich ausnahmsweise etwas Nützliches entwickelt wurde, nämlich ein wirksames Hepatitis-C-Medikament (auf dem Markt unter den Han-

Publiziert auf Free21 am 3.6.2017, 13:50 Uhr. Von Sven Böttcher auf ‹www.rubikon.news›. Lizenz: CC 4.0

delsnamen Harvoni und Sovaldi), stellte die indische Regierung sich auf den Standpunkt, der enthaltene Wirkstoff sei nicht originell genug, um einen Patentschutz zu rechtfertigen, was zur Folge hatte, dass Generika-Hersteller das lebensrettende Mittel seither für umgerechnet 300 US-Dollar an kranke Inder verkaufen können.

In den USA lag der Preis, festgesetzt von den Anbietern, marginal höher, nämlich bei 84.000 Dollar. Kluge, aber ungehörte Kostenrechner bemerkten daraufhin, die Kosten für die Behandlung aller US-amerikanischen Hepatitis-C-Kranken würden sich somit auf 227 Milliarden Dollar belaufen, also fast so hoch wie die Kosten für alle im Lauf eines Jahres in den USA verkauften Medikamente - 260 Milliarden Dollar. (In Deutschland lag der Verkaufspreis übrigens anfangs bei 60.000 Euro, konnte dann aber Anfang 2015 dank fähig kämpfender Politiker und Verbände gewaltig gesenkt werden auf spottbillige 45.000 Euro).

Machen wir uns bewusst: Verbot und Ächtung der Pharmaindustrie bedeuten tatsächlich den Wegfall von etwa 80.000 Arbeitsplätzen und den damit verbundenen Verlust an Steuereinnahmen. Allerdings sind die zukünftig Erwerbslosen nur Werber, Vertreter und Manager, die sich entweder in einer weniger gefährlichen Produktnische selbst auffangen oder in unseren dank des Verbots üppig neu gepolsterten sozialen Netzen. Wieso „üppig neu gepolstert?“ Na, wir wollen ja nicht unterschlagen, dass unsere Medikamente plötzlich nur noch 20% von dem kosten, was sie vor dem Verbot kosteten – wir also bummelig 30 Milliarden im Jahr zukünftig sinnvoller verwenden können als für Vertreter und Zettelsortierer.

Machen wir uns aber auch bewusst, rückblickend selbstkritisch: Dass die Marktteilnehmer alles getan haben, was gesetzlich erlaubt war, können wir ihnen nicht vorwerfen. Wohl aber uns, als Gesellschaft, und unseren gewählten Vertretern. Nicht die Pharmaindustrie war „verdorben“: Wir waren es.

Paradies günstig abzugeben, mit reinem Gewissen

Aber das ist ja jetzt vorbei. Denn mit dem kategorischen Verbot der Pharmaindustrie haben wir eine echte Win-Win-Win-Situation geschaffen. Wir verfügen nun über bessere Medikamente, die uns nur noch 20-30% des früheren Preises kosten, wir verfügen über ein bezahlbares Gesundheitssystem mit unabhängigen Ärzten und unabhängiger Forschung im Sinn der Patienten. Und vor allem müssen wir uns nicht mehr Tag für Tag in Grund und Boden schämen.

Denn die Pharmaindustrie haben wir gesprengt, weil uns endlich klar geworden ist, dass unsere Erlaubnis, sich am Leid Kranker und Schwacher zu bereichern, unvereinbar war mit zwei unserer Grundüberzeugungen: mit der in unserem Grundgesetz festgeschriebenen Achtung der Würde des Menschen, aber auch mit jeder wenigstens am Rande moralisch oder gar christlich geprägten Gesinnung. Daher begrüßen 95% von uns das sofortige Verbot von Big Pharma von ganzem Herzen.

Autor:

Sven Böttcher

schreibt unter verschiedenen Namen Romane („Prophezeiung“), Sachbücher („Die ganze Wahrheit über alles“) sowie Filme und Serien („Der letzte Bulle“).

Dieser Text wurde zuerst am 31.05.2017 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://www.rubikon.news/artikel/das-ende-von-big-pharma› veröffentlicht. Lizenz: CC 4.0

‹http://www.free21.org/?p=27443›

Der Bundestag und **das Geldsystem**

Follow the money! (Teil 1) *Was passiert eigentlich im Finanzausschuss? Wie denken die Abgeordneten dort über das Geldsystem? Verstehen sie es überhaupt? Telepolis fragte nach und erhielt interessante Antworten – nur die SPD blieb stumm.* **von Paul Schreyer**

Der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages ist der Ort, wo gewählte Abgeordnete Einfluss auf die Finanzpolitik des Landes nehmen können. So zumindest die Theorie. Wichtige Gesetzesvorlagen der Regierung rund um Geld, Steuern und Finanzwirtschaft sollen vom Ausschuss geprüft und gegebenenfalls korrigiert werden. Der Ausschuss selbst gibt sich dabei realistisch und betont in einer Eigendarstellung auf den Webseiten des Bundestages: „Der etappenreiche Weg der Gesetzesvorhaben von der Koalitionsvereinbarung zum Finanzausschuss verdeutlicht, dass ein Gesetzentwurf der Bundesregierung bei Beginn der Ausschussberatungen bereits ein gewisses Reifestadium erreicht hat. Deshalb sind fundamentale Änderungen der Vorlage (…) im Ausschuss die Ausnahme.“ [1]

Mit anderen Worten: Grundsätzliche Entscheidungen werden anderswo getroffen. Aus der Selbstbeschreibung geht weiterhin hervor, dass die Initiativen für

Reichstag in Berlin, (Foto: Cezary Piwowarski, CC BY-SA 3.0)

Gesetze, die am Ende auch verkündet werden, zum größten Teil von der Regierung ausgehen und nicht etwa vom Parlament. Den Mitgliedern des Ausschusses sind ihre beschränkten Möglichkeiten bewusst. Zu den öffentlichen Anhörungen zu Gesetzesvorlagen, wo verschiedene Experten, meist auch zahlreiche Lobbyisten der Finanzwirtschaft, von den Abgeordneten befragt werden können, kommen viele der Politiker gar nicht mehr. Laut den veröffentlichten Protokollen [2] nahmen an den Anhörungen in diesem Jahr [2016,

Anm.d.R.] durchschnittlich nur 12 der 37 Mitglieder des Finanzausschusses teil. Zwei Drittel der für Finanzen zuständigen Parlamentarier bleiben dem öffentlichen Teil der Beratungen im Ausschuss also von vornherein fern. Über die nichtöffentlichen Sitzungen des Ausschusses sind keine Daten zur Anwesenheit verfügbar.

Im Dickicht der Technokraten

Die Arbeit des Ausschusses ist mühsam und kleinteilig. Eine fertige Beschlussempfehlung zu einem Gesetzesvorhaben kann schon mal 100 Seiten umfassen, die dann mit Änderungsvorschlägen wie dem Folgenden gefüllt sind: „In Nummer 7 wird im Wortlaut nach Buchstabe e nach den Wörtern „noch fortbesteht“ ein Komma eingefügt und werden nach den Wörtern „des Kapitalanlagegesetzbuchs hat,“ die Wörter „oder die von einer EU-Verwaltungsgesellschaft ausgegeben werden, die eine Erlaubnis nach Artikel 6 der Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften …“ [3] Und so weiter. Man fragt sich, wer tatsächlich die Nerven besitzt, das durchzuarbeiten.

Während der öffentlichen Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Investmentbesteuerung Anfang Mai meinte der als Experte geladene Professor Lorenz Jarass dazu in pointierter Weise:

GEMEINSAM MEHR ERREICHEN!

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spenden-Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Antje Tillmann, finanzpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, (Foto: Michael Voigt, CC BY-SA 3.0)

Dr. Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher Die LINKE, (Foto: Gerd Seidel CC BY-SA 3.0)

> Ich vermute mal, dass nur ein oder zwei Beamte im Bundesfinanzministerium Zeit dafür haben, diesen Steuer-Gesetzesentwurf vollständig durchzuarbeiten – oder gut bezahlte Professoren wie ich, die abends und am Wochenende Zeit dafür haben. Wenn Sie den Gesetzesentwurf mit seinen 149 eng bedruckten Seiten und 56 Paragrafen durcharbeiten – irgendwann nimmt man sich ein Glas Rotwein und überlegt sich, warum es diesen Gesetzesentwurf überhaupt gibt.“
>
> **Lorenz Jarass**

„(…) Man kann z. B. ein Gesetz wie das hier vorliegende machen, das – es ist schon erwähnt worden – in einigen Teilen ein bisschen Vereinfachung, in vielen Teilen aber auch eine Verkomplizierung bringt und das in jedem Fall aber ein riesiges neues Beschäftigungsprogramm für die Beratungsindustrie darstellt. Das ist die eine Möglichkeit. Ich bin ganz sicher, dass wir hier nächstes Jahr schon wieder zusammensitzen und über Nachbesserungen sprechen.“ [4]

Solche Prozesse machen in der Praxis einen großen Teil der Arbeit des Finanzausschusses aus. Wann aber geht es dort dann mal um grundsätzlichere Fragen? Und wie schätzen die Mitglieder diese eigentlich ein? Eine Umfrage unter den Parlamentariern sollte das beleuchten. Dazu wurden alle 37 Mitglieder des Finanzausschusses einzeln von Telepolis angeschrieben. In den Fragen ging es unter anderem um die Staatsverschuldung, die Geldschöpfung, die Rolle der EZB, Bilanzregeln, sowie die Bedeutung des Bargelds.

Der Abgeordnete, das ferne Wesen

Doch schon die simple Kontaktaufnahme mit den Abgeordneten gestaltete sich schwierig. 27 Parlamentarier reagierten überhaupt nicht, weitere 6 lehnten eine Beantwortung höflich ab, meist mit Verweis auf Zeitmangel. Fast schien es, als habe man als Journalist den Eindruck erweckt, auf der Suche nach einem risikobereiten Whistleblower à la Ed Snowden zu sein, und nicht lediglich einige fachliche Fragen an die zuständigen Politiker gesandt. Nur drei waren am Ende willens, sich zu äußern: Antje Tillmann, finanzpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Dr. Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der Linken, und, mit Einschränkung, Dr. Thomas Gambke, Mittelstandsbeauftragter der Grünen.

Als skurriler Sonderfall entpuppte sich Philipp Graf Lerchenfeld von der CSU. Lerchenfeld, ehemals Wirtschaftsprüfer bei der KPMG und derzeit derjenige Bundestagsabgeordnete mit den höchsten Nebeneinkünften reagierte als Erster auf die Anfrage und offerierte freundlich, dass er „gern antworten“ wolle. Die Email schloss mit einem jovialen: „Ihr Graf Lerchenfeld“. Doch dann, ohne weitere Erklärung, blieb auch der vermögende Graf stumm und ließ weitere Nachfragen, wann man denn mit einer Antwort rechnen könne, unbeantwortet.

Manchen Abgeordneten hatte womöglich auch irritiert, dass zunächst kein Statement des jeweiligen Fraktionssprechers gewünscht worden war, sondern, ganz unhierarchisch, tatsächlich die persönliche Einschätzung jedes einzelnen Mitglieds des Finanzausschusses. Das war wohl zu idealistisch gedacht. Eigenständige Auffassungen gegenüber den Medien äußern, unabgesprochen mit der Fraktionsführung – anscheinend keine gute Idee. Am Ende lief es dann doch auf jeweils eine Stellungnahme pro Fraktion hinaus.

Die SPD bleibt stumm

Nur die Sozialdemokraten zierten sich komplett. Ein Mitarbeiter von Lothar Binding, dem finanzpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, führte Zeitmangel an. Das Angebot, einen späteren Termin zu vereinbaren, blieb unbeantwortet. Bei einem anschließenden Telefonat mit der Vorsitzenden des Finanzausschusses, Ingrid Arndt-Brauer, ebenfalls SPD, sicherte diese zu, Herrn Binding noch einmal auf die Anfrage anzusprechen. Sie selbst könne in ihrer Funktion als Ausschussvorsitzende nicht für die Partei, sondern nur für den gesamten Ausschuss sprechen. Doch weder dieses Gespräch, noch ein weiteres Telefonat mit dem Büro von SPD-Mann Binding führte zu einem Ergebnis.

Sämtliche zehn anderen angefragten SPD-Mitglieder des Finanzausschusses blieben ebenfalls stumm.

Die Grünen versuchten zunächst in ähnlicher Weise, die Anfrage abzuwehren. Sprecher Gerhard Schick hatte nach eigenen Worten keine Zeit, das Angebot eines späteren Termins blieb unbeantwortet. Auch die Büroleiterin des grünen Mittelstandsbeauftragten Thomas Gambke sprach von „vielfältigen anderen Verpflichtungen“ des Abgeord-

Publiziert auf Free21 am 03.05.2017, 14:44 Uhr. Von Paul Schreyer auf PaulSchreyer.wordpress.com, Lizenz: Paul Schreyer

neten, zumal, so die Mitarbeiterin, „die Geldpolitik nicht in seine fachliche Zuständigkeit“ falle. Auf die verwunderte Nachfrage, ob Geldpolitik tatsächlich nicht ins Ressort eines Mitglieds des Finanzausschusses gehöre, wurde ein wenig zurückgerudert. Dann übermittelte das Büro doch noch einige Antworten, allerdings im Telegrammstil, teilweise nur als hingeworfene Begriffe ohne Erklärung und versehen mit der Einschränkung: „Diese Aussagen dürfen nicht ohne Rücksprache zitiert werden.“

Unkomplizierter agierten die finanzpolitischen Sprecher der CDU und der Linken, die beide gründlich und argumentativ auf die Fragen eingingen. Hier die Ergebnisse:

Linke wollen Banken aufspalten

Auf die Frage, welche Reformen im Finanzsektor ihrer Ansicht nach noch nötig seien, antwortete die CDU, dass man schon viel erreicht habe, aber etwa bei der Regulierung von Wertpapiergeschäften und Schattenbanken noch Handlungsbedarf sehe. Die Linke drängt, wenig überraschend, auf umfassendere Reformen. Die Banken seien immer noch viel zu groß, einer etwaigen Krise einer europäischen Großbank stehe man „nach wie vor ziemlich hilflos gegenüber“. Die Großbanken müssten daher in kleinere Einheiten aufgespalten werden. Am wichtigsten sei es aber, die Ungleichverteilung der Vermögen zu verringern, da viele Milliarden in den Händen Weniger schon vom Prinzip her „mangels rentabler Investitionsaussichten statt in der Realwirtschaft lieber auf den Finanzmärkten“ angelegt würden.

Staatsschulden „dauerhaft tragbar“, Zinsempfänger nicht so wichtig

Der nächsten Frage, ob man die Höhe der Staatsschulden für dauerhaft tragbar halte, wich die CDU aus und meinte, dass das im Haushaltsausschuss beraten würde, man aber Finanzminister Schäuble dabei unterstütze, zumindest ohne neue Schulden auszukommen. Für die Linke meinte Axel Troost, die Staatsschulden seien „dauerhaft tragbar“, auch wegen der niedrigen Zinsen.

Geld in der Hand oder bei der Bank. Wo ist unser Geld sicher? (Foto: © Pexels Photo, CC-o)

Befragt, ob man es begrüße, wenn öffentlich gemacht würde, wer die vom Bund zu zahlenden Zinsen denn im Einzelnen erhält – immerhin Jahr für Jahr zwischen 20 und 30 Milliarden Euro –, oder ob diese Zahlungen weiterhin anonym abgewickelt werden sollten, verwies die CDU wiederum pauschal auf den Haushaltsausschuss und ließ die Frage damit unbeantwortet. Axel Troost von der Linken meinte, man müsse nicht „den Namen jedes einzelnen Gläubigers kennen“, bräuchte aber im Großen und Ganzen mehr Transparenz: „Wir müssten mindestens klarer wissen, wie sich die Staatsschuldtitel zwischen den Kleinsparern und Wohlhabenden verteilen und wie stark die Normalverdiener über private und betriebliche Alterssicherung sowie ihre Versichertenverträge von Staatsanleihen abhängig sind.“

Der Nebel um die Geldschöpfung

Zum spannenden Thema Geldschöpfung blieb die CDU ebenfalls schmallippig. Direkt darauf angesprochen, ob es nicht nur der EZB, sondern auch privaten Banken erlaubt sein sollte, selbst Geld zu erzeugen (wie es heute der Fall ist), vermied Fraktionssprecherin Antje Tillmann eine klare Antwort. Ohne direkt danach gefragt worden zu sein, erläuterte sie stattdessen, weshalb ein sogenanntes Vollgeldsystem sie „bisher nicht überzeugt“ habe.

Für die Linke ist die Rückübertragung der Geldschöpfung in öffentliche Hand laut Auskunft von Axel Troost „diskussionswürdig“. „Die Machtposition der Geschäftsbanken, Giralgeld weitgehend unabhängig von der Zentralbank schaffen zu können“, sei „den meisten Menschen nicht bewusst“. Daher müsse man „offen über die volkswirtschaftlichen Vor- und Nachteile dieses Privilegs“ sprechen. Troost weiter: „Als LINKE streben wir ein vergesellschaftetes Bankensystem an, das wir uns im Wesentlichen als Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Sparkassenwesens und der genossenschaftlichen Volks- und Raiffeisenbanken vorstellen. In einem solchen stark mit der Realwirtschaft verzahnten und auf diese ausgerichteten Bankensystem ist eine eigenständige Geldschöpfung durch die Banken weniger problematisch. Sehr viel schwieriger aber lässt sich gesellschaftlich begründen, warum große private Geschäftsbanken ebenso über dieses Privileg verfügen sollten, wenn sie ihre Hauptaktivitäten gerade nicht bei der Kreditversorgung der Realwirtschaft und im normalen Zahlungsverkehr, sondern im Investment-Banking und durch Spekulation auf den Finanzmärkten entwickeln.“

Fragwürdige Bilanzregeln

Im Weiteren ging es um die internationalen Bilanzregeln IFRS, nach denen die Geschäftsabschlüsse der großen Banken – und der Aktiengesellschaften insgesamt – heute erstellt und geprüft werden. Auf die Frage, ob man es für richtig halte, dass diese Regeln derzeit von einer privaten Instanz, der IASB und der IFRS-Stiftung geschaffen und kontrolliert werden [6][7], verwies die CDU knapp auf den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, wo „diese Fragen behandelt“ würden.

Axel Troost von der Linken meinte:

> „Ich halte das für sehr fragwürdig. Natürlich ist Rechnungslegung zunächst oberflächlich eine sehr technische Materie und ohne die Einbeziehung vielerlei Fachkompetenz geht es nicht. Aber wir kommen ja auch nicht auf die Idee, die Sicherheitsstandards in Atomkraftwerken einfach nur von der Atom-Lobby festlegen zu lassen.“
>
> **Axel Troost**

Es sei „gefährlich“, die Festlegung von Rechnungslegungsstandards den „vermeintlich neutralen Experten zu überlassen“.

Funktioniert die Einlagensicherung?

Eine weitere Frage an die Ausschussmitglieder lautete: „Das Geld auf Girokonten ist rechtlich gesehen ein Kredit der Kunden an die Bank – Stichwort Gläubigerhaftung bei der Bankenkrise auf Zypern 2013. Kunden wollen aber in der Regel ihrer Bank keinen Kredit geben, sondern Geld auf einem Girokonto sicher und ohne Risiko aufbewahren. Halten Sie hier eventuell rechtliche Änderungen für nötig, im Interesse eines stabilen Geldsystems und des öffentlichen Vertrauens darin?“

Dazu meinte die CDU, es sei „unbegründet, Zweifel an der Si-

cherheit der Einlagen der Kunden zu schüren". Deutschland habe „funktionierende Einlagen-Sicherungssysteme". Änderungen seien „zum jetzigen Zeitpunkt nicht erforderlich". Die Linke berief sich in ihrer Antwort ebenfalls auf eine funktionierende Einlagensicherung. Bislang hätten die Einleger auch kein mangelndes Vertrauen in die Sicherheit ihrer Guthaben erkennen lassen.

Bargeld abschaffen?

Zur aktuellen Diskussion um das Bargeld und ob man eventuell darauf verzichten könne, meinte Antje Tillmann für die CDU: „Es gibt in der Unionsfraktion keine Pläne, das Bargeld abzuschaffen oder den Besitz von Bargeld in irgendeiner Form einzuschränken. Das Bargeld ist für die Menschen Ausdruck von Freiheit und dies stellen wir nicht in Frage. Ich möchte auch weiterhin die Möglichkeit haben, beim Bäcker oder auf dem Flohmarkt mit Bargeld bezahlen zu können." Auch die Linke meint, dass es „Bargeld weiterhin geben muss, sowohl aus Gründen der Privatsphäre wie auch der Praktikabilität." Barzahlungsobergrenzen sieht Sprecher Axel Troost hingegen weniger kritisch. Diese gäbe es schon „in den meisten Ländern" und davon sei „die Welt bislang nicht untergegangen".

Die abschließende Frage an die Mitglieder des Finanzausschusses betraf wiederum die Akzeptanz von Bargeld: „Die Bundesbank sagt: ‚Als gesetzliches Zahlungsmittel bezeichnet man das Zahlungsmittel, das niemand zur Erfüllung einer Geldforderung ablehnen kann, ohne rechtliche Nachteile zu erleiden. Im Euroraum ist Euro-Bargeld das gesetzliche Zahlungsmittel (…) In Deutschland sind auf Euro lautende Banknoten das einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel.'[8] Halten Sie es vor diesem Hintergrund für rechtlich einwandfrei, dass einige staatliche Steuern in Deutschland, z. B. die Einkommensteuer, nicht mit dem gesetzlichen Zahlungsmittel (Bargeld), sondern ausschließlich mit Giralgeld bezahlt werden dürfen? Falls ja, wie lässt sich dieser Widerspruch Ihrer Ansicht nach rechtfertigen?"

Dazu Antje Tillmann für die CDU: „Zu dieser Frage haben wir bereits einige Schreiben erhalten. Ich denke aber, dass in dieser Debatte einiges miteinander verwechselt wird. Es ist zunächst einmal richtig, dass gemäß § 14 Bundesbankgesetz auf Euro lautende Banknoten das einzige unbeschränkte Zahlungsmittel sind. Es ist allerdings nicht verboten und ist im Wirtschaftskreislauf auch allgemein verbreitet, zur Erfüllung eines Anspruchs auch andere Zahlungswege zu akzeptieren. So kann das Finanzamt wie jeder andere Akteur natürlich auch Überweisungen annehmen. Dieses Buchgeld lässt sich jederzeit durch Auszahlung in Banknoten, also gesetzliche Zahlungsmittel umwandeln. Darüber hinaus verstoßen die Finanzämter auch nicht gegen geltendes Recht: Nach § 224 Abs. 4 Abgabenordnung können die Finanzämter von der Möglichkeit Gebrauch machen, ihre Kassen für die Annahme von Bargeld zu schließen. Dies tun manche Finanzämter auch. Die zitierten Normen stellen aber den Euro als Zahlungsmittel nicht in Frage. Nur der Zahlungsweg wird vorgegeben. Dies dient der Vereinfachung des Verfahrens und soll das Steueraufkommen des Staates und damit der Allgemeinheit sicherstellen. In Härtefällen können die Finanzbehörden aber auch Barzahlungen zulassen."

Schließung öffentlicher Kassen für Bargeld „nicht okay"

Der Finanzjournalist Norbert Häring, Autor eines Buches zum Thema [9] kommentiert dazu auf Nachfrage, die Antwort sei insofern falsch, „als die Abgabenordnung das Schließen der Kassen unter Bedingungen stellt, die nicht erfüllt werden, namentlich, dass bestimmte Banken ermächtigt und beauftragt werden, Zahlungen gegen Quittung anzunehmen. Das geschieht nicht. Vielmehr wird man auf den normalen und teuren Barüberweisungsweg verwiesen. Das ist aber nicht gegen Quittung, und dass es Geld kostet, ist auch nicht okay."

Axel Troost von der Linken beantwortete die Frage folgendermaßen: „Ob etwas dem Gesetz entspricht, überlasse ich in der Bewertung vorzugsweise den Juristen. Über die Intention des Gesetzes selbst muss ich mir als Abgeordneter aber natürlich eine Meinung bilden. Und die Intention ist richtig, dass ich als Inhaber von Euro-Bargeld erwarten können muss, dass dieses Geld auch akzeptiert wird. Von daher finde ich es wenig plausibel, dass ein Finanzamt eine Barzahlung grundsätzlich ablehnen darf. Ich gehe mal davon aus, dass sich mit dieser Frage bereits einige Gerichte befassen oder es sogar erste Urteile gibt. Wenn das letztinstanzlich geregelt ist, sollten wir als Gesetzgeber über Nachbesserungsbedarf reden."

Quellen:

[1] **Basisinformationen des Finanzausschusses** des Bundestages, ‹https://www.bundestag.de/ausschuesse18/a07/basisinformationen/286764›

[2] **Informationen zu öffentlichen** Anhörungen des Finanzausschusses des Bundestages, ‹http://www.bundestag.de/ausschuesse18/a07/anhoerungen/-/277770›

[3] **Deutscher Bundestag –** Finanzausschuss, Drucksache 18/8099, Beschlussempfehlung und Bericht zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung eines 1. Gesetzes zur Novellierung von Finanzmarktvorschriften aufgrund europäischer Rechtsakte (Erstes Finanzmarktnovellierungsgesetz – 1. FiMaNoG), ‹http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/080/1808099.pdf›

[4] **Deutscher Bundestag –** Finanzausschuss, Wortprotokoll der 78. Sitzung des Finanzausschusses am 9. Mai 2016, ‹http://www.bundestag.de/blob/424522/22fbaebd0888d8faceab564dbabcbaee/protokoll-data.pdf›

[5] **www.spiegel.de, Christina Elmer,** Christina Hebel, „Das sind die Top-Verdiener im Bundestag", ‹http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestag-so-viele-nebeneinkuenfte-haben-die-abgeordneten-a-1045916.html›

[6] **https://de.wikipedia.org, Wikipedia-Artikel zu** „International Financial Reporting Standards", ‹https://de.wikipedia.org/wiki/International_Financial_Reporting_Standards›

[7] **https://de.wikipedia.org, Wikipedia-Eintrag zu** „International Accounting Standards Board",
‹https://de.wikipedia.org/wiki/International_Accounting_Standards_Board›

[8] **www.bundesbank.de, Glossar „Gesetzliches** Zahlungsmittel",
‹http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Service/Glossar/_functions/glossar.html?lv2=32032&lv3=62252›

[9] **http://www.deutschlandradiokultur.de, Norbert Häring** im Gespräch mit Christian Rabhansl, „Bargeldlos in die totale Überwachung" ‹http://www.deutschlandradiokultur.de/norbert-haering-die-abschaffung-des-bargelds-und-die-folgen.1270.de.html?dram:article_id=348156›

Autor:

Paul Schreyer

Jahrgang 1977, ist Autor und freier Journalist, unter anderem für Telepolis und die NachDenkSeiten. Er veröffentlichte mehrere Sachbücher zu den Anschlägen von 9/11. Sein 2014 gemeinsam mit Mathias Bröckers verfasstes Buch „Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren" wurde ein Spiegel-Bestseller. Paul Schreyer lebt in Mecklenburg-Vorpommern.

paulschreyer.wordpress.com/

Dieser Text wurde zuerst am 31. Mai 2016 auf paulschreyer.wordpress.com unter der URL ‹https://paulschreyer.wordpress.com/2016/05/31/der-bundestag-und-das-geldsystem/› veröffentlicht. (Lizenz: Paul Schreyer)

‹http://www.free21.org/?p=27319›

Das Finanzministerium, der „Deep State“ und **das Geldsystem**

Steuermilliarden verschwinden als Zinszahlungen für Schulden bei der Luxemburger Wertpapier-Verwaltungsgesellschaft Clearstream. (Foto: Pixels, CCo | Logo: BMF, gemeinfrei | Logo: Clearstream®)

Follow the money! (Teil 2) *Welche Rolle spielt das Finanzministerium im Machtpoker der Banken? Ist es Gegenspieler oder eher Teil eines „Deep State“? Und wer verdient eigentlich an den Staatsschulden?*

von Paul Schreyer

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gehört in Umfragen regelmäßig zu den beliebtesten Politikern des Landes. Im März führte er die Riege der populärsten Köpfe sogar an: 65 Prozent der Befragten waren mit seiner Arbeit zufrieden, so meldete ARD Deutschlandtrend.[1] Schäuble erscheint vielen offenbar als beruhigender, vertrauenswürdiger Pol im allgemeinen Chaos.

Aktuell verwaltet er Haushaltsüberschüsse, Deutschland kann sich zugleich problemlos neu verschulden, dank niedriger Zinsen und angesichts von Großinvestoren, die auf Sicherheit bedacht sind und dem Staat gerne Geld leihen, selbst wenn sie dabei draufzahlen müssen. Alles bestens also?

In einem ihrer Monatsberichte warnte die Bundesbank jüngst: „Das derzeit sehr niedrige Zinsniveau täuscht über die dauerhaften Lasten aus hohen Staatsschulden hinweg und lässt die Lage der Staatsfinanzen zu günstig erscheinen.“[2]

Was damit gemeint ist, dürfte klar sein: Deutschland hat derzeit Schulden von etwa 1.100 Mrd. Euro angehäuft (nur der Bund, ohne die Länder und Kommunen). Selbst beim aktuell niedrigen Zinsniveau kostet das den Staat und damit die Steuerzahler 2017 gut 20 Milliarden Euro für Zinsen – viertgrößter Posten im Haushalt, noch vor den Ausgaben für Bildung oder für Gesundheit. Dieses Geld fehlt selbstverständlich anderswo. Zum Vergleich: Für Hartz IV werden in diesem Jahr ca. 21 Milliarden Euro ausgegeben, also fast genau die gleiche Summe, die parallel an reiche Gläubiger fließt. Von 2012 bis 2016 summierten sich die Zinszahlungen Deutschlands auf mehr als 130 Mrd. Euro.

Eine Nachfrage beim Finanzministerium, ob es irgendeinen konkreten Plan zum Abbau der Staatsschulden gibt, wurde nur ausweichend beantwortet. Der Minister habe bekanntlich Anfang des Jahres vorgeschlagen, den aktuellen Überschuss von 6 Mrd. Euro für die Schuldentilgung einzusetzen, so ein Sprecher.[3] Dies sei „der richtige Weg“. Im Übrigen werde das Verhältnis der Schulden zum Bruttoinlandsprodukt, die sogenannte „Schuldenstandsquote“, seit Jahren immer niedriger. Die Schulden seien also kein großes Problem, so die Botschaft.

Schäubles Plan, den Überschuss zum Schuldenabbau zu verwenden, scheiterte mittlerweile an der SPD. Doch selbst wenn er durchgeführt worden wäre, hätten sich die Schulden damit ja lediglich von 1.100 Mrd. auf 1.094 Mrd. Euro verringert, also um 0,5 Prozent.

Bei angenommenen konstanten Zahlungen in dieser Größenordnung und hypothetisch ewiger Konjunktur wären Deutschlands Kredite mit dieser Methode nach 200 Jahren abgezahlt.

Ein solcher Schuldenabbau kann kaum eine ernsthafte Strategie sein. Schäubles Vorschlag war denn wohl auch eher ein symbolisches Signal an die „Finanzmärkte“, sollte also vor allem den mächtigen Investoren gefallen, indem man ihnen vermittelte, dass überschüssige Gelder im Zweifel zuerst an sie fließen.

Weitergehend befragt zu Plänen für einen Schuldenabbau teilte das Ministerium so knapp wie nebulös mit, es stelle sich die Frage, „ob ein kompletter Abbau der Gesamtverschuldung ökonomisch sinnvoll ist“. Aus der Perspektive der Bürger ist er das zweifellos. Jährliche Zinsausgaben im zweistelligen Milliardenbereich sind alles andere als sinnvoll für das Gemeinwesen. Dass zudem längst weitere, durchaus praktikable Modelle für einen Abbau der Staatsschulden existieren[4], ist dem Ministerium offenbar nicht bekannt, oder wird absichtlich nicht debattiert.

Wer bekommt die Zinsen?

Eine spannende Frage lautet in diesem Zusammenhang, an wen die 20 Milliarden Euro für Zinsen konkret fließen. Zum Vergleich: Hartz IV-Empfänger sind den Behörden selbstverständlich namentlich bekannt und müssen für den Empfang der Staatsgelder so gut wie alles offenlegen, was irgendwie mit ihrem Vermögen und ihren Lebensumständen zusammenhängt. Bei den Zinsempfängern ist das anders. Hier kennt der Staat noch nicht einmal die Namen derjenigen, an welche die Steuermilliarden fließen.

Die Gläubiger erhalten ihre Zahlungen abgeschirmt und intransparent, vermittelt über die Firma Clearstream. Das Finanzministerium überweist nur eine Gesamtsumme an Clearstream. Erst von dort aus, und gegebenenfalls noch vermittelt über weitere Wertpapierverwahrer, werden die einzelnen Beträge dann an die jeweiligen Gläubiger transferiert.

clearstream | DEUTSCHE BÖRSE GROUP

Clearstream | Deutsche Börse Group mit Sitz in Luxemburg transferiert 20 Mill. Euro Zinszahlungen jährlich an die Gläubiger. Informationen zu Clearstream unter ‹http://www.clearstream.com› (Logo: Clearstream®)

Bekannt ist nur, dass 86 Prozent der deutschen Staatsanleihen im Ausland gehalten werden, wie man einem Bericht des Finanzministeriums entnehmen kann [5]. Ein Sprecher teilte dazu auf Nachfrage mit: „Insofern kennen nur die Depotbanken die in- und ausländischen Besitzer von Bundeswertpapieren. Diese Informationen stehen dem Bund nicht zur Verfügung.“

Um Auskunft darum gebeten, weshalb es dem Staat nicht möglich sei, diese Informationen von

den Banken zu erhalten, wurde darauf verwiesen, dass die Staatsanleihen als „Inhaberpapiere formlos übertragen werden können". Doch die jeweils im Auftrag kaufenden und verkaufenden Banken kennen ja ihre Kunden. Dass die Wertpapiere häufiger den Besitzer wechseln, heißt nicht, dass die zeitweiligen Besitzer den Banken unbekannt wären.

Weshalb das Ministerium nicht in der Lage sein will, die Identitäten der Anleihenhalter von den Banken zu erfragen, blieb offen. Transparenz ist an dieser Stelle offenkundig nicht erwünscht – aber sehr wohl möglich.

Der damalige oberste Bundesschuldenverwalter Gerhard Schleif etwa ließ in einem Zeitungsinterview im Jahr 2006 auf die Frage, ob er die Gläubiger des Bundes kenne, durchblicken:

„98 bis 99 Prozent der Kreditaufnahme laufen über Auktionen. Wir wissen also zunächst nur, dass die daran beteiligten 39 Banken die Papiere kaufen. Um diese Frage konkreter als bisher beantworten zu können, haben wir mit dem weit überwiegenden Teil der Banken eine Vereinbarung geschlossen: Seit Anfang vergangenen Jahres (2005; Anm. P.S.) informieren sie uns, mit wem sie diese Wertpapiere handeln, wohin sie die verkaufen. Wir arbeiten noch an der Auswertung."[6]

Seither hat man von dieser Auswertung nichts mehr gehört. Klar ist, dass es hier nicht um Kleinsparer geht. Auf die Nachfrage, welcher Anteil am Volumen der ausgegebenen Staatsanleihen von privaten Bürger gehalten wird, heißt es aktuell aus dem Ministerium: „Schätzungen zufolge liegt der Anteil der Privathaushalte am Volumen der insgesamt umlaufenden Bundeswertpapiere zum Jahresultimo 2016 bei deutlich unter 1 Prozent, genaue Angaben liegen nicht vor."

Dass das Finanzministerium kein Interesse an einem umfassenden Abbau der Staatsschulden zeigt (Pläne dazu liegen, wie gesagt, nicht vor) und auch keine Anstrengungen unternimmt, die Namen der Gläubiger transparent zu machen, legt nahe, dass die Behörde hier eher im Sinne ebenjener Banken und Investoren agiert als im Interesse des Landes. Tatsächlich gibt es auch personell enge Verbindungen, die diese These untermauern.

Unternehmensberater als Abteilungsleiter

So berief Wolfgang Schäuble 2011 den Anwalt Levin Holle zum Chef der einflussreichen Abteilung für Finanzmarktpolitik. Holle leitete zuvor als Seniorpartner das Berliner Büro der Unternehmensberatung Boston Consulting Group.

BCG
THE BOSTON CONSULTING GROUP

The Boston Consulting Group empfahl 2004, die Politik solle günstige Rahmenbedingungen schaffen, um faule Kredite im großen Stil an den Börsen verkaufen zu können. Informationen zu The Boston Consulting Group unter ‹https://www.bcg.com/› (Logo: BCG®)

Ebenjene Beratungsfirma hatte 2004 im Auftrag des Finanzministeriums ein Gutachten erstellt, das ganz im Sinne der großen Banken empfahl, die Politik solle günstige Rahmenbedingungen schaffen, um „leistungsgestörte Kredite" verbriefen zu können – oder mit anderen Worten: faule Kredite im großen Stil an den Börsen zu verkaufen. Kreditverbriefungen, also durch unsichere Kreditforderungen „besicherte" Wertpapiere, pumpten die Spekulationsblase weiter auf, bevor es 2008 zum Crash kam.

Führende Banken hatten sich zuvor, 2004, zu einem Lobby-Verband namens „True Sale International" zusammengeschlossen, um Kreditverbriefungen in Deutschland zu etablieren[7]. Zum Beirat dieser Lobby-Gruppe gehörte seit der Gründung auch ein Vertreter des Finanzministeriums. Die Behörde agierte dabei weniger als Kontrolleur, denn als wohlwollender Mitspieler.

Zunächst übernahm den Beiratsposten Abteilungsleiter Jörg Asmussen, der in einem Aufsatz von 2006 die riskanten Verbriefungen persönlich empfahl und ankündigte, sein Ministerium werde den Banken in diesem Zusammenhang „keine unnötigen Prüf- und Dokumentationspflichten" vorschreiben[8]. Asmussen machte in der Folge große Karriere, erst als Staatssekretär im Finanzministerium, dann im Direktorium der EZB, seit 2016 schließlich als „Managing Director" der Privatbank Lazard.

Die Funktion von Asmussen im Finanzministerium übernimmt seit einigen Jahren nun mehr oder weniger der erwähnte Levin Holle von der Boston Consulting Group, die mit ihrer geschilderten Beratungstätigkeit eher Teil des Problems als der Lösung sein dürfte. In einem Zeitungsinterview erläuterte Holle 2016:

> „Die Abteilung, die ich leite, ist für spannende Themen zuständig: die Rolle der Banken in der Euro-Krise, die Regulierung der Finanzmärkte, die private Altersvorsorge und das Schuldenmanagement des Bundes. Ich fand es sehr reizvoll, in einem Ministerium an diesen Themen mitzuwirken. (…) Wir stellen fast nur Leute ein, die vorher im Privatsektor gearbeitet haben. Viele waren drei, vier, fünf Jahre bei einer großen Kanzlei oder einem Unternehmen und haben sich dann bewusst beim Staat beworben."[9]
>
> **Levin Holle, 2016**

Das Milieu zwischen Banken und Politik, dem der Berater entstammt, ist typisch. Holle war 1991 zunächst Vizechef der CDU-nahen Studentenvereinigung RCDS. Der damalige RCDS-Chef Marcel Kaufmann ist heute Partner bei der Bankenlobby-Kanzlei Freshfields [10], derzeit die umsatzstärkste Kanzlei in Deutschland[11]. Zur Erinnerung: Freshfields formulierte unter anderem 2008 im Auftrag des Finanzministeriums den Entwurf zum Gesetz für die milliardenschwere Bankenrettung. Nicht Abgeordnete, sondern die Anwälte der Bankenkanzlei hatten das Gesetz praktisch erdacht.

Finanzieller „Deep State"?

Solche Personalien erwecken den Eindruck, als existiere im Grunde kein Interessensgegensatz zwischen Finanzministerium und privatem Bankensektor, als strebten vielmehr alle in schönstem Einvernehmen das gleiche an, nämlich „optimal funktionierende Finanzmärkte".

Nur: Wer setzt den Bankern Grenzen und Regeln, wenn ein Ministerium mangels Souveränität und Sachverstand praktisch offiziell von Lobbyisten mitgeleitet wird?

Man kann diskutieren, ob der Begriff „Deep State" in diesem Zusammenhang passend ist. In der Regel wird damit ein personell eng verflochtenes Milieu aus Regierungsbeamten, Geheimdienstleuten, Militärs und Geldadel bezeichnet, die unabhängig von Wahlergebnissen und Staatspräsidenten dafür sorgen, dass die Macht der eigenen Kreise gesichert bleibt. [12]

Wenn man zudem in Rechnung stellt, dass der Finanzsektor traditionell eng mit den Geheimdiensten verknüpft ist (die CIA wurde praktisch von Unternehmensanwälten und Wall-Street-Bankern gegründet [13]) und bis heute auf Spitzenebene zwischen Finanzkonzernen und Geheimdiensten ein reger Personalwechsel herrscht[14] (vor

Publiziert auf Free21 am 21.04.2017, 13:44 Uhr. Von Paul Schreyer auf PaulSchreyer.wordpress.com, Lizenz: Paul Schreyer

allem in den USA, aber auch in Deutschland[15]), dann ist es naheliegend, den Finanzsektor als treibenden Akteur eines „Deep State“ zu sehen.

Der ehemalige Air-Force-General, NSA- und CIA-Chef Michael Hayden meinte jüngst im Interview mit CNN, er wolle den sogenannten „Deep State“ lieber als „permanente Regierung“ bezeichnen. Deren Mitglieder, zu denen er selbst auch gehöre, seien nüchterne „Profis“: „Sie wählen, sie haben Ansichten, aber als Profis wissen sie, was zu tun ist.“ [16]

So ähnlich würden es vielleicht auch Wolfgang Schäuble, Jörg Asmussen oder Levin Holle sehen. Im Finanzministerium lässt sich die Tradition einer „permanenten Regierung“, zu der man einige einflussreiche Abteilungsleiter und Staatssekretäre zählen könnte, zumindest in groben Zügen nachzeichnen. In den 1980er Jahren gehörte dazu Hans Tietmeyer (später Präsident der Bundesbank), in den 1990ern dann Horst Köhler (später IWF-Chef, dann Bundespräsident) und Klaus Regling (später Generaldirektor für Wirtschaft und Finanzen der EU-Kommission, mehrfach Chef von Hedgefonds, sowie aktuell Direktor des mächtigen „permanenten Euro-Rettungsschirms“ ESM). Regling war es übrigens auch, der Jörg Asmussen in den 90er Jahren im Finanzministerium eingestellt hatte.

Teilweise bilden solche „Profis“ schon Ansätze zu Familiendynastien, gelegentlich mit Verbindung zu den Medien. Lars-Hendrik Röller, seit 2011 Merkels engster und höchststehender Finanz- und Wirtschaftsberater im Kanzleramt, ist der Sohn des ehemaligen Chefs der Dresdner Bank Wolfgang Röller. Ein weiterer Sohn, Ulf Röller, agiert als Washington-Korrespondent des ZDF. Wolfgang Schäubles Schwiegersohn Thomas Strobl ist aktuell Innenminister von Baden-Württemberg, dessen Staatssekretär Martin Jäger war vormals Schäubles Pressesprecher im Finanzministerium, davor Cheflobbyist von Daimler. Die Frau des Baden-Württembergischen Innenministers, Schäubles Tochter Christine Strobl, ist zugleich Programm-Geschäftsführerin des ARD-Unternehmens Degeto Film.

Macht etabliert sich, verknüpft sich, schlägt Wurzeln – daran ist nichts ungewöhnlich, allerdings auch wenig demokratisch. Eines der Probleme scheint zu sein, dass man im Finanzministerium und anderswo in öffentlichen Behörden mittlerweile auf externen Sachverstand tatsächlich angewiesen ist. Demokratische Abläufe werden dadurch unterminiert und letztlich zersetzt.

Wenn Finanzsektor und Ministerium sich geräuschlos arrangieren, Personal fließend miteinander austauschen und zu einem intransparenten Netz verwachsen, wenn ewige Schulden und eine stetige Abhängigkeit des Staates von privaten Gläubigern die Geschäftsgrundlage für alles Weitere sind, dann wird es nicht demokratisch sondern ganz im Gegenteil feudal.

Aufrufe zu mehr Demokratie und einem lebendigen Europa der Bürger könnten und sollten an dieser Stelle ansetzen. Dass eine Initiative, die nun den „Pulse of Europe“[17] neu beleben will, gerade von Frankfurter Unternehmensanwälten lanciert wird[18] und nichts von all dem thematisiert, passt da wieder ins Bild.

Unterstütze Free21.org

donate

Vereins-Spenden-Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Quellen:

[1] www.tagesschau.de, ARD-DeutschlandTREND März 2017 – Eine Studie im Auftrag der tagesthemen, S.10, ‹https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-739.pdf›

[2] www.bundesbank.de, Monatsbericht Februar 2017, 69. Jahrgang, Nr. 2, ‹http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichte/2017/2017_02_monatsbericht.pdf?__blob=publicationFile›

[3] www.bundesfinanzministerium.de, Pressemitteilung zum vorläufigen Haushaltsabschluss 2016 vom 12.01.2017 ‹http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2017/01/2017-01-12-pm02.html›

[4] www.eurorettung.org, Thomas Mayer, „Vollgeld mit vollständiger Staatsentschuldung“, ‹http://www.eurorettung.org/124.html›

[5] http://www.bundesfinanzministerium.de, Bericht des Bundesministeriums der Finanzen über die Kreditaufnahme des Bundes im Jahr 2015, ‹http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Abt_2/Kreditaufnahmebericht-2015.pdf?__blob=publicationFile&v=2›

[6] www.zeit.de, Robert von Heusinger, „Wir bekommen die billigsten Kredite“– Interview mit Gerhard Schleif, DIE ZEIT, 02/2006 ‹http://www.zeit.de/2006/02/Wir_bekommen_die_billigsten_Kredite/komplettansicht›

[7] www.true-sale-international.de, Eigendarstellung der True Sale International, ‹https://www.true-sale-international.de/›

[8] www.hintergrund.de, Paul Schreyer, „Manager im Ministerium“ vom 28.08.2009, ‹https://www.hintergrund.de/wirtschaft/wirtschaft-inland/manager-im-ministerium/›

[9] www.zeit.de, Manuel J. Hartung und Elisabeth Niejahr, „Der Druck ist viel höher“ – Interview mit Katrin Suder und Levin Holle, DIE ZEIT, 22/2016 ‹http://www.zeit.de/2016/22/staatsdiener-quereinsteiger-wechsel-grosskonzern-ministerium/komplettansicht›

[10] lobbypedia.de, Artikel: Freshfields Bruckhaus Deringer, ‹https://lobbypedia.de/wiki/Freshfields_Bruckhaus_Deringer›

[11] www.juve.de, „Kanzleiumsätze 2015/16“, ‹http://www.juve.de/rechtsmarkt/umsatzzahlen›

[12] www.whowhatwhy.org, Peter Dale Scott, „Donald J. Trump and the Deep State, Part 1“, ‹http://whowhatwhy.org/2017/02/06/donald-j-trump-deep-state-part-1/› [13] Peter Dale Scott, The Road to 9/11: Wealth, Empire, and the Future of America, S.12, ISBN-13: 978-0520258716

[14] www.heise.de, Paul Schreyer, „Wer lenkt die Dienste?“ auf Telepolis am 1.08.2013, ‹https://www.heise.de/tp/features/Wer-lenkt-die-Dienste-3399941.html?seite=2›

[15] www.spiegel.de, heb/dapd/dpa, „Ex-Geheimdienstchef Uhrlau heuert bei der Deutschen Bank an“ am 05.02.2012, ‹http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/ex-geheimdienstchef-uhrlau-heuert-bei-der-deutschen-bank-an-a-813480.html›

[16] CNN.com, Anderson Cooper, „Anatomy of An Unproven Claim“ – Interview mit Michael Hayden, 6.03.2017, ‹http://edition.cnn.com/TRANSCRIPTS/1703/06/acd.01.html›

[17] pulseofeurope.eu, vertreten durch Dr. Daniel Röder, Let's be the Pulse of Europe! – Unsere Beweggründe, ‹http://pulseofeurope.eu/›

[18] www.freitag.de, Martin Betzwieser, „Zehn Fragen an Dr. Daniel Röder“ vom 31.3.2017 ‹https://www.freitag.de/autoren/martin-betzwieser/zehn-fragen-an-dr-daniel-roeder›

Autor:

Paul Schreyer

Jahrgang 1977, ist Autor und freier Journalist, unter anderem für die Magazine „Telepolis“ und „Global Research“. Er veröffentlichte mehrere Sachbücher zu den Anschlägen von 9/11 und publizierte zu diesem Thema auch in englischer Sprache. 2013 referierte Schreyer an der Seite von Dr. Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht, auf einer Juristen-Konferenz an der Universität Bremen zum Stand der Ermittlungen bei 9/11. Sein 2014 gemeinsam mit Mathias Bröckers verfasstes Buch „Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren“ wurde ein Spiegel-Bestseller.

https://paulschreyer.wordpress.com/

Dieser Text wurde zuerst am 9. April 2017 auf paulschreyer.wordpress.com unter der URL ‹https://paulschreyer.wordpress.com/2017/04/09/das-finanzministerium-der-deep-state-und-das-geldsystem/#more-945› veröffentlicht. (Lizenz: Paul Schreyer)

‹http://www.free21.org/?p=27382›

Wer regiert die Welt?

Geld regiert die Welt, wie der Volksmund weiß. Nur: Wer regiert eigentlich das Geld? Und wie? Wie kommt es, dass fast alle Parteien inzwischen für dieselbe vermeintlich alternativlose Politik des Sozialabbaus und der Verelendung stehen? Wer zieht wie die Strippen im Hintergrund? Und wie kann die „marktkonforme Demokratie" [1] à la Merkel, in der wir leben, wieder zu einer Gesellschaft werden, die den Menschen dient? Zu diesen Fragen sprach Jens Wernicke mit dem Autor und Publizisten Paul Schreyer, dessen aktuelles Buch dem Thema „Banken, Demokratie und Täuschung" nachspürt.

von Jens Wernicke

JENS WERNICKE: *Herr Schreyer, gerade erschien Ihr Buch „Wer regiert das Geld?" [2]. Warum dieses Buch zu eben dieser Zeit? Haben Sie sich auf die Suche nach einer Schattenregierung aus bösen Finsterlingen hinter dem, was sich uns als Demokratie darbietet, gemacht?*

PAUL SCHREYER: Anhänger einer großen Weltverschwörung bin ich nicht. Mich hat einfach interessiert, wie das Geldsystem funktioniert, wer in diesem System Verantwortung trägt und Macht ausübt. Ich finde es dumm, jede kritische Beschäftigung mit diesem Thema automatisch unter „Verschwörungstheorie"-Verdacht [3] zu stellen.

JENS WERNICKE: *Es geht also um … die Macht der finanziellen Eliten?*

PAUL SCHREYER: Die spannende Frage lautet, wo genau im System diese Macht eigentlich verankert ist und wie das Geldsystem konkret funktioniert.

JENS WERNICKE: *Sie verwenden immer wieder den Begriff „Geldsystem". Was meinen Sie damit genau?*

PAUL SCHREYER: Es geht um die Prinzipien und Regeln, nach denen Geld heute zuerst geschaffen und danach verteilt wird. Das Geld ist ja nicht einfach da. Jemand erzeugt es zunächst. Das fällt oft unter den Tisch. In der Regel wird in der Öffentlichkeit nur darüber diskutiert, wie Banken, Konzerne oder einzelne Reiche das bereits zirkulierende Geld bei sich anhäufen – und ob das in diesem Ausmaß akzeptabel sei. Man sollte aber noch eine Ebene höher gehen: Wer schöpft überhaupt neues Geld? Und mit welcher Legitimation geschieht das?

JENS WERNICKE: *Und, wie lautet die Antwort?*

PAUL SCHREYER: Fragt man Menschen auf der Straße, dann denken die meisten, dass das Geld von der Zentralbank oder der Regierung geschaffen wird. Dazu gibt es Umfragen in verschiedenen Ländern – in Deutschland [4], der Schweiz, Großbritannien [5]. Überall glaubt die große Mehrheit der Leute, ja, glauben teilweise sogar die Parlamentsabgeordneten [6], dass eine öffentliche Stelle das Geld erzeugen würde. Aber das ist falsch. Nur das Bargeld wird heute noch von Zentralbanken oder der Regierung erzeugt. Und Bargeld macht inzwischen weniger als 20 Prozent des umlaufenden Geldes aus. Das meiste Geld ist heute Giralgeld, also die Beträge auf unseren Girokonten, mit denen wir bezahlen – zum Beispiel via Lastschrift oder EC-Karte. Dieses Geld aber schaffen die privaten Banken.

Vernichtung von Papiergeld (nl.wikipedia.org / Foto by Pahl Georg / CC-BY-SA 3.0)

JENS WERNICKE: *Das müssen Sie erklären.*

PAUL SCHREYER: Das tue ich im Detail in meinem Buch – und nebenbei gesagt: Es ist längst überfällig, dass dieses Wissen ganz normal an den Schulen und Universitäten gelehrt wird. Erst langsam werden einige Lehrbücher aktualisiert [7]. Worum es geht: Neues Geld entsteht immer dann, wenn eine Bank einen Kredit vergibt. Verleiht sie tausend Euro, dann entstehen tausend Euro neu. Entgegen der landläufigen Überzeugung werden keine Spareinlagen anderer Bankkunden verliehen. Das ist ein Mythos, der sich hartnäckig hält. In Wahrheit wird kein anderes Konto verringert, wenn ein Kreditnehmer Geld von einer Bank bekommt. Diese Geldschöpfung der privaten Banken macht einen großen Teil ihrer gesellschaftlichen Macht aus.

JENS WERNICKE: *Inwiefern?*

PAUL SCHREYER: Es ist eigentlich simpel. Alle Entscheidungsgewalt und Souveränität einer Gesellschaft läuft am Ende auf zwei schlichte Fragen hinaus: Wer darf das Geld erschaffen? Und wer entscheidet dann über seine Verwendung? Der Clou daran: Heute erzeugen und verteilen Goldman Sachs, Barclays, Deutsche Bank und Co. fast alles Geld. Daher rührt die Macht dieser Banken, und zwar nicht nur gegenüber Privatleuten und Firmen, die auf Kredite angewiesen sind, sondern auch gegenüber Regierungen. So gut wie alle Staaten sind heute permanent bei diesen Banken verschuldet. Die absolute Souveränität liegt immer beim Geldschöpfer. Historisch gesehen war die Geldschöpfung stets das Vorrecht der eigentlichen Herrscher und Könige.

JENS WERNICKE: *Sie verorten in diesem Prozess also einen der Gründe, warum die Zustände in diesem und in anderen Ländern immer mehr an Diktatur denn an Demokratie erinnern?*

PAUL SCHREYER: In meinem Buch beschreibe ich die Entwicklung in dieser Frage. Ich schildere zum Beispiel sehr detailliert den Kampf um die Geldmacht und das Geldsystem in Amerika von 1700, also noch vor Gründung der USA, bis 1900, sowie in Deutschland von 1800 bis ins 20. Jahrhundert hinein. Sowohl in den USA wie auch in Deutschland wurden nahezu unablässig politische Kämpfe um die Macht über die Geldschöpfung ausgefochten. Es ging immer darum, was staatlich bzw. öffentlich kontrolliert sein soll und was privat. Heute ist das fast vergessen, weil wir in unserem Geschichtsbild so sehr auf die Zeit ab 1945 fixiert sind und vieles durch die Brille „Kommunismus oder Kapitalismus" sehen. Die Kämpfe um die Macht über das Geld sind aber viel älter – und zugleich hochaktuell.

JENS WERNICKE: *Sie haben meine Frage nicht beantwortet.*

PAUL SCHREYER: Ganz kurz gesagt: Man kann nicht über Demokratie reden und dabei über das System der Herstellung von Geld in einer Gesellschaft schweigen – das

Publiziert auf Free21 am 14.03.2017, 17:28 Uhr, von Paul Schreyer auf www.nachdenkseiten.de, Lizenz: Paul Schreyer

gilt heute wie vor hundert Jahren. Wirklich souverän sind immer nur diejenigen, die den ersten Zugriff auf neues Geld haben und dieses dann verleihen. Der deutsche Staat ist im Wesentlichen bei den sogenannten „systemrelevanten" internationalen Großbanken verschuldet – also etwa bei der Deutschen Bank, Barclays, BNP Paribas oder Goldman Sachs, wie man auf der Seite der Deutschen Finanzagentur nachlesen [8] kann, einer Behörde, die dem Bundesfinanzministerium untersteht. Eine solche Verschuldung der Allgemeinheit bei einer kleinen Gruppe von sehr reichen Menschen macht echte demokratische Entscheidungen im Kern unmöglich. Alles steht dann unter dem Vorbehalt des Willens und der Wünsche dieser Geldverleiher. Darüber wird aber nicht gesprochen – und die konkreten Verleiher, die hinter den Banken stehen, sind heute namentlich auch nicht öffentlich bekannt. Diese Situation besteht übrigens schon länger, als vielen bewusst ist. Seit mehr als 150 Jahren sind der deutsche Staat bzw. damals noch Preußen permanent bei einem Konsortium von Großbanken verschuldet. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde dazu das sogenannte „Preußen-Konsortium" [9] gegründet, ein Kreis von Großbanken, bei denen sich der Staat kontinuierlich verschuldete. Heute nennt sich das entsprechende Bankenkonsortium „Bietergruppe Bundesemissionen" [10] – das Prinzip aber ist das Gleiche geblieben.

JENS WERNICKE: *Wie sehen Sie denn die Situation heute? Befinden wir uns Ihrer Ansicht nach auf dem Weg in eine Postdemokratie?*

PAUL SCHREYER: Der Begriff Postdemokratie unterstellt, dass es schon einmal eine Demokratie gab. Eben das aber steht in Frage, wenn man die beschriebenen Verschuldungs- und damit Machtverhältnisse betrachtet. In diesem Sinne haben wir keine Postdemokratie, sondern eher eine Prä-Demokratie – also eine, die noch keine ist und die bislang auch erst in Ansätzen eine solche war. Die Tendenz zeigt zurzeit auf jeden Fall nicht in eine positive Richtung.

JENS WERNICKE: *Reden wir also über Klassenkampf? Und wenn ja: Wer kämpft da gegen wen? Sind es die Armen und Arbeitenden gegen „die Millionäre"? Oder sprechen wir davon, dass sich, wie etwa der Publizist Werner Rügemer konstatiert [11], inzwischen eine „internationale Kapitalistenklasse" herausgebildet hat, die institutionalisiert entrechtet, umverteilt, Kriege forciert etc., kurzum also: einen immer größer werdenden Teil der Menschheit ausbeutet, entrechtet, unterdrückt?*

PAUL SCHREYER: Der Begriff Klassenkampf klingt für viele sicher veraltet und erinnert ja auch an die ideologischen Schlachten der Vergangenheit. Allerdings verwendet heute sogar mancher Chefkapitalist das Wort wieder. Der berühmte Investor und Multimilliardär Warren Buffet etwa meinte [12]2004 in einem persönlichen Gruß an seine Aktionäre: „If class warfare is being waged in America, my class is clearly winning." Also übersetzt: „Wenn es einen Klassenkampf in Amerika gibt, dann ist meine Klasse eindeutig dabei, ihn zu gewinnen." Zu dieser Klasse gehören neben den Eigentümern und Managern der Großbanken auch die global tätigen Investmentfonds, die zwar selbst kein Geld schöpfen können wie die Banken, die aber ebenso über Verteilungsmacht beim Investieren von fremden Vermögen verfügen. Um diese Geldschöpfungs- und Geldsammelstellen gruppieren sich international arbeitende Dienstleister, wie Ratingagenturen, Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberatungen. Gemeinsam bilden all diese Finanzkonzerne de facto eine transnationale Interessengruppe, die man ebenso gut als „Klasse" bezeichnen kann. Und dieser in absoluten Zahlen sehr kleinen Gruppe von Menschen steht nun im Grunde die gesamte übrige Menschheit gegenüber: Eine winzige Gruppe hat ein System perfektioniert, das 99,99 Prozent der Leute mehr oder weniger für sich arbeiten lässt. Mit freier Marktwirtschaft hat das wenig zu tun – die meisten Unternehmer werden ja von diesem Finanzklüngel ganz ähnlich manipuliert und ausgenommen wie der „Normalbürger".

JENS WERNICKE: *Und wie haben sich die Mechanismen und Methoden dieses Klassenkampfes im Zeitverlauf verändert? Was ist heute anders als vor 150 Jahren?*

PAUL SCHREYER: Damals waren die Banken oft familiengeführt. Seit Ende des 19. Jahrhunderts aber haben sich an deren Stelle anonyme Aktiengesellschaften durchgesetzt. Das ist noch eine höhere Abstraktionsebene im System. Das Personal von Aktiengesellschaften ist beliebig austauschbar. Ein Begriff wie „Verantwortlichkeit" droht in einem solchen anonymen, übernationalen System unmerklich zu verschwinden. Sogar die meisten der aktiv beteiligten Banker und Berater haben irgendwann den Eindruck, selbst nur noch austauschbare Rädchen zu sein, die scheinbar unveränderlichen „Naturgesetzen" folgen. Die Finanzelite läuft quasi auf „Autopilot". Vor 150 Jahren waren die führenden Bankiers in dem Konsortium, das dem Staat permanent Geld lieh, Persönlichkeiten wie Gerson Bleichröder, ein enger Freund und Berater Bismarcks, sowie Adolph Hansemann, der Chef der Disconto-Gesellschaft, damals der größten Bank Preußens. Beide gehörten zu der Zeit zu den Reichsten des Landes. Ihr Einfluss war im Zweifel größer als der von Abgeordneten oder Ministern. Aber ihre Namen waren eben auch öffentlich bekannt. Heute nun wissen wir nicht einmal mehr, wer die fast 30 Milliarden Euro Zinsen, die der deutsche Staat jährlich an seine Gläubiger zahlt, eigentlich genau bekommt. Auf meine Nachfrage konnte mir das Bundesfinanzministerium jedenfalls keine Auskunft dazu geben. Das System ist auch in dieser Hinsicht offenbar absichtlich intransparent. Und auch in Bezug auf die scheinbar feste und „gute" internationale Ordnung mit den öffentlichen Zentralbanken an der Spitze trügt der Schein. Denn die Zentralbanken sind nicht neutral. Sie handeln meist als Interessenvertreter des privaten Bankensektors. Dazu kommt der bereits beschriebene Irrglaube, dass Zentralbanken im Sinne der Öffentlichkeit kontrolliert alles Geld schöpfen würden. Wir leben in diesem Punkt gedanklich in einer Scheinwelt und müssen, bevor wir irgendetwas analysieren können, erst einmal begreifen, was wirklich passiert. Das betrifft gerade auch die sogenannten Fachleute. Denn die erwähnte Geldschöpfung der privaten Banken wurde über viele Jahrzehnte in der Wissenschaft sogar geleugnet. Anfang des 20. Jahrhunderts waren die Wirtschaftswissenschaften in dem Punkt schon mal weiter. Vergessenes und verdrängtes Wissen muss heute erst wieder mühsam an die Oberfläche gebracht werden. Der in Großbritannien lehrende deutsche Ökonom Richard Werner hat hier in jüngster Zeit maßgebliche Forschungsarbeit geleistet. Er spricht [13] in diesem Zusammenhang von einem „verlorenen Jahrhundert" für die Wirtschaftswissenschaften. Die Ökonomen haben in den letzten hundert Jahren, und insbesondere seit 1945, mehr verschleiert als erklärt.

JENS WERNICKE: *Die These lautet also, dass unsere Regierungen von den Eliten erpresst werden, respektive auf diese angewiesen weil bei ihnen verschuldet sind? Läuft es darauf hinaus? Also auf das gute, alte Tucholsky-Wort: „Wenn Wahlen etwas ändern würden, dann wären sie verboten"?*

PAUL SCHREYER: Durch Wahlen würde sich allenfalls dann etwas grundsätzlich ändern, wenn eine Partei sich entschlösse, die Frage der Schöpfung von Giralgeld gesetzlich neu regeln zu wollen – und wenn eine solche Partei dann durch die Wähler in Regierungsverantwortung gebracht würde. Das wird nicht morgen und wohl auch nicht im nächsten Jahr passieren. Es gibt aber Beispiele für Versuche in der Vergangenheit. Ich erwähne in meinem Buch die heute so gut wie vergessenen amerikanischen sozialdemokratischen Parteien „Greenback Party" und „People´s Party", die Ende des

19. Jahrhunderts auch das Geldsystem demokratisieren wollten und die bei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in den USA teilweise mehr als 10 Prozent der Wählerstimmen bekamen. Der ihnen nahestehende Präsidentschaftskandidat der Demokraten William Jennings Bryan sagte im Wahlkampf von 1896 in einer berühmten Rede [14]:

> „Wir glauben, dass das Recht, Münzen zu prägen und Geld zu erzeugen, bei der Regierung liegt. Es ist Teil der Souveränität und sollte ebenso wenig an Privatleute delegiert werden, wie die Macht über das Strafrecht oder die Steuergesetze. (…) Unsere Gegner sagen, dass die Ausgabe von Papiergeld den Banken zusteht, und sich die Regierung aus Bankgeschäften heraushalten sollte. Ich bin anderer Meinung, und sage, so wie Jefferson es tat, dass die Erzeugung von Geld der Regierung zusteht, und die Banken sich aus Regierungsgeschäften heraushalten sollten."

Bryan verlor damals nur knapp mit landesweit 47 Prozent der Stimmen das Rennen um die Präsidentschaft.

JENS WERNICKE: *In Kapitel 3 Ihres Buches beschreiben Sie, dass Banken einen großen Teil ihrer Käufe geschenkt bekämen. Wie darf man sich das genau vorstellen?*

PAUL SCHREYER: Das ist vergleichsweise wenig bekannt. Banken schöpfen Geld nicht nur bei der Kreditvergabe, sondern auch immer dann, wenn sie etwas kaufen. Die Schlussfolgerungen, die sich daraus ergeben, sind sehr weitreichend und dieser Punkt sollte daher dringend öffentlich diskutiert werden. Bis jetzt wird dazu von den meisten Experten geschwiegen. Geldschöpfung bei Kreditvergabe, darüber redet man schon hier und da – aber Geldschöpfung bei Käufen, die Banken tätigen, das ist noch eher Tabu in der Debatte oder eben schlicht unbekannt. Im Buch erkläre ich, wie das vom Prinzip her funktioniert und welche Rolle dabei bestimmte internationale Bilanzregeln sowie die großen Wirtschaftsprüfungskonzerne wie etwa KPMG, welche die Jahresabschlüsse von Deutscher Bank und Co. ja absegnen, spielen. Schon in den Bilanzregeln werden Bargeld und Giralgeld teilweise begrifflich vermischt. Das dient letztlich auch der Verschleierung von Bankenprofiten, die aus Käufen mit selbst geschöpftem Geld entstehen. Dieser Komplex ist eigentlich ein Riesenthema, das sich aber noch vollkommen unter dem Radar der Öffentlichkeit bewegt.

JENS WERNICKE: *Und wenn wir nun, jene Klasse also, die den Klassenkrieg gerade verliert, etwas gegen die aktuellen Entwicklungen tun wollen, dann … ja, dann hülfe was genau? Dass wir zuerst einmal die Wirtschaftswissenschaften von all ihren unsere Geister vernebelnden Mythen befreien? Und dann…?*

PAUL SCHREYER: Ein wichtiger Punkt ist auf jeden Fall, wie bereits erwähnt, die Übertragung der Geldschöpfung in öffentliche Hand. Es gibt ein paar Dinge in der Gesellschaft, wo breiter Konsens darüber besteht, dass sie nicht privat sein sollten. Dazu gehören zum Beispiel die Justiz oder die Polizei. Die Schaffung von Geld gehört ebenfalls nicht in private Hand. Private Banken sind das eine, aber sie sollen kein Geld drucken und auch kein Giralgeld erzeugen dürfen. In der Schweiz wurden übrigens genau für diese Forderung im vergangenen Jahr erfolgreich 100.000 Unterschriften gesammelt [15]. Deshalb gibt es dort demnächst eine Volksabstimmung zu genau dieser Frage. Und auch in vielen anderen Ländern [16]sind ähnliche Initiativen entstanden. Etwa in Großbritannien [17], aber auch in Deutschland [18]. Sie alle haben im Moment vor allem damit zu tun, zunächst einmal aufzuklären über die Wirklichkeit des Geldsystems. Es ist im Grunde ein riesiges internationales Bildungsprogramm zu leisten.

JENS WERNICKE: *Noch ein letztes Wort?*

PAUL SCHREYER: Der Kampf um das Geldsystem währt schon Jahrhunderte. Gebraucht wird also ein langer Atem. Dennoch sollte man sich nicht entmutigen lassen. Souveränität muss immer wieder neu erkämpft werden. Wenn in Artikel 20 unseres Grundgesetzes [19] steht, dass „alle Staatsgewalt vom Volke" ausgehe, so wird damit offenkundig eher ein Ziel als die Realität beschrieben. Es ist aber ein Ziel, für das es zu kämpfen lohnt.

JENS WERNICKE: *Ich bedanke mich für das Gespräch.*

Quellen:

[1] YouTube, Politik, Angela Merkel und die marktkonforme Demokratie <https://www.youtube.com/watch?v=y4CIiBLEKg>

[2] Buch: „Wer regiert das Geld", Paul Schreier, Westendverlag 2016 <http://www.westendverlag.de/buecher-themen/programm/wer-regiert-das-geld-paul-schreyer.html#.VrsFieak8Xg>

[3] Jens Wernicke, Wordpress „Vorsicht Verschwörungstheorie" <https://jense-wernicke.wordpress.com/2016/01/09/vorsicht-verschwoerungstheorie/>

[4] Deutschlandfunk.de, Vollgeld statt Buchgeld <http://www.deutschlandfunk.de/vollgeld-statt-buchgeld.724.de.html?dram:article_id=233065>

[5] Vollgeld-Initiative, Schweizer ahnungslos über die Entstehung des Frankens <http://www.newsletter-webversion.de/?c=0-879g-0-syr>

[6] positivmoney.org, DODS, Parlamentarische Wahrnehmung des Bankensystems <http://positivemoney.org/wp-content/uploads/2014/08/Positive-Money-Dods-Monitoring-Poll-of-MPs.pdf>

[7] Norbert Häring „Geldschöpfung aus dem Nichts" <http://norberthaering.de/de/27-german/news/377-geld-aus-dem-nichts>

[8] Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH, Bietergruppe Bundesemissionen <http://www.deutsche-finanzagentur.de/fileadmin/user_upload/pressemeldungen/2015/pm_7_Bietergruppe_101215_dt.pdf>

[9] Wikipedia, Preußen Konsortium <https://de.wikipedia.org/wiki/Preußen-Konsortium>

[10] Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH, Bietergruppe <http://www.deutsche-finanzagentur.de/de/institutionelle-investoren/primaermarkt/bietergruppe/>

[11] NachDenkSeiten, Werner Rügemer: „Klassenkampf 2.0 <http://www.nachdenkseiten.de/?p=23757>

[12] Berkshire Heathaway Inc., Warren E. Buffet: "Jahresbericht 2003"<http://www.berkshirehathaway.com/2003ar/2003ar.pdf>

[13] University of Southhampton, Richard Werner: „Verlorenes Jahrhundert im ökonomischen Bankenwesen"<https://eprints.soton.ac.uk/384540/>

[14] History Matters, Rede von William Jennings Bryan am 09.07.1896, Titel: „Cross of Gold", Hypnotisieren der Massen <http://historymatters.gmu.edu/d/5354/>

[15] Handelszeitung.ch, Vollgeld-Initiaanten deponieren Unterschriften <http://www.handelszeitung.ch/politik/vollgeld-initianten-deponieren-unterschriften-930612>

[16] Internationale Bewegung zur Geldreform, Demokratisierung des Geldes <http://internationalmoneyreform.org>

[17] PositveMoney.org, `Wie Banken Geld erzeugen´ <http://www.positivemoney.org>

[18] Monetative e.V., Reform des Geldsystems <http://www.monetative.de>

[19] Gesetze im Internet, Artikel 20 Grundgesetz, Wehrhafte Demokratie, Recht zum Widerstand <https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_20.html>

Im Interview:

Paul Schreyer

Jahrgang 1977, ist Autor und freier Journalist, unter anderem für Telepolis und die NachDenkSeiten. Er veröffentlichte mehrere Sachbücher zu den Anschlägen von 9/11. Sein 2014 gemeinsam mit Mathias Bröckers verfasstes Buch „Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren" wurde ein Spiegel-Bestseller. Paul Schreyer lebt in Mecklenburg-Vorpommern.

paulschreyer.wordpress.com/

Dieser Text wurde zuerst am 03.03.2016 auf den NachDenkSeiten unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=31761› veröffentlicht. (Lizenz: Nachdenkseiten)

‹http://www.free21.org/?p=27249›

Warum Nordkorea Atombomben braucht und wie man sie loswerden kann?

Die Medien sagen, dass die Vereinigten Staaten eine Anzahl von Nordkoreanern umbringen werden oder nicht, für dies oder das oder ohne Grund, nennen aber Nordkorea „das unberechenbare und unvorhersehbare Regime". Bedenken Sie einmal, was Ihnen die US-/westlichen Medien nicht über Korea sagen.

von Moon of Alabama

Peking, 8. März (Xinhua) – China machte den Vorschlag einer „beiderseitigen Einstellung", um die drohende Krise auf der koreanischen Halbinsel zu entschärfen, so der chinesische Außenminister Wang Yi am Mittwoch.

„Als ersten Schritt könnte die Demokratische Volksrepublik Korea (DPRK = ‚Nordkorea') ihre atomaren und raketentechnischen Aktivitäten einstellen im Austausch gegen die Einstellung der großräumigen Militärübungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Republik Korea (ROK = ‚Südkorea')," sagte Wang in einer Pressekonferenz am Rande der jährlichen Sitzung des Nationalen Volkskongresses.

Wang sagte, dass das Atomproblem auf der koreanischen Halbinsel hauptsächlich zwischen der DPRK und den Vereinigten Staaten von Amerika besteht, dass China als nächster Nachbar mit einer sehr engen Verbindung (‚wie die Lippen mit den Zähnen') mit der Halbinsel jedoch unentbehrlich ist für die Lösung des Problems.

Außenminister Wang, ‚die Lippen,' überbrachte zweifellos eine autorisierte Botschaft aus Nordkorea: „Das Angebot liegt (noch immer) auf dem Tisch und China unterstützt es."

Bereits im Januar 2015 hatte Nordkorea genau dasselbe Angebot gemacht. Die Obama-Administration wies es zurück. Nordkorea wiederholte das Angebot im April 2016 und die Obama-Administration wies es erneut zurück. Diesen März schaltete sich die chinesische Regierung vermittelnd ein und unterstützte das lange bestehende nordkoreanische Angebot. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, jetzt unter der Trump-Administration, wies es wieder umgehend zurück.

Koreanische und amerikanische Soldaten an der DMZ / flickr / Morning Calm Weekly Newspaper Installation Management Command / US Army Photo by Edward N. Johnson 2008 / CC-BY-NC-ND 2.0

Das Angebot, das drei Jahre hindurch gemacht und zurückgewiesen wurde, ist vernünftig. Seine Zurückweisung führte zu einem größeren atomaren Arsenal und zu mehr Raketen mit größeren Reichweiten, die letztendlich imstande sein werden, die Vereinigten Staaten von Amerika zu erreichen.

Verständlicherweise ist Nordkorea jedesmal nervös, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika und Südkorea ihre alljährlichen großen Manöver abhalten und offen den Einmarsch nach Nordkorea und die Abschlachtung seiner Regierung und seiner Menschen üben.

In vernünftiger Weise rechtfertigt Nordkorea sein Atomprogramm als den wirtschaftlich optimalen Weg, um auf diese Manöver zu reagieren.

Jedesmal, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika und Südkorea mit ihren sehr ausgedehnten Manöver beginnen, muss die nordkoreanische aus Wehrdienstpflichtigen bestehende Armee (1,2 Millionen Mann stark) in eine hochgradige Verteidigungsbereitschaft versetzt werden. Großmanöver sind eine klassische Ausgangssituation für militärische Angriffe. Die US-südkoreanischen Manöver werden (absichtlich) in der Zeit abgehalten, in der der Reis angepflanzt (April, Mai) oder geerntet (August) wird, in der in Nordkorea jeder gebraucht wird, um in den wenigen anbaufähigen Gebieten zu helfen. Nur 17% der Bodenfläche des Nordens ist für Landwirtschaft nutzbar und das Klima ist nicht günstig. Die Wachstumszeit ist kurz.

Die südlichen Manöver bedrohen also direkt die Selbstversorgung Nordkoreas mit Nahrungsmitteln. In den späteren 1990er Jahren waren sie eine der Ursachen, die zu einer schweren Hungersnot führten.

Die atomare Abschreckung erlaubt es der Demokratischen Volksrepublik Korea, ihre übliche militärische Bereitschaft besonders in den überaus wichtigen landwirtschaftlichen Anbau- und Erntezeiten zu reduzieren. Arbeitskräfte, die aufgrund von militärischer Notwendigkeit von den Feldern abgehalten waren, können zurück zur Arbeit gehen. Das ist die offizielle nordkoreanische Politik, die als „byungjin" bekannt ist.

Ein garantiertes Ende der alljährlichen US-Manöver würde es Nordkorea erlauben, seine konventionelle Verteidigung herabzufahren, ohne auf Atomwaffen angewiesen zu sein. Zwischen den US-Manövern und der atomaren Abschreckung, die Nordkorea wiederholt zum Gegenstand seiner Angebote gemacht hat, besteht eine direkte und logische Verbindung.

Das nordkoreanische Staatsoberhaupt Kim Jong-un hat offiziell eine Politik des Nicht-Ersteinsatzes von Atomwaffen verkündet:

„Als verantwortungsbewusster Staat mit Atomwaffen wird un-

sere Republik keine Atomwaffe einsetzen, solange ihre Souveränität nicht durch aggressive feindliche Kräfte mit Atomwaffen beeinträchtigt wird," sagte Kim vor dem Kongress der Partei der Arbeit Koreas in Pjöngjang. Kim fuhr fort, dass der Norden „gewissenhaft seine Verpflichtung der Nichtweitergabe erfüllen und sich um die globale atomare Abrüstung bemühen wird."

Bei dem Kongress wie auch bei anderen Gelegenheiten betonte Kim Jong-un den oben beschriebenen Zusammenhang zwischen atomarer Bewaffnung und wirtschaftlicher Entwicklung. Zusammengefasst:

Nach Jahrzehnten der Betonung militärischer Stärke unter seinem Vater bewegt sich Korea in Richtung von Kims „byungjin" – das ist ein ein zweigleisiger Zugang, gerichtet auf die Weiterentwicklung atomarer Stärke, während andererseits die Lebensbedingungen verbessert werden.

Die byungjin-Strategie, die von der Obama-Administration verachtet wurde, war erfolgreich:

Was sind die Quellen von [Nordkoreas wirtschaftlichem] Wachstum? Eine Erklärung könnte sein, dass jetzt weniger für den konventionellen militärischen Sektor ausgegeben wird, während die nukleare Entwicklung auf dieser Stufe billiger ist – sie wird laut einigen Schätzungen nur 2 bis 3 Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachen. Theoretisch ist byungjin „wirtschaftsfreundlicher" als die vorhergehende „songun" oder zuerst-kommt-das-Militär-Politik, die vermutlich Ressourcen auf das Militär hin konzentrierte.

Um zu verstehen, warum Nordkorea die Aggressivität der Vereinigten Staaten von Amerika fürchtet, muss man begreifen, welche äußerste Verwüstung hauptsächlich durch die Vereinigten Staaten von Amerika im Koreakrieg verursacht wurde:

„Verwüstung in biblischen Dimensionen war das Resultat. Nachdem Präsident Truman ihn von seinem Posten abgelöst hatte, sagte McArthur vor dem Kongress aus, dass „der Krieg in Korea bereits fast dieses ganze Land mit 20 Millionen Einwohnern zerstört hat. Ich habe nie eine derartige Verwüstung gesehen. Ich denke, ich habe soviel Blut und Katastrophen gesehen, wie ein Mensch nur sehen kann, und als ich das letzte Mal dort war, drehte es mir den Magen um. Als ich diese Zerstörung und diese Tausenden Frauen und Kinder und das alles sah, musste ich erbrechen." Der ehemalige oberste Befehlshaber fuhr fort: „Wenn man unbegrenzt weitermacht, dann perpetuiert man ein Gemetzel in der Größenordnung, wie man es in der Geschichte der Menschheit noch nie gesehen hat." Der Krieg ebnete mindestens die Hälfte von 18 der 22 größeren Städte des Nordens ein. Von Pjöngjang - vor 1950 eine Stadt mit einer halben Million Einwohner – wurde berichtet, dass nur zwei Gebäude intakt geblieben sind. LeMay, der die Leitung des Strategic Air Commands übernahm und der jüngste US-Viersternegeneral seit Ulysses Grant wurde, schrieb: „Wir brannten so gut wie jede Stadt in Nord- und Südkorea nieder ... wir töteten über eine Million zivile Koreaner und vertrieben weitere Millionen aus ihren Wohnungen, mit den unvermeidlichen weiteren Tragödien, die daraus entstehen." O´Donnell, der frühe Flächenangriffe befürwortet hatte, sagte dem Kongress am 25. Juni 1951: „Ja, wir machten das dann alles später ... ich würde sagen, dass die ganze, fast die gesamte koreanische Halbinsel nichts ist als ein furchtbarer Sauhaufen. Alles ist zerstört. Dort steht nichts mehr, was der Rede wert ist."

Das kaiserliche Japan besetzte Korea von 1905 bis 1945 und versuchte, es zu assimilieren. Eine nominell kommunistische Widerstandsbewegung unter Kim Il-sung kämpfte gegen die Okkupation. Nach der japanischen Kapitulation im Jahr 1945 kontrollierten und besetzten die Vereinigten Staaten von Amerika die hauptsächlich landwirtschaftlich genutzten Teile Koreas südlich der willkürlich gezogenen Linie am 38. Breitengrad. Die verbündete Sowjetunion kontrollierte den industrialisierten Teil nördlich dieser Linie. Sie hatten sich geeinigt auf eine kurze Treuhandschaft über ein vereinigtes und unabhängiges Land. Im aufkommenden Kalten Krieg widerriefen die Vereinigten Staaten von Amerika das Abkommen und installierten 1948 eine südkoreanische Marionettendiktatur unter Syngman Rhee. Kim Il-sung befehligte noch immer eine starke Widerstandsbewegung im Süden und hoffte auf die Wiedervereinigung des Landes. Der Koreakrieg folgte. Er zerstörte das Land ganz und gar. Ganz Korea war schwer betroffen, aber besonders der industrialisierte Norden, der etwa ein Drittel seiner Bevölkerung verlor und seine gesamte relativ gut entwickelte Infrastruktur – Straßen, Fabriken und nahezu alle Städte.

Jede koreanische Familie war betroffen. Ahnenverehrung ist tief eingebettet in die koreanische Psyche und ihre kollektivistische Kultur. Niemand hat den Völkermord vergessen und niemand in Korea, egal ob im Norden oder Süden, will diese Erfahrung noch einmal machen.

Das Land würde sich wieder vereinigen, wenn China und die Vereinigten Staaten von Amerika (und Russland) sich über seine Neutralität einigen könnten. Das wird nicht so bald geschehen. Aber die ständige Gefahr eines „versehentlichen" Kriegs in Korea würde sehr verringert, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika das nordkoreanische Angebot akzeptieren würden: ein Ende des aggressiven Verhaltens - wie die bedrohlichen Manöver gegen den Norden - im Gegenzug für eine abgesicherte Einstellung der Atom- und Raketenprogramme des Nordens. Nordkorea muss auf dieser Bedingung schon rein aufgrund wirtschaftlicher Notwendigkeit bestehen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die „westlichen" Medien verbergen die Sinnhaftigkeit des Angebots des Nordens hinter dem Propagandahirngespinst des „unberechenbaren und unvorhersehbaren Regimes."

Aber es ist nicht Korea, weder Nord noch Süd, das hier „unberechenbar und unvorhersehbar" ist.

Quellen:

Blog, Moon of Alabama *<http://www.moonofalabama.org>*

Twitter, Jeffrey Kaye: US-General McArthur zur US-Bombardierung von Nordkorea mit 630 000 Tonnen Bomben im zweiten Weltkrieg *<http://tinyurl.com/k8j935v>*

Arms Control Association (ACA), Chronologie der USA - Nord Korea Nuklear-/ Raketen- Diplomatie *<http://tinyurl.com/glhv886>*

USA Today zu Bericht der Direktorin für Non-Proliferation (ACA): Kim Jong Un sagt, dass Nord Kora keinen nuklearen Erstschlag ausführen wird *< http://tinyurl.com/nxftyj8 >*

The National Committee On North Corea (NCNK) *< http://tinyurl.com/mp6eny4 >*

NCNK, Mehrere Reden von Kim Jong Un auf dem siebten Kongress der koreanischen Arbeiterpartei vom 6. bis 9. Mai 2016 *< http://tinyurl.com/l7yhzm9 >*

The Diplomat, Entspricht North Korea's ‚Byungjin-Ausrichtung' der US-China Strategie? *< http://tinyurl.com/maq6e6b >*

38 North zu Aussagen des US-Korea-Institutes *<http://38north.org/2016/10/gtoloraya102016/>*

US-Korea Institut *<http://uskoreainstitute.org>*

US, Staat New Jersey, Fakten zum Korea Krieg *<http://tinyurl.com/lzl75lh>*

Prezi, Warum der Ahnenkult in Süd Korea in Relation zur Westlichen Gesellschaft so wichtig erscheint *< http://tinyurl.com/lqxn6yz >*

Wir übernehmen den Artikel ausnahmsweise von Moon of Alabama, obwohl der Autor anonym bleiben möchte. Der Autor nennt sich Bernhard Billmon und soll ein früherer Finanzjournalist sein und bloggt seit 2003. Da sein Artikel wichtige und gut belegte Informationen enthält, haben wir auf unseren Anspruch auf Namensnennung verzichtet.

Dieser Text wurde auf Deutsch zuerst am 14.04.2017 auf antikrieg.com unter der URL ‹http://antikrieg.com/aktuell/2017_04_14_warum.htm› veröffentlicht. (Lizenz: www.moonofalabama.org)

‹http://www.free21.org/?p=27358›

Falschmeldungen als Dienstleistung

Das Pentagon bedient sich privater Unternehmer, um Falschmeldungen zu Anti-ISIS-Themen zu produzieren: Ein Angestellter des Verteidigungsministeriums bestätigte Taktiken digitaler Kriegsführung und die Zahlung von $540 Millionen an eine britische PR-Firma durch das US Militär, um Infomercials und Falschmeldungen für den Irak zu produzieren.

von Crofton Black und Abigail Fielding-Smith

Das Pentagon hat private Unternehmen beauftragt, Propagandamaterial herzustellen, das zu den „Lügen und Betrügereien" des IS in den sozialen Netzwerken einen Ausgleich schaffen soll, so das Präsidium.

Ein Angestellter des Verteidigungsministeriums bestätigte diese digitale Taktik der Kriegsführung als Reaktion auf die gestrigen Enthüllungen des Präsidiums, dass eine britische PR-Firma $540 Millionen vom US Militär erhalten habe, um Informercials und Falschmeldungen für den Irak zu produzieren. Bell Pottinger - ein Unternehmen, das bereits in der Vergangenheit Debatten auslöste, da es repressive Regimes unterstützt – habe auch schon falsche Al Quaida Propaganda DVDs hergestellt. Diese waren dahingehend codiert, jeden, der sie sich ansah, zu überwachen – so ein ehemaliger Mitarbeiter.

Der offizielle Sprecher des Pentagon gab keine Details über die Art des Materials, das die Unternehmen für das Pentagon produzierten, bekannt. Er sagte lediglich, dass das hergestellte „robuste Online-Programm" nur „wahrheitsgemäße Informationen verwendet, die auf das örtliche Publikum zugeschnitten sind, um die Lügen und Täuschungen des ISIL (islamischen Staates) zu bekämpfen.

Er sagte, dass die Zusammenarbeit aus informativen Operationen zur Bekämpfung der Al Quaida und Taliban-Online-Propaganda entstanden seien. Man wolle Professionalität und Know-how beider Seiten, militärisch und unternehmerisch, in der Zusammenarbeit ausschöpfen.

Der Videoredakteur Martin Wells, der an dem Bell-Pottinger-Projekt in Bagdad in den Jahren 2006 bis 2008 arbeitete, sagte gegenüber dem Präsidium, er habe Nachrichtensegmente hergestellt, die aussehen sollten, als ob sie von einem arabischen Sender produziert worden wären. Er fügte hinzu, er habe auch gefälschte Al Quaida-Filme produziert. Sie wurden mit einem eingebetteten Code auf CD aufgezeichnet, der die Verbindung zu einem Google Analytics-Konto herstellte, sobald die Filme mit der Media-Streaming-Anwendung RealPlayer geöffnet wurden. Dadurch erhielt das Pentagon eine Liste der IP-Adressen, von denen die CDs abgespielt wurden.

Ein angebliches „Whistleblowerphoto" von einer Enthauptungs-Filmaufnahme vor einem Greenscreen.

Das Pentagon wollte sich nicht dazu äußern, ob es mit ähnlichen Taktiken auch gegen den islamischen Staat vorgehe.

PR-Guru Lord Tim Bell, der zum Zeitpunkt des Irak-Vertrages den Vorsitz bei Bell Pottinger inne hatte, sagte, er sei „stolz" auf die Arbeit der Firma.

„Wir haben viel dazu beigetragen, die Situation zu klären", erklärte er der Sunday Times, die mit dem Präsidium gemeinsam an der Story arbeitete. „Und das ist nicht alles. Natürlich konnten wir das entstandene Chaos nicht verhindern, aber es war ein Teil der amerikanischen Propagandamaschinerie."

Nach einem Management-Buyout im Jahr 2012 änderten sich die Besitzverhältnisse. Die derzeitige Organisation hat keine Verbindungen mehr mit der Abteilung, für die Wells seinerzeit arbeitete und die 2011 aufgelöst wurde.

Sowohl die Dschihadisten-Gruppen als auch die Medien haben sich, seit Bell Pottinger am Pentagon-Programm im Irak arbeitete, drastisch weiterentwickelt. Die Zusammenarbeit dauert von spätestens 2006 bis 2011.

Quellen:

The Independent: US government spent over $500m on fake Al-Qaeda propaganda videos that tracked location of viewers *<http://tinyurl.com/jne9k24>*

Salon.com: U.S. paid P.R. firm $540 million to make fake al-Qaida videos in Iraq propaganda program *<http://www.salon.com/2016/10/03/u-s-paid-p-r-firm-540-million-to-make-fake-al-qaida-videos-in-iraq-propaganda-program/>*

Bureau of Investigative Journalism: Fake News and False Flags. How the Pentagon paid a British PR firm $500 million for top secret Iraq propaganda *<http://tinyurl.com/hswoxbb>*

Autoren:

Crofton Black und Abigail Fielding-Smith sind Mitglieder im Bureau of Investigative Journalism (TBIJ). Der 2009 gegründete britische Journalistenverbund für „investigativen Journalismus im öffentlichen Interesse", möchte den investigativen Journalismus stärken, da die konventionellen Medien aufgrund wirtschaftlicher Sachzwänge nicht mehr in der Lage seien, Machtmissbrauch und Korruption aufzudecken.

Dieser Text wurde zuerst am 04.10.2016 auf Mintpressnews.com unter der URL ‹http://www.mintpressnews.com/pentagon-using-private-contractors-to-create-anti-isis-themed-fake-news/221106/› veröffentlicht.

(Lizenz: CC 3.0 International)

‹http://www.free21.org/?p=27392›

Ray McGovern, im Mai 2016, über **Israel und den Nahen Osten**

Gegen den Nahostexperten Michael Lüders ist im April 2017 eine massive Kampagne geführt worden. Seine Glaubwürdigkeit soll beschädigt werden, weil er am Wahrheitsgehalt der Giftgas-Geschichte rüttelt – so in einem Interview vom 15.04.2017 mit den Nachdenkseiten. Die Geschichte wird uns falsch erzählt, um in Syrien weiterhin Krieg führen zu können – mit dem Ziel der Zerschlagung dieses Landes.

von Albrecht Müller

Was Ray McGovern in einem Video vom Mai 2016 über die Planspielchen von Neocons in den USA, über eine vom US-Außenminister verbreitete Unwahrheit und über die Interessen Israels sagt, trägt zur Aufklärung bei und stützt Michael Lüders. Eine Leserin der NachDenkSeiten, Angelika Eberl, hat dieses Video [1] übersetzt.

Ray McGovern war 27 Jahre lang Mitarbeiter der CIA. Er war am Ende seiner Karriere verantwortlich für die morgendliche Berichterstattung der Geheimdienste beim US-amerikanischen Präsidenten. Hier das Interview:

Bild 1: Policy Douglas J. Feith, ehemaliger Unterstaatssekretär im Pentagon. Wikimedia / Foto by Scott Davis, U.S. Army / Public Domain

Bild 3: Secretary of Defense Donald Rumsfeld shares a laugh with President George W. Bush and Vice President Dick Cheney during his farewell parade at the Pentagon. Wikimedia / Foto by Cherie A. Thurlby / Public Domain

Es ist unmöglich, eine offene Diskussion über die US-Politik im Nahen Osten zu führen, ohne über die Beziehung der USA zu Israel zu sprechen. Die Leute sind ganz verwirrt, wenn sie unsere Politik gegenüber Syrien zu erklären versuchen. Sie macht keinen Sinn. Syrien – eine Bedrohung für uns? Nein. Warum soll Bashar al-Assad dann weg? Weil Obama es so sagt? Weil Hillary Clinton es sagt? Warum sagen sie so etwas? Falls Sie nicht verstehen, wo diese Politik ursprünglich herkommt, werde ich versuchen, es zu erklären.

Im Jahr 1996 wurde eine Studie erstellt für einen Mann, der zum ersten Mal Premierminister in Israel werden sollte. Sein Name war Netanjahu. Diese Studie ist hauptsächlich von Amerikanern, Neocons (Neokonservativen) erstellt worden.

Einige von ihnen waren sehr prominent, z. B. Douglas Feith [Bild 1], Nummer Drei im Pentagon unter George W. Bush [Bild 3 mit Rumsfeld] und andere und die meisten von ihnen waren US-Amerikaner: Richard Perle [Bild 2, bereits 1986 mit Präsident Reagan] war die andere Person, an die ich denke – er war der Kopf von Rumsfeld in dessen Verteidigungsministerium, der seiner Forschungstruppe helfen sollte. Sie fabrizierten dieses Papier und nannten es „A clean break – a new strategy for securing the realm", also „einen glatten Bruch, eine neue Sicherheitsstrategie für das Gebiet". Welches Gebiet? Nun das Gebiet war Israel – ein größeres Israel. Ein Israel, das während des Krieges von 1967 Gebiete besetzte.

Das ist ziemlich eindeutig. Es ist darin die Rede davon, dass es nötig sei, sicherzustellen, dass Syrien auseinandergerissen wird. Irak, nun über Irak sagen sie: Der Irak ist eine Beute für sich – man solle Saddam Hussein loswerden und dann werde man sich mit Iran und anderen Orten beschäftigen. Es war geschrieben worden von Douglas Feith, Richard Perle und anderen. Das steht da schwarz auf weiß. Das war 1996.

Einige Jahre später gab es das Projekt für ein neues amerikanisches Jahrhundert, das „Project for a New American Century" – fabriziert von denselben Leuten, die beschlossen hatten, dass Israels Interessen zuallererst vorangetrieben werden sollten. Wenn man Saddam Hussein im Irak loswerde, sei er kein Problem mehr für die Israelis.

Nun, kurioserweise hätten es die Israelis lieber gehabt, dass zu-

Bild 2: Richard Perle (Chief of Rumsfeld Defence Administration), 2. Von rechts; Präsident Reagan in einer Stabs-Besprechung mit Paul Nitze, Donald Regan, George Shultz, Ken Adelman, John Poindexter, Richard Perle und Max Kampelman im Hofdi House während des Reykjavik-Gipfels in Island. 12/10/86. Wikimedia / The Official CTBTO Photostream / CC BY 2.0

Publiziert auf Free21 am 08.05.2017, 19:46 Uhr, von Albrecht Müller auf nachdenkseiten.de, Lizenz: Nachdenkseiten.de

Bild 4: Präsident Barack Obama in der Pressekonferenz am 20.08.2012 im Weißen Haus / Official White House Foto von Pete Souza / Public Domain

erst der Iran drangekommen wäre. Manche der Neocons stolzierten umher und sagten: Irak? Die haben kein Militär, das der Rede wert wäre. Ein richtiger Mann würde nach Teheran gehen. Der Irak wäre ein Kinderspiel. Okay? Das war der Plan. Nun, spulen wir ein wenig nach vorne und schauen, was gerade in Syrien los ist, nachdem wir den Irak total zerstört haben. Wissen Sie, ich spreche hier über Strategien, aber in Wirklichkeit geht es um Menschen, nicht nur die 5.000 US-Soldaten, die getötet wurden, sondern mindestens Hunderttausende von Irakern, die wegen des Krieges ihr Leben verloren haben und alle Arten von Verstümmelungen und Verletzungen und Flüchtlingen. Millionen von Flüchtlingen innerhalb des Irak, außerhalb des Irak, in den umliegenden Ländern. Dasselbe in Syrien.

Was geschah nun in Syrien? Nun, 2011 gab es den Versuch, eine Art arabischen Frühling in Syrien zu entfachen. Es gab wirtschaftliche Schwierigkeiten, es gab Dürreperioden, und es gab Leute, die sagten: „Nun, lasst uns aus der Situation in Tunesien und Kairo Vorteile ziehen und schauen, ob wir hier etwas mehr „Demokratie“ installieren können“. Sofort. Diese Gelegenheit wurde von Leuten ergriffen, die Bashar al-Assad loswerden wollten. Darunter war auch Hillary Clinton – und, im Weiteren, auch Präsident Obama. Was geschah? Wir begannen, nach „moderaten“ Rebellen zu suchen, um sie zu unterstützen. Sogar Obama sagte vor zwei Jahren (Anm.: also in 2014), dass es reine Fantasie sei, von „moderaten“ Rebellen zu sprechen. Er benutzte das Wort „Fantasie“. Es erhoben sich also „moderate“ Rebellen, wie Lazarus aus dem Grabe. Und wir unterstützen sie wieder, wie schon zuvor, mit einigen qualitativen Unterschieden, die aufgrund des russischen Eingreifens zustande gekommen waren.

Nun, der Hintergrund ist, dass wir, meiner Ansicht nach, die US-Politik im Nahen Osten und vor allem in Syrien nicht verstehen

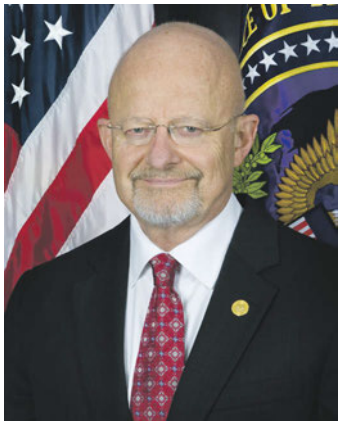


Bild 6: James R. Clapper (2010), Wikipedia / Nationaler Geheimdienstdirektor 2010 / Er hatte verschiedene leitende Positionen innerhalb der United States Intelligence Community inne und war ab 2010 Nationaler Geheimdienstdirektor (DNI) und als solcher Koordinator der Nachrichtendienste der Vereinigten Staaten bis zum Ende der Amtszeit der Regierung Obama am 20. Januar 2017 / Public Domain

können, ohne zu erkennen, wie unsere Strategen geradezu damit prahlen, ja, wirklich damit prahlen, dass es keinen Unterschied gibt zwischen der US-Politik und der Politik Israels. Das tut uns nicht gut, zwischen all den arabischen Staaten dort.

Doch wenn das so ist: Warum hat sich unser Präsident, Barack Obama, am 20. August 2012 [Bild 4] entschlossen, eine rote Linie zu ziehen? Wir alle wissen, dass Syrien chemische Waffen hat, die übrigblieben, als es von allen und jedem unterstützt wurde, aber es war niemals ratsam, sie zu nutzen, denn das wäre gleichbedeutend mit sofortigem Selbstmord. Die Israelis hätten sofort mit Atombomben oder Ähnlichem geantwortet.

Ganz am Ende einer Pressekonferenz wurde Obama gefragt – eine ungewöhnliche Sache: „Oh, Mr. Obama, Sie sagten, sie würden in Syrien militärisch nicht eingreifen – würden Sie tatsächlich niemals militärisch eingreifen?“ Darauf sagte Obama, als ob er ein Skript lesen würde: „Also, wenn die Syrer ihre chemischen Waffen einsetzen oder sie auch nur bewegen würden, dann wäre eine rote Linie überschritten.“ Die Rote Linie – seine Worte. (Präsident Obama wird eingeblendet und sagt:) „Dann würde ich meinen Ansatz bezüglich Syrien ändern. Für uns wäre das gegeben, wenn wir sehen, dass chemische Waffen bewegt werden oder sogar angewendet werden. Das würde meine Analyse ändern.“

Dann gäbe es also eine militärische Intervention. Nun, wer hat Obama diese Frage gestellt? Ich weiß es nicht, aber eine sichere Vermutung sagt mir, dass es Hillary Clinton war. Also, das war am 20. August 2012.

Am 21. August 2013, also ein Jahr später, gab es einen Chemiewaffen-Angriff außerhalb von Damaskus, an einem Ort, der Gutha hieß. Mehrere Hundert Personen starben. Sofort stand John Kerry da – nein, nicht sofort, er kam am 30. August und sagte: Bashar al-Assads Regierung hat das getan, Bashar al-Assads Regierung hat

Bild 5: General Martin Edward Dempsey (2011), Wikipedia / US Army Foto by Monica King / Public Domain

das getan, Bashar al-Assads Regime ist dieses Chemiewaffen-Angriffs schuldig. Deshalb müssten wir jetzt handeln, denn die rote Linie sei überschritten worden. … Wie oft hat er die Beschuldigung gegenüber Assad ausgesprochen? 35 Mal. 35 Mal. Man muss kein Shakespeare-Anhänger sein, um zu denken, dass er zu oft protestiert hat.

Das war am 30. August. Das waren die merkwürdigsten Umstände, die ich jemals gesehen habe in 53 Jahren. Was geschah dann? Es war sehr klar. Der Präsident selbst sagte: Unsere Streitkräfte sind bereits im östlichen Mittelmeer, die Franzosen haben ihre Kampfbomber auf der Rollbahn … und er hielt eine Rede im Rosengarten am Mittag des nächsten Tages. Ich war dort am Weißen Haus mit einigen anderen Leuten, die protestierten gegen den Krieg gegen Syrien: Hände weg von Syrien, keine Bomben, kein Krieg gegen Syrien, kein Vergeltungsschlag … und ich erfuhr von drinnen: Er würde es nicht tun. Er hatte seine Meinung geändert. Ich war der nächste Redner und ich nutzte diese Möglichkeit zu sagen: „Wenn das wahr ist, wenn es denn wahr wäre…“, ich konnte es nicht glauben, aber er änderte tatsächlich seine Meinung. Warum änderte er seine Meinung? Aus mehreren Gründen.

Die Kollegen vom Geheimdienst – unsere Kollegen von früher – würden nicht mit John Kerry gleichziehen. Die Beweise stanken.

Wir wussten, dass die Türken den Transport von Vorstufen chemischer Waffen ermöglicht hatten und zwar genau in das Gebiet in Syrien, an dem der chemische Angriff erfolgte. Wir erfuhren von unseren Kollegen, dass es viel eher die Rebellen gewesen waren, die das in einer klassischen False Flag Attack getan hatten, um Obama zu einem offenen Krieg gegen Syrien zu verleiten. Er sollte in eine Falle gelockt werden. Doch die Geheimdienste wollten dabei nicht mitmachen.

Was geschah noch? General Dempsey [Bild 5], der Vorsitzende der Stabschefs (Chairman of the Joint Chiefs of Staff), ging diese Nacht, am 30. August 2013 [Anmerk. d. Übers.: Das muss der 30. August gewesen sein], zum Präsidenten und sagte: "Herr Präsident, ich habe von meinen Kollegen in London gehört, dass das Sarin-Gas, das außerhalb von Damaskus eingesetzt worden ist, nicht das ist, das von der syrischen Regierung gelagert wird. Sie sollten Vorsicht walten lassen, einen Krieg zu beginnen, aufgrund von Vorkommnissen, die sehr nach einer Mausefalle aussehen." Und so änderte der Präsident seine Meinung. Das war großartig.

Und das zeigt, was für einen Einfluss Israel auf unsere Politik hat, denn es endete da noch nicht. Also, wir waren außerhalb des Weißen Hauses und sorgten uns, worüber der Präsident gesprochen hatte. Seine Rede kam verspätet, denn wir hatten einen solchen Rabatz gemacht und er wartete, bis es ruhig war. Was er ankündigte, war folgendes: „Der Vorsitzende der vereinten Stabschefs sagte mir, dass unsere Streitkräfte vorbereitet sind, wir haben Kriegsschiffe im östlichen Mittelmeer und die Franzosen sind auch startbereit. Wir können gegen Syrien jederzeit losschlagen. Aber er sagte mir auch, dass das nicht heute sein muss, auch nicht morgen und auch nicht diese Woche oder diesen Monat. Wir können es jederzeit machen. Und deshalb habe ich beschlossen, vor den Kongress zu gehen, um die entsprechende Zustimmung für diesen Militärschlag zu bekommen." Whow. (Man sieht eine Aufnahme von Obama während dieser Rede).

Bild 7: George Tenet, links von U.S. Präsident Bush im Weißen Haus. Wikimedia / U.S. Goverment Foto / Public Domain

Obama: „Nach sorgfältiger Überlegung habe ich entschieden, dass die Vereinigten Staaten einen Militärschlag gegen Ziele des Syrischen Regimes durchführen sollten. Aber, als Oberster Befehlshaber der Streitkräfte und angesichts des Nationalen Sicherheitsinteresses, werde ich die Genehmigung für diesen Einsatz von den Volksvertretern des amerikanischen Volkes im Kongress einholen." (Ende Einblendung von Präsident Obama).

Ray McGovern: Nun, es waren nicht nur meine früheren Kollegen aus dem Geheimdienst, die dieses Mal ehrlich waren, es war nicht nur Dempsey, sondern sogar die Briten stimmten, zum ersten Mal in 855 Jahren, im Britischen Parlament gegen den Krieg und – Wunder über Wunder – es war August und deshalb waren die Kongress-Abgeordneten und Senatoren an ihren Heimatorten. Dort lernten sie sehr schnell, dass die Amerikaner diesen Krieg nicht wollten. Es gab also viele Faktoren, die alle zusammen kamen. Obama entschied sich für das Richtige. Doch von wem wurde er unterstützt? Von niemandem. Er gibt es zu. Er sagte öffentlich, dass er gegen den Rat von Biden und Kerry und jedem anderen agierte und er tat das Richtige und ist sehr stolz darauf.

Nun, was hat er kürzlich noch aufgedeckt? Er deckte auf, dass der Chef der nationalen Sicherheitsbehörden, ein Mann namens James Clapper [Bild 6], ihn eines Morgens unangemeldet aufsuchte und sagte: „Mr. Präsident, diese Sache da, dass Baschar Al Assad verantwortlich ist für den Chemiewaffen-Angriff bei Gutha – ich möchte nur darauf hinweisen, dass das keine todsichere Sache ist. Verstehen Sie, Mr. Präsident? Es ist keine todsichere Sache." Nun, das war eine Anspielung auf George Tenet [Bild 7], den Mann, der George W. Bushs Anweisungen hinsichtlich Beschaffung gefälschter Geheimdienstberichte über den Irak befolgte. Er hatte damals gesagt, dass die Beweise dafür, dass der Irak Massenvernichtungswaffen hatte, eine todsichere Sache seien. Das war um die Weihnachtszeit im Jahre 2002. Obama war also gewarnt worden. Er war gewarnt worden von James Clapper und Dempsey. Ich bin sicher, dass Dempsey zum Präsidenten Folgendes gesagt hat:

„Mr. Präsident, John Kerry ist ein wunderbarer Mann. Ein wunderbarer Mann, aber kein strategischer Denker. Mit allem nötigen Respekt, aber Boote den Mekong hinaufzuschippern macht einen noch lange nicht zu einem strategischen Denker. Er weiß nicht, was am Tag danach in Syrien passiert. Also, bei allem Respekt – Sie sehen, was er tun will und er ist vom Pfad abgekommen."

Obama folgte diesem Rat und ist nun sehr stolz darauf, dass er das getan hat, und nun gibt er zu, dass der Chef der nationalen Sicherheitsbehörden ihm gesagt hat, dass es keine todsichere Sache war. Warum hat Clapper ihm das gesagt? Weil er sich einem partiellen Aufstand seiner Geheimdienst-Analysten gegenübersah, die sich weigerten – und das ist wichtig – die sich weigerten, eine Bewertung der Geheimdienstinformationen anzufertigen.

Nun – bei solchen schwerwiegenden Ereignissen bekommt man immer eine Bewertung von den Geheimdiensten, dafür gibt es ja Geheimdienste. Was war also am 31. August 2013 außerhalb von Damaskus passiert? Wir brauchen eine Bewertung. Wer war verantwortlich? Unsere Jungs würden das nicht tun, wissen Sie, denn sie würden nicht mit der Antwort kommen können, die Kerry

Bild 8: Wikimedia / Foto by Kenneth C. Zirkel / CC BY-SA 3.0

Publiziert auf Free21 am 08.05.2017, 19:46 Uhr, von Albrecht Müller auf nachdenkseiten.de, Lizenz: Nachdenkseiten.de

Bild 9: Links im Bild Paul Wolfowitz (2003), ehemaliger stellvertetender Verteidigungsmisister U.S., neben Rumsfeld und Bush (Foto: US Navy, Public Domain)

[Bild 8] entwickelt hatte und die er am 30. August 35 Mal formuliert hatte.

Es gab also keinen Geheimdienstbericht. Nachdem Kerry also all diese Propaganda von sich gegeben hatte, fragte sogar der Stenograph unserer Medien: Welche Beweise haben Sie? Und da kamen sie mit einem sogenannten „Government Assessment" daher. Eine neue Gattung. In 50 Jahren habe ich niemals ein „Government Assessment" gesehen. Aber, zu ihren Gunsten muss ich sagen, dass die Geheimdienstleute ja nun keinen Geheimdienstbericht herausgeben konnten. Dieses „Government Assessment" soll wohl heißen, dass der Bericht durch politische Einflussnahme im Weißen Haus zustande kam

Was passierte dann? Nun, Kerry trat am 3. September vor den Kongress, drei Tage nachdem der Präsident entschieden hatte, dass man das nicht machen würde, und Kerry sagte: „Wir müssen Vergeltungsmaßnahmen ergreifen, wir haben diese rote Linie gesetzt und wir müssen es machen und außerdem sind die „moderaten Rebellen" dabei, zu gewinnen, sie beginnen zu gewinnen. Heben Sie Ihre Hände." Nun, er war vor dem Ausschuss für auswärtige Beziehungen des Senats, der wirklich übereifrig war, anzugreifen.

Was passierte dann? Nun, am 4. September begab sich der Präsident nach St. Petersburg zu einem dieser Gipfeltreffen und am Ankunftstag stand Wladimir Wladimirowitsch Putin, der Präsident der Russischen Föderation, vor ihm und sagte: „John Kerry hat gesagt, dass die Moderaten dabei seien, zu gewinnen und dass Bashar al-Assad für den Giftgas-Anschlag außerhalb von Damaskus verantwortlich sei. [Nun spricht McGovern auf russisch das aus, was Putin gesagt hat:], das heißt: „Er lügt. Und er weiß, dass er lügt. Das ist traurig."

Nun, ich habe ein halbes Jahrhundert lang russische Außenpolitik und die Aussagen russischer politischer Führungskräfte beobachtet und ich habe noch nie, noch niemals – nicht einmal zu Stalins Zeiten – erlebt, dass ein russischer Staatschef den US-Außenminister einen Lügner nannte. Aber er hatte Recht, und Obama, der in St. Petersburg ankam, wusste, dass er Recht hatte, denn Clapper hatte ja mit ihm schon gesprochen, und Clapper war der Koordinator der Geheimdienste. Was tat er? Putin sagte: „Barack, wir besprachen vor einigen Monaten, im Juni, in Nordirland dieses Problem bezüglich eines möglichen Giftgas-Einsatzes in Syrien. Sie wissen, es ist eine Tatsache, dass da Gruppen zusammenarbeiten, um einen Kriegsgrund zu schaffen. Also, lass mich mit Assad verhandeln. Ich denke, wir werden es schaffen, ihn davon zu überzeugen, diese Chemiewaffen unter Aufsicht zu vernichten. Lassen Sie mich das machen." Obama stimmte zu und kehrte nach Washington zurück.

Unterdessen war Kerry überall in der Welt herumgekommen, um Unterstützung für einen Angriff auf Syrien zu bekommen. Was dann passierte, war, dass Kerry in London war und sagte: „Sehen Sie, die rote Linie ist überschritten worden. Wenn wir nicht gegen diese schreckliche Bedrohung gegen uns alle angehen, wird es zu spät sein" und schließlich fragte ihn jemand aus der Zuhörerschaft in London – ich denke, das war so um den 7. September 2013 herum: „Mr. Kerry, gibt es nichts, was Bashar al-Assad tun könnte, um einen Vergeltungsschlag zu verhindern?" Und Kerry sagte, ziemlich herablassend: „Er könnte auf seine Chemiewaffen verzichten, aber das würde er nicht tun." … Also, er stieg ins Flugzeug und bekam einen Anruf von Präsident Obama: „John, sorry, dass ich mich nicht früher gemeldet habe, aber wir haben jetzt diesen Deal mit den Russen. Wir haben vereinbart, dass Syrien morgen ankündigt, dass es alle seine Chemiewaffen abgibt, damit sie vernichtet werden können. […..] Deshalb möchte ich, dass wenn du morgen nach Genf kommst, sich die Arbeitsgruppen darum kümmern, diese Vereinbarung abzuschließen. Wir können das in einer Woche erledigt bekommen."

Kerry sagte: „Oh". Und er flog nach Genf und setzte das um.

Die meisten Amerikaner wissen nicht, dass alle Chemiewaffen von Assads Armee auf einem US-Schiff vernichtet worden sind, das extra dafür ausgerüstet ist, solche Chemiewaffen zu vernichten und das Problem war gelöst. […] Nun, diese Vorkommnisse zeigen jedenfalls den Einfluss israelischer Politik auf Kerry, Clinton und die US-Politik im Allgemeinen.

Als all das geschah, übernahm bei der New York Times eine relativ neue Bürochefin ihr Jerusalem Büro und ihr Name war Jodi Rudoren. Sie hatte noch nicht viel Erfahrung in Angelegenheiten des Nahen Ostens, aber sie war gut eingewiesen worden und sie wollte gute Arbeit leisten und während der Zeit, als all das passierte, sagte sie sich – und das spricht für sie: „Ich gehe zu einem hochgestellten israelischen Regierungsbeamten und frage ihn mal, welches Ergebnis ihnen am liebsten wäre." Und das machte sie. Sie fragte israelische Regierungsbeamte, einige im Ruhestand, einige noch nicht … und was hat sie herausgefunden? Nun, der frühere israelische Generalkonsul in New York sagte ihr: „Nun, Miss Rudoren, es ist ein wenig peinlich, das zu sagen, aber unser bevorzugtes Ergebnis ist: kein Ergebnis."

Sie fragte, wie er das meine. „Nun ja, ich sagte schon, das klingt nicht sehr human, aber es ist so, wie wenn Sie bei einem Ausscheidungskampf nicht wollen, dass ein Team gewinnt. Sie wollen auch nicht, dass einer verliert. Sie würden eigentlich ein Remis, ein Unentschieden bevorzugen." Und sie fragte: „Wie meinen sie das?" „Solange Sunniten und Schiiten sich gegenseitig umbringen – nicht nur in Syrien, sondern auch in der gesamten Gegend, hat Israel von Syrien nichts zu fürchten." Das war am Labour Day Weekend . Jodi Rudoren, das muss man anerkennend feststellen, schrieb das alles auf, und – Wunder über Wunder – das erschien in der New York Times. Ich kann da nur spekulieren, dass da einige wohl schon fürs Wochenende am Strand waren. Und da ist es: Unser bevorzugtes Ergebnis ist kein Ergebnis.

Was sind die Hintergründe? Nun, 2013 war Bashar al-Assad gerade dabei, zu gewinnen. Er hatte viele dieser „moderaten Rebellen" – böse „moderate" Rebellen und moderate „moderate Rebellen, also viele Rebellen, sollte ich sagen – aus ihren schon vor einigen Jahren eroberten Gebieten zurückgedrängt; und Assad begann, Gebiete zurückzugewinnen. Wenn Sie also nicht wollen, dass eine Seite gewinnt, vor allem nicht Bashar al-Assad, was machen Sie dann? Dann locken Sie die USA in die Falle, offen militärisch einzugreifen. Auch wenn dann die USA nicht unbedingt gewinnen – Bashar al-Assad gewinnt auch nicht.

Es hat fast geklappt, und es ist wirklich erstaunlich, wie der

Präsident sehr ankündigt, dass dies ein Schlüssel-Erfolg während seiner Präsidentschaft war, als jeder Andere sagte: Los, geh gegen Bashar al-Assad! Und die Frage ist natürlich: Warum? War er eine Bedrohung für die Vereinigten Staaten? Nein. War er eine Bedrohung für Israel? Das wäre weit hergeholt. Aber wenn Sie an die Hisbollah denken, und wie sie bewaffnet wird durch Syrien, wenn Sie an Israels Bedenken über die sehr naheliegenden Bedrohungen von Hisbollah, von Hamas und anderen denken, dann wollen Sie Durcheinander und Chaos in Syrien, dann wollen Sie Syrien zerstückelt sehen, und das bekam man dann auch.

Das Letzte, was ich dazu noch sagen möchte, ist recht interessant, denn es war eine persönliche Erfahrung. Ich glaube, es war um den 8. September herum. Ich wurde zu CNN International gebeten, um über Syrien zu sprechen und ich kam in diesen mittelgoßen Raum, und als ich gerade die Türe geöffnet hatte, hätte ich diesen kleinen Typen beinahe umgerannt, wissen Sie, und ich blickte ihn an und es war Paul Wolfowitz [Bild 9]. [bei ca. Minute: 26:32] Nun, ich habe den Gewaltverzicht verinnerlicht und ich danke Gott dafür, denn so konnte ich mich beherrschen und tat nicht das, was ich, als Ire, wohl mit Paul Wolfowitz gemacht hätte, der, Scherz beiseite, verantwortlich ist für alle Arten von Mord und Totschlag und Zerstörung im Nahen Osten. So sagte ich: „Sorry“ und er sah mich an, als ob ich wirklich vorsichtig sein sollte. Ich schloss die Türe und wer war da noch am Ende des Raums… Joe Lieberman [Bild 10]. Zwei Erz-Neokons im selben Raum. Sie blickten auf diesen großen Fernsehbildschirm, auf dem einer von diesen CNN-„Experten“ versuchte, einen Sinn darin zu finden, warum Obama sich vor dem Militärschlag gedrückt habe, wie er diese rote Linie gesetzt habe und nun, oh, niemand würde uns mehr achten und nicht mehr an uns glauben. Er war wirklich eifrig, und ich dachte, hier bleib ich noch ein Weilchen und kuck mir das an.

Bild 10: Joe Liebermann / Offical Congress Foto / Gemeinfrei

Lieberman und Wolfowitz gingen zu einem separaten Studio, einem größeren, um dort ihr Interview zu geben, und ich beobachtete es an diesem Bildschirm. Das Erste, was Lieberman sagte, war: „Ich verstehe den Präsidenten nicht. Er braucht keine Zustimmung des Kongresses, um einen Krieg in Syrien zu beginnen“. Und Lieberman und Wolfowitz machten in dieser Art weiter. Die Atmosphäre war wie bei einer Beerdigung. Es hatte den Anschein, als ob Liebermans und Wolfowitz‘ Mutter von einem Lastwagen überrollt worden wäre. Sie hatten ihren Krieg nicht bekommen und sie waren wütend.

Da Lieberman gesagt hatte, dass der Präsident die Zustimmung des Kongresses nicht brauche, zog McGovern seine kleine Verfassung heraus, die er immer bei sich trägt und er las Artikel 1, Abschnitt 8, in dem geschrieben steht, dass Kriege der Zustimmung durch den Kongress bedürfen und er unterstrich es und er riss das Blatt heraus, den ganzen ersten Artikel und ging zum Aufzug. Nun, das ist nicht nur ein Aufzug, sondern etwas, das über und über geschmückt ist, wie in Saudi Arabien, echter Marmor und so weiter, und er wartete, bis Wolfowitz und Lieberman aus ihrem Studio herauskämen.

Nun: Man muss die Gepflogenheiten von Washington kennen. Nämlich, dass es unmöglich und nicht entschuldbar ist, jemanden zu vergessen, der wichtig sein könnte …

Ich kam also und sagte: Joe, Paul, ich bin Ray McGovern und sie sagten: Ach ja, und so schüttelte ich die Hand von Lieberman und Wolfowitz. Ich sagte: Joe, eine Sekunde, Paul, ich konnte es gerade nicht glauben. Waren Sie nicht 24 Jahre lang im Kongress, und Sie wissen nicht, dass der Präsident die Zustimmung des Kongresses benötigt, um einen neuen Krieg zu beginnen? Das wissen Sie nicht? Hier, ich habe Artikel 1, 8 herausgerissen, lesen Sie es und denken Sie darüber nach, okay? Und vielleicht korrigieren sie es dann mal bei CNN, okay?“ Und dann eilte Paul davon und dann tauchte auf einmal die 1,80 Meter große, wunder-, wunderschöne Begleitung von Paul und Lieberman auf. Und sie sah, was hier gerade geschah, und sagte: „Oh, Gentlemen, ich bin untröstlich.“ „Ich bin auch untröstlich“, sagte ich. „Was suchen diese Clowns in Ihrer Show? Die nicht einmal wissen, was in der Verfassung steht.“

Warum erzähle ich das? Weil diese archetypischen Neocons den Mund sehr voll nehmen und falsche Dinge auf CNN verkünden, nämlich dass der Präsident keine Autorisation zur Führung eines Krieges brauche. Und es war offensichtlich, dass die Neocons wirklich verärgert waren, weil sie ihren Krieg nicht bekommen hatten – aber fast, mit Kerrys Hilfe und mit der Hilfe von anderen, hätte die Falle für Obama zugeschnappt. Und man konnte ja sehen, dass der Präsident stolz darauf war, nicht hineingetappt zu sein. Er hatte ja schon in Bezug auf Libyen gesagt, dass das ein Fehler war und man keinen Plan für den Tag danach gehabt hätte. Wer hätte für Libyen den Tag danach planen sollen? Außenministerin Hillary Clinton.

So, diese Dinge sind wirklich wichtig, denn sie zeigen, dass diese Leute sich mehr darum kümmern, was die Israelis wollen, als dass sie sich um die Sicherheitsbelange der Vereinigten Staaten kümmern.

Sie sind bereit, unsere Politik in diese Richtung zu drehen. Was ist der Unterschied? Was ist die Definition von einem Neokonservativen? Meiner Ansicht nach ist das jemand, der große Schwierigkeiten hat, zwischen den strategischen Interessen der Vereinigten Staaten auf der einen Seite und denen von Israel auf der anderen Seite zu unterscheiden. Nun, jeder hat das Recht auf seine eigene Meinung. Ich jedenfalls finde nicht, dass solche Leute die US-Außenpolitik gestalten sollten und wenn Sie sich die Ankündigung von Hillary Clinton anhören, die Netanjahu gleich am ersten Tag ins Weiße Haus einladen möchte, dann kann man annehmen, dass dieses Problem in höchstem Maße bleibt, wenn sie so etwas wirklich beabsichtigt.

Ein herzliches Dankeschön an Angelika Eberl. Ein 30-minütiges Video zu übersetzen, ist harte Arbeit.

Quellen:

[1] YouTube, Ray McGovern: The Inside Scoop on the Middle East & Israel (Innenansicht auf den Mittleren Osten und Israel) <*https://www.youtube.com/watch?v=wnITcUQiK1Y*>

Im Interview:

Ray McGovern

*(*25. August 1939 in New York) war als Mitarbeiter der CIA unter sieben US-Präsidenten insgesamt über 27 Jahre lang für die morgendliche Berichterstattung im Weißen Haus zuständig.*

www.raymcgovern.com

Dieser Text wurde zuerst am 29.04.2017 auf Nachdenkseiten.de unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=38084› veröffentlicht. (Lizenz: Nachdenkseiten.de)

‹http://www.free21.org/?p=27423›

Das Free21-Aktiv-Abo

Die Idee: Jeder Print-Abonnent erhält je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare.

Die zusätzlichen Exemplare können/sollten ;-) dann an andere Menschen, wie Freunde, Nachbarn, Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite unserer kritischen Texte zu erhöhen.

Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Print-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen **pro Ausgabe 10 EUR,** (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Print-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber Name, Vorname:

Abweichende Lieferanschrift:

Str., Nr.:

Name

PLZ, Ort:

Str., Nr.:

E-Mail:

PLZ, Ort:

Kontoführendes Institut:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr.

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Am Entenpfuhl 4, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2017: 15.2.17/15.4.17/15.6.17/15.8.17/15.10.17/15.12.17

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2017 gedruckt. Die Bezugs- und Druckgebühren werden 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Print-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. **Kündigung:** Das Print-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.

Das Free21-Prinzip:

Die Geschenkidee: Ein **Free21**-Abo

Abo Free21

www.Free21Abo.de

Free21

Wir suchen noch ehrenamtliche

Verstärkung für das Free21-Team:

Free21 publiziert in verschiedenen Sprachen. Für alle Sprachversionen werden druckfähige PDF-Artikel layoutet. Dabei brauchen wir Eure Unterstützung.

Wir freuen uns über engagierte

Layouter/innen

mit Adobe Indesign ab Vers. CS4

Unsere Vision ist ein weltweites ehrenamtliches Netzwerk von Menschen, die den Mainstream-Medien Beine machen wollen.

Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestaltet, können wir einiges bewegen!

Wir wollen auch nicht deutschsprachige Menschen bei ihrer Meinungsbildung unterstützen und einen Teil unserer Artikel in anderen Sprachen publizieren. Um das zu schaffen, benötigen wir Eure Unterstützung.

Dafür suchen wir ehrenamtliche

Übersetzer/innen

sprachlich versiert sowie mit guten stilistischen und orthografischen Fähigkeiten.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: team@free21.org